

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

159 · Januar 2004

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	3
Essay	
IMMANUEL KANT Was ist Aufklärung?	5
Bildung heute	
JOCHEN MATTERN Gerechte Ungleichheit? Über nachholende Modernisierung im Bildungswesen	11
CHRISTOPH SCHERRER Bildungswesen unter Globalisierungsdruck. Die Kernbestimmungen des GATS und deren Folgen	19
Mitbestimmung & Haushalt	
JOSÉ CLOVIS DE AZEVEDO Projekt »Bürgerschule« gegen Vermarktung des Lebens	30
ANDREAS TRUNSCHKE Bürgerhaushalt im Land Brandenburg. Ideen und Projekte	38
Gesellschaft: Analyse & Alternativen	
WOLFGANG WEISS Zwischen Marx und Malthus. Die Scheu der Linken vor der Demographie	42
Für eine friedensfähige EU-Verfassung	54
Protestanten für Kultur & Soziales	
JENS LANGER Der Klopstocker. Kirche und kulturelle Identität der Stadt	59
Es sollte kein Armer unter Euch sein. Anfragen zur Agenda 2010 der Bundesregierung – und eine Antwort	64

Konferenzen & Veranstaltungen

ALLESSANDRA PELLONI Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung und die Linke	68
--	----

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	74
---	----

Bücher & Zeitschriften

Stefan und Witold Leder: Unbeirrbar rot – Zeugen und Zeugnisse einer Familie (THEODOR BERGMANN)	76
---	----

Jour fixe initiative Berlin (Hg.): Geschichte nach Auschwitz (BENNO HERZOG)	78
--	----

Peter Decker, Konrad Hecker: Das Proletariat. Politisch emanzipiert – sozial diszipliniert – global ausgenutzt – nationalistisch verdorben: Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse kommt an ihr gerechtes Ende (ALJOSCHA JEGODTKA)	79
--	----

Stefan Beck, Gülay Caglar, Christoph Scherrer u. a.: Nach der New Economy Frédéric Lordon: »Aktionärsdemokratie« als soziale Utopie? (ÜLRICH BUSCH)	80
--	----

Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration (STEFAN BOLLINGER)	82
--	----

Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Susanne Schötz (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49 (HELMUT BOCK)	84
---	----

Änneke Winckel: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland (ANDREAS BODDEN)	86
--	----

Jahresinhaltsverzeichnis 2003	87
-------------------------------	----

Summaries	94
-----------	----

An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96
---	----

VorSatz

Von der im Jahre 1900 geborenen Anna Seghers wird berichtet, daß sie die scharfen Wechsel im Jahrzehnt zwischen Weltkrieg, Revolution und Inflation sehr eigen interpretiert habe. Sie meinte, es seien in kurzer Folge Menschengruppen entstanden, deren Haushalte an gemeinsamen Zeichen und Symbolen extrem unterschiedlich zusammengesetzt und hierarchisiert gewesen seien. Deshalb plädierte die Schriftstellerin – anders als viele Soziologen ihrer Zeit – dafür, unter einer Generation eine Gruppe zu verstehen, die durch ein gemeinsames Grunderlebnis zusammengeschmiedet wurde.

Akzeptiert man einen solchen biographiegebundenen Generationenbegriff, dann scheint der Gedanke nicht absonderlich, daß bei den reflektierten Teilen dieserart konstituierter Generationen, also bei den sogenannten Intellektuellen, ein weiteres Moment hinzukommen hat, wenn sie zu sich selbst und damit zu ihrem Platz in der Gesellschaft finden wollen: eigene Zugänge zur Geschichte, die nur scheinbar Umwege über die Vergangenheit in die Zukunft darstellen.

Diejenigen, die in der DDR als Jugendliche in die Wirren des 17. Juni gerutscht waren, danach aber die ökonomische Stabilisierung und partielle innenpolitische Zivilisierung erlebt hatten, stellten etwas andere Fragen an die Vergangenheit als jene, die sich dem Wechselbad zwischen Mauerbau, Jugendkommuniqué und 11. Plenum ausgesetzt gesehen hatten und dabei beinahe um ihr Genick gebracht worden waren – auch wenn beide weiterhin unter dem Bann der Jahrhundertkatastrophe des Zweiten Weltkrieges standen.

Den Pennälern um 1970 fehlten alle diese Erfahrungen; dafür kannten sie, zumindest in den Großstädten, das Wort »Gruppenbildung«. Damit wurden, bevor der VIII. Parteitag diesem Spuk über Nacht ein Ende bereitete, Ausweiskontrollen und auch zeitweilige Festnahmen begründet, wenn sich mehr als drei Jugendliche durch die Straßen bewegten. (Wer da mehrmals hineingeraten war, dem und bei dem half auch kein FDJ-Studienjahr mehr.) Unter diesen Oberschülern war es in jener Zeit – staatsoffiziell wurden damals gerade die 100. Geburtstage von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begangen – nicht unüblich, darüber zu sinnieren, ob die deutsche Geschichte und damit das 20. Jahrhundert einen anderen Verlauf genommen hätten, wenn am 15. Januar 1919 die beiden KPD-Politiker nicht in die Hände von Mördern in Uniform gefallen und auch danach sozialdemokratischen Revolutionsmanagern bluttriefende Erfolge versagt geblieben wären. Natürlich stellten solche Was-wäre-wenn-Fragen nur idealistisch Veranlagte, während die

vermeintlich Handfesteren eher das für wirkliches Leben hielten, was zwischen zwei Mainzelmännchen-Spots gesendet wurde. (Die Idealistischeren mochten mit dem Mainzelmännchen-Land nichts anfangen, galt es ihnen doch – nicht ganz zu Unrecht – als Beute derjenigen, die schon in der NS-Zeit zu den Eliten gezählt hatten.) Gemeinsam war beiden Gruppen, daß ihnen die Erwartung eines künftigen Heils aus der realexistierenden Gegenwart schon so konsequent ausgetrieben schien, wie sie es heute tatsächlich ist.

Trotz aller Spekulationen über einen ausgebliebenen Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren uns deren Schicksale nicht wirklich wichtig; sie interessierten uns vor allem als Projektionsflächen unserer unstillbaren Wünsche nach weniger Polizeistaat, nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Während frühere Kulturen in solch wenig lustspendenden Phasen ihres Abblühens Trost in einem imaginierten und in graueste Vorzeit verlegten »goldenen Zeitalter« gefunden hatten, war uns dank der siegreich von Karl Marx zu Walter Ulbricht geeilten Arbeiterbewegung aber selbst das verwehrt. Deshalb hatten wir etwas wirklich Neues kreieren müssen: die »retrospektive Heilserwartung« als den Blick auf ein ausgebliebenes goldenes Zeitalter. »Wenn damals nicht ..., dann wäre ...«

Natürlich vermochte dies auf Dauer nur schwachen Trost zu spenden, und war am Ende nicht mehr als ein trostloser Schwachsinn. Von versperrten Chancen kann niemand zehren, von vermeintlich versperrten erst recht nicht.

Denn wahrscheinlich hätten eine nicht gemeuchelte Rosa Luxemburg und ein nicht ermordeter Karl Liebknecht am Verlauf des 20. Jahrhunderts nichts Grundsätzliches geändert – außer der Tatsache, daß die Linke danach über zwei zum Gebrauch wie Mißbrauch freigegebene Märtyrer weniger verfügt hätte.

Liebknechts Ausschluß aus der KPD galt wenige Tage nach deren Gründung als ausgemacht – da er sich hatte fortreißen lassen, die Januar-Aufständischen anzufeuern. Und Rosa Luxemburg wäre spätestens 1921 zusammen mit Paul Levi aus der KPD ausgeschieden worden – wegen erwiesenem Luxemburgismus'. Die frühe Vorsitzende des KPD-Bezirk Berlin, Ruth Fischer, eine prägnante Figur aus dem kommunistisch-antikommunistischen Übergangsfeld, hätte sich den Parteiausschluß der Rosa Luxemburg selbst gern gegönnt. Als Kompensation besuchte sie deren Grab und beging dort unter dem Beifall echter deutscher Revolutionäre eine besonders kulturvolle Tat – deren weitere Beschreibung hier allerdings aus Gründen der geistigen wie der sprichwörtlichen Hygiene unterbleibt.

Da wir über Geschichte reden, sei nicht vergessen zu erwähnen: Ohne Noske und dessen ihm zuarbeitende Mörderbande – in diesem Monat jährt sich das Verbrechen an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum 85. Mal – hätten Thälmann und Stalin die beiden Mitbegründer der KPD nicht feiern lassen können. Und wir würden es heute wohl auch nicht tun – wie ein Blick auf unseren Umgang mit anderen KPD-Gründern zeigt: Jakob Walcher, der den Gründungsparteitag der KPD präsidierte, Paul Levi, der vor seinem Ausschluß KPD-Vorsitzender gewesen war, Rosi Wolfstein, August Thalheimer, Paul Frölich und die vielen, vielen anderen.

JÖRN SCHÜTRUMPF

IMMANUEL KANT

Was ist Aufklärung?

AUFKLÄRUNG ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.

Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung freigesprochen (*naturaliter maiorenes*), dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt usw., so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen. Daß der bei weitem größte Teil der Menschen (darunter das ganze schöne Geschlecht) den Schritt zur Mündigkeit, außer dem daß er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte: dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausvieh zuerst dumm gemacht haben und sorgfältig verhüteten, daß diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperreten, wagen durften, so zeigen sie ihnen nachher die Gefahr, die ihnen drohet, wenn sie es versuchen, allein zu gehen. Nun ist diese Gefahr zwar eben so groß nicht, denn sie würden durch einigemal Fallen wohl endlich gehen lernen; allein ein Beispiel von der Art macht doch schüchtern und schreckt gemeiniglich von allen ferneren Versuchen ab.

Es ist also für jeden einzelnen Menschen schwer, sich aus der ihm beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten. Er hat sie sogar lieb gewonnen und ist vorderhand wirklich unfähig, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, weil man ihn niemals den Versuch davon machen ließ. Satzungen und Formeln, diese mechanischen Werkzeuge eines vernünftigen Gebrauchs oder vielmehr Mißbrauchs seiner Naturgaben, sind die Fußschellen einer immerwährenden Unmündigkeit. Wer sie auch abwürfe, würde dennoch auch über den schmalesten Graben einen nur unsicheren Sprung tun, weil er zu dergleichen freier Bewegung nicht gewöhnt ist. Daher gibt

Immanuel Kant – 1724 bis 1804, Philosoph in Königsberg. Wir veröffentlichen den Text nach dem Original. Er erschien zuerst unter dem Titel: »Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?« in: »Berlinische Monatsschrift«, Dezember-Heft 1784, S. 481-494.

Die Frage *Was ist Aufklärung?* »stammt ursprünglich von dem Berliner Theologen und Mitglied der Berliner Mittwochsgesellschaft J. F. Zöllner (1753–1804). Im Dezember 1783 schrieb er in der Berlinischen Monatsschrift den Artikel ›Ist es ratsam, das Ehebündnis nicht ferner durch die Religion zu sanzieren?‹. Er nahm damit Stellung zu einem Plädoyer für die Zivilehe, das – unter Pseudonym – im September 1783 am selben Ort erschienen war. Zöllner konstatierte einen allgemeinen Niedergang der Sitten, verursacht durch die ›herrschende Denkungsart‹ des Zeitalters, nämlich ›unter dem Namen der *Aufklärung* die Köpfe und Herzen der Menschen zu verwirren‹. In einer Anmerkung zu seinem Artikel (auf die sich Kants Seitenverweis bezieht) gibt Zöllner nun das folgenreiche Stichwort ›Was ist Aufklärung?‹. Damit hatte der Diskurs ein Problem geboren und darüber hinaus eine ganze Epoche mit Diskussionsstoff gefüllt.« Immanuel Kant: Von den Träumen der Vernunft. Kleine Schriften zur Kunst, Philosophie, Geschichte und Politik, hrsg. von Steffen und Birgit Dietzsch, Leipzig und Weimar 1979, S. 574 f.

es nur wenige, denen es gelungen ist, durch eigene Bearbeitung ihres Geistes sich aus der Unmündigkeit heraus zu wickeln und dennoch einen sicheren Gang zu tun.

Daß aber ein Publikum sich selbst aufkläre, ist eher möglich; ja es ist, wenn man ihm nur Freiheit läßt, beinahe unausbleiblich. Denn da werden sich immer einige Selbstdenkende, sogar unter den eingesetzten Vormündern des großen Haufens finden, welche, nachdem sie das Joch der Unmündigkeit selbst abgeworfen haben, den Geist einer vernünftigen Schätzung des eigenen Werts und des Berufs jedes Menschen, selbst zu denken, um sich verbreiten werden. Besonders ist hiebei: daß das Publikum, welches zuvor von ihnen unter dieses Joch gebracht worden, sie hernach selbst zwingt, darunter zu bleiben, wenn es von einigen seiner Vormünder, die selbst aller Aufklärung unfähig sind, dazu aufgewiegelt worden; so schädlich ist es, Vorurteile zu pflanzen, weil sie sich zuletzt an denen selbst rächen, die oder deren Vorgänger ihre Urheber gewesen sind. Daher kann ein Publikum nur langsam zur Aufklärung gelangen. Durch eine Revolution wird vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotismus und gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals wahre Reform der Denkungsart zustande kommen; sondern neue Vorurteile werden, ebensowohl als die alten, zum Leitbände des gedankenlosen großen Haufens dienen.

Zu dieser Aufklärung aber wird nichts erfordert als *Freiheit*; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken *öffentlichen Gebrauch* zu machen. Nun höre ich aber von allen Seiten rufen: *räsonniert nicht!* Der Offizier sagt: räsonniert nicht, sondern exerziert! Der Finanzrat: räsonniert nicht, sondern bezahlt! Der Geistliche: räsonniert nicht, sondern glaubt! (Nur ein einziger Herr in der Welt sagt: *räsonniert*, soviel ihr wollt und worüber ihr wollt, *aber gehorcht!*) Hier ist überall Einschränkung der Freiheit. Welche Einschränkung aber ist der Aufklärung hinderlich, welche nicht, sondern ihr wohl gar beförderlich? – Ich antworte: Der *öffentliche Gebrauch* seiner Vernunft muß jederzeit frei sein, und der allein kann Aufklärung unter Menschen zustande bringen; der *Privatgebrauch* derselben aber darf öfters sehr enge eingeschränkt sein, ohne doch darum den Fortschritt der Aufklärung sonderlich zu hindern. Ich verstehe aber unter dem öffentlichen Gebrauche seiner eigenen Vernunft denjenigen, den jemand als *Gelehrter* von ihr vor dem ganzen Publikum der *Leserwelt* macht. Den Privatgebrauch nenne ich denjenigen, den er in einem gewissen ihm anvertrauten *bürgerlichen Posten* oder Amte von seiner Vernunft machen darf. Nun ist zu manchen Geschäften, die in das Interesse des gemeinen Wesens laufen, ein gewisser Mechanismus notwendig, vermittelt dessen einige Glieder des gemeinen Wesens sich bloß passiv verhalten müssen, um durch eine künstliche Einhelligkeit von der Regierung zu öffentlichen Zwecken gerichtet oder wenigstens von der Zerstörung dieser Zwecke abgehalten zu werden. Hier ist es nun freilich nicht erlaubt zu räsonnieren; sondern man muß gehorchen. Sofern sich aber dieser Teil der Maschine zugleich als Glied eines ganzen gemeinen Wesens, ja sogar der Weltbürgergesellschaft ansieht, mithin in der Qualität eines Gelehrten, der sich an ein Publikum im eigentlichen

Verstande durch Schriften wendet, kann er allerdings räsonnieren, ohne daß dadurch die Geschäfte leiden, zu denen er zum Teile als passives Glied angesetzt ist. So würde es sehr verderblich sein, wenn ein Offizier, dem von seinen Oberen etwas anbefohlen wird, im Dienste über die Zweckmäßigkeit oder Nützlichkeit dieses Befehls laut vernünfteln wollte; er muß gehorchen. Es kann ihm aber billigermaßen nicht verwehrt werden, als Gelehrter über die Fehler im Kriegesdienste Anmerkungen zu machen und diese seinem Publikum zur Beurteilung vorzulegen. Der Bürger kann sich nicht weigern, die ihm auferlegten Abgaben zu leisten; sogar kann ein vorwitziger Tadel solcher Auflagen, wenn sie von ihm geleistet werden sollen, als ein Skandal (das allgemeine Widersetzlichkeiten veranlassen könnte) bestraft werden. Ebenderselbe handelt demohngeachtet der Pflicht eines Bürgers nicht entgegen, wenn er als Gelehrter wider die Unschicklichkeit oder auch Ungerechtigkeit solcher Ausschreibungen öffentlich seine Gedanken äußert. Ebenso ist ein Geistlicher verbunden, seinen Katechismusschülern und seiner Gemeinde nach dem Symbol der Kirche, der er dient, seinen Vortrag zu tun, denn er ist auf diese Bedingung angenommen worden. Aber als Gelehrter hat er volle Freiheit, ja sogar den Beruf dazu, alle seine sorgfältig geprüften und wohlmeinenden Gedanken über das Fehlerhafte in jenem Symbol und Vorschläge wegen besserer Einrichtung des Religions- und Kirchenwesens dem Publikum mitzuteilen. Es ist hiebei auch nichts, was dem Gewissen zur Last gelegt werden könnte. Denn was er zufolge seines Amtes als Geschäftsträger der Kirche lehrt, das stellt er als etwas vor, in Ansehung dessen er nicht freie Gewalt hat, nach eigenem Gutdünken zu lehren, sondern das er nach Vorschrift und im Namen eines andern vorzutragen angestellt ist. Er wird sagen: unsere Kirche lehrt dieses oder jenes; das sind die Beweisgründe, deren sie sich bedient. Er zieht alsdann allen praktischen Nutzen für seine Gemeinde aus Satzungen, die er selbst nicht mit voller Überzeugung unterschreiben würde, zu deren Vortrag er sich gleichwohl anheischig machen kann, weil es doch nicht ganz unmöglich ist, daß darin Wahrheit verborgen läge, auf alle Fälle aber wenigstens doch nichts der innern Religion Widersprechendes darin angetroffen wird. Denn glaubte er das letztere darin zu finden, so würde er sein Amt mit Gewissen nicht verwalten können; er müßte es niederlegen. Der Gebrauch also, den ein angestellter Lehrer von seiner Vernunft vor seiner Gemeinde macht, ist bloß ein *Privatgebrauch*, weil diese immer nur eine häusliche, obzwar noch so große Versammlung ist; und in Ansehung dessen ist er als Priester nicht frei und darf es auch nicht sein, weil er einen fremden Auftrag ausgerichtet. Dagegen als Gelehrter, der durch Schriften zum eigentlichen Publikum, nämlich der Welt spricht, mithin der Geistliche im *öffentlichen Gebrauche* seiner Vernunft, genießt einer uneingeschränkten Freiheit, sich seiner eigenen Vernunft zu bedienen und in seiner eigenen Person zu sprechen. Denn daß die Vormünder des Volks (in geistlichen Dingen) selbst wieder unmündig sein sollen, ist eine Ungereimtheit, die auf Verewigung der Ungereimtheiten hinausläuft.

Aber sollte nicht eine Gesellschaft von Geistlichen, etwa eine Kirchenversammlung oder eine ehrwürdige Classis (wie sie sich unter den Holländern selbst nennt) berechtigt sein, sich eidlich unterein-

ander auf ein gewisses unveränderliches Symbol zu verpflichten, um so eine unaufhörliche Obervormundschaft über jedes ihrer Glieder und vermittelt ihrer über das Volk zu führen und diese so gar zu verewigen? Ich sage: das ist ganz unmöglich. Ein solcher Kontrakt, der auf immer alle weitere Aufklärung vom Menschengeschlechte abzuhalten geschlossen würde, ist schlechterdings null und nichtig; und sollte er auch durch die oberste Gewalt, durch Reichstage und die feierlichsten Friedensschlüsse bestätigt sein. Ein Zeitalter kann sich nicht verbünden und darauf verschwören, das folgende in einen Zustand zu setzen, darin es ihm unmöglich werden muß, seine (vornehmlich so sehr angelegentliche) Erkenntnisse zu erweitern, von Irrtümern zu reinigen und überhaupt in der Aufklärung weiterzuschreiten. Das wäre ein Verbrechen wider die menschliche Natur, deren ursprüngliche Bestimmung gerade in diesem Fortschreiten besteht; und die Nachkommen sind also vollkommen dazu berechtigt, jene Beschlüsse, als unbefugter und frevelhafter Weise genommen, zu verwerfen. Der Proberstein alles dessen, was über ein Volk als Gesetz beschlossen werden kann, liegt in der Frage: ob ein Volk sich selbst wohl ein solches Gesetz auferlegen könnte? Nun wäre dieses wohl, gleichsam in der Erwartung eines bessern, auf eine bestimmte kurze Zeit möglich, um eine gewisse Ordnung einzuführen; indem man es zugleich jedem der Bürger, vornehmlich dem Geistlichen, frei ließe, in der Qualität eines Gelehrten öffentlich, d. i. durch Schriften, über das Fehlerhafte der dermaligen Einrichtung seine Anmerkungen zu machen, indessen die eingeführte Ordnung noch immer fort dauerte, bis die Einsicht in die Beschaffenheit dieser Sachen öffentlich so weit gekommen und bewährt worden, daß sie durch Vereinigung ihrer Stimmen (wenngleich nicht aller) einen Vorschlag vor den Thron bringen könnte, um diejenigen Gemeinden in Schutz zu nehmen, die sich etwa nach ihren Begriffen der besseren Einsicht zu einer veränderten Religionseinrichtung geeinigt hätten, ohne doch diejenigen zu hindern, die es beim alten wollten bewenden lassen. Aber auf eine beharrliche, von niemanden öffentlich zu bezweifelnde Religionsverfassung auch nur binnen der Lebensdauer eines Menschen sich zu einigen, und dadurch einen Zeitraum in dem Fortgange der Menschheit zur Verbesserung gleichsam zu vernichten und fruchtlos, dadurch aber wohl gar der Nachkommenschaft nachteilig zu machen, ist schlechterdings unerlaubt. Ein Mensch kann zwar für seine Person und auch alsdann nur auf einige Zeit in dem, was ihm zu wissen obliegt, die Aufklärung aufschieben; aber auf sie Verzicht zu tun, es sei für seine Person, mehr aber noch für die Nachkommenschaft, heißt die heiligen Rechte der Menschheit verletzen und mit Füßen treten. Was aber nicht einmal ein Volk über sich selbst beschließen darf, das darf noch weniger ein Monarch über das Volk beschließen; denn sein gesetzgebendes Ansehen beruht eben darauf, daß er den gesamten Volkswillen in dem seinigen vereinigt. Wenn er nur darauf sieht, daß alle wahre oder vermeinte Verbesserung mit der bürgerlichen Ordnung zusammenbestehe, so kann er seine Untertanen übrigens nur selbst machen lassen, was sie um ihres Seelenheils willen zu tun nötig finden; das geht ihn nichts an, wohl aber zu verhüten, daß nicht einer den andern gewalttätig hindere, an der Bestimmung und Beförderung desselben

nach allem seinen Vermögen zu arbeiten. Es tut selbst seiner Majestät Abbruch, wenn er sich hierin mischt, indem er die Schriften, wodurch seine Untertanen ihre Einsichten ins reine zu bringen suchen, seiner Regierungsaufsicht würdigt, sowohl wenn er dieses aus eigener höchsten Einsicht tut, wo er sich dem Vorwurfe aussetzt: *Caesar non est supra grammaticos*, als auch und noch weit mehr, wenn er seine oberste Gewalt so weit erniedrigt, den geistlichen Despotism einiger Tyrannen in seinem Staate gegen seine übrigen Untertanen zu unterstützen.

Wenn denn nun gefragt wird: leben wir jetzt in einem *aufgeklärten* Zeitalter? so ist die Antwort: Nein, aber wohl in einem Zeitalter der *Aufklärung*. Daß die Menschen, wie die Sachen jetzt stehen, im ganzen genommen, schon imstande wären oder darin auch nur gesetzt werden könnten, in Religionsdingen sich ihres eigenen Verstandes ohne Leitung eines andern sicher und gut zu bedienen, daran fehlt noch sehr viel. Allein, daß jetzt ihnen doch das Feld geöffnet wird, sich dahin frei zu bearbeiten und die Hindernisse der allgemeinen Aufklärung oder des Ausganges aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit allmählich weniger werden, davon haben wir doch deutliche Anzeigen. In diesem Betracht ist dieses Zeitalter das Zeitalter der Aufklärung oder das Jahrhundert Friedrichs.

Ein Fürst, der es seiner nicht unwürdig findet zu sagen, daß er es für *Pflicht* halte, in Religionsdingen den Menschen nichts vorzuschreiben, sondern ihnen darin volle Freiheit zu lassen, der also selbst den hochmütigen Namen der *Toleranz* von sich ablehnt: ist selbst aufgeklärt und verdient von der dankbaren Welt und Nachwelt als derjenige gepriesen zu werden, der zuerst das menschliche Geschlecht der Unmündigkeit, wenigstens von Seiten der Regierung, entschlag und jedem frei ließ, sich in allem, was Gewissensangelegenheit ist, seiner eigenen Vernunft zu bedienen. Unter ihm dürfen verehrungswürdige Geistliche, unbeschadet ihrer Amtspflicht, ihre vom angenommenen Symbol hier oder da abweichenden Urteile und Einsichten in der Qualität der Gelehrten frei und öffentlich der Welt zur Prüfung darlegen; noch mehr aber jeder andere, der durch keine Amtspflicht eingeschränkt ist. Dieser Geist der Freiheit breitet sich auch außerhalb aus, selbst da, wo er mit äußeren Hindernissen einer sich selbst mißverstehenden Regierung zu ringen hat. Denn es leuchtet dieser doch ein Beispiel vor, daß bei Freiheit für die öffentliche Ruhe und Einigkeit des gemeinen Wesens nicht das mindeste zu besorgen sei. Die Menschen arbeiten sich von selbst nach und nach aus der Rohigkeit heraus, wenn man nur nicht absichtlich künstelt, um sie darin zu erhalten.

Ich habe den Hauptpunkt der Aufklärung, die des Ausganges der Menschen aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit, vorzüglich in *Religionssachen* gesetzt, weil in Ansehung der Künste und Wissenschaften unsere Beherrscher kein Interesse haben, den Vormund über ihre Untertanen zu spielen, überdem auch jene Unmündigkeit, so wie die schädlichste, also auch die entehrendste unter allen ist. Aber die Denkungsart eines Staatsoberhaupts, der die erstere begünstigt, geht noch weiter und sieht ein: daß selbst in Ansehung seiner *Gesetzgebung* es ohne Gefahr sei, seinen Untertanen zu erlauben, von ihrer eigenen Vernunft *öffentlichen* Gebrauch zu machen und

ihre Gedanken über eine bessere Abfassung derselben, sogar mit einer freimütigen Kritik der schon gegebenen, der Welt öffentlich vorzulegen; davon wir ein glänzendes Beispiel haben, wodurch noch kein Monarch demjenigen vorging, welchen wir verehren.

Aber auch nur derjenige, der, selbst aufgeklärt, sich nicht vor Schatten fürchtet, zugleich aber ein wohldiszipliniertes zahlreiches Heer zum Bürgen der öffentlichen Ruhe zur Hand hat, – kann das sagen, was ein Freistaat nicht wagen darf: *räsonniert, so viel ihr wollt, und worüber ihr wollt; nur gehorcht!* So zeigt sich hier ein befremdlicher, nicht erwarteter Gang menschlicher Dinge; so wie auch sonst, wenn man ihn im großen betrachtet, darin fast alles paradox ist. Ein größerer Grad bürgerlicher Freiheit scheint der Freiheit des Geistes des Volks vorteilhaft und setzt ihr doch unübersteigliche Schranken; ein Grad weniger von jener verschafft hingegen diesem Raum, sich nach allem seinen Vermögen auszubreiten. Wenn denn die Natur unter dieser harten Hülle den Keim, für den sie am zärtlichsten sorgt, nämlich den Hang und Beruf zum *freien Denken*, ausgewickelt hat: so wirkt dieser allmählich zurück auf die Sinnesart des Volks (wodurch dieses der *Freiheit zu handeln* nach und nach fähiger wird), und endlich auch sogar auf die Grundsätze der *Regierung*, die es ihr selbst zuträglich findet, den Menschen, der nun *mehr als Maschine* ist, seiner Würde gemäß zu behandeln.¹

1 In den Büschingschen wöchentlichen Nachrichten vom 13. Sept. lese ich heute den 30. ebendess. die Anzeige der Berlinischen Monatsschrift von diesem Monat, worin des Herrn *Mendelssohn* Beantwortung ebenderselben Frage angeführt wird. Mir ist sie noch nicht zu Händen gekommen; sonst würde sie die gegenwärtige zurückgehalten haben, die jetzt nur zum Versuche dastehen mag, wiefern der Zufall Einstimmigkeit der Gedanken zuwege bringen könne.

Königsberg in Preußen, den 30. September 1784

JOCHEN MATTERN

Gerechte Ungleichheit? Über nachholende Modernisierung im Bildungswesen

Diagnosen beschleunigten gesellschaftlichen Wandels

Zeitdiagnosen aus dem theoretischen Umfeld der Volksparteien CDU und SPD zeichnen übereinstimmend das Bild einer sich polarisierenden Gesellschaft. Ein gesellschaftlicher Wandel, der soziale Probleme verursacht. An zwei Beispielen sei der diagnostische Gehalt etwas näher ausgeführt.

Das erste stammt von Peter Glotz, einem der intellektuellen Köpfe der Sozialdemokratie, der gegenwärtig im akademischen Bereich tätig ist. Seine These der »beschleunigten Gesellschaft« hat in der Öffentlichkeit einen großen Anklang gefunden. Im Kontext der These entwirft Glotz folgendes Bild vom »digitalen Kapitalismus«:

Der digitale Kapitalismus spalte die Gesellschaft in »eine Zweidrittelgesellschaft mit Lagern, die sich bekämpfen werden«: auf der einen Seite der »Zweidrittelblock, der die Beschleunigung« mitmache, und auf der anderen Seite das »dritte Drittel, das ausgegrenzt« werde oder »die neue Lebensform« zurückweise. Der Kampf zwischen diesen beiden Blöcken drehe sich »nicht um technokratische und ökonomische Einzelkonzepte«, sondern »um die gefühlsbeladene Grundsatfrage der Lebensführung«.¹ Die Ideologie der Mehrheitsgesellschaft charakterisiert Glotz mit Vokabeln wie »Gewinnstreben, Egoismus und Konkurrenz«. Belohnt würden die Stärkeren, diejenigen, die »anpassungsfähig, beweglich und rastlos« seien; bestraft würden dagegen die Schwächeren. Die Stärkeren, die leistungs- und durchsetzungsfähig und dynamisch seien, erfüllten die Anforderungen an das »Idealprofil der Führungskräfte« (Bourdieu) im digitalen Kapitalismus. Dem digitalen Kapitalismus, den Verben wie aufspalten, sich anpassen und ausgrenzen kennzeichnen, gelinge es nicht mehr, alle Bürgerinnen und Bürger in die Gesellschaft zu integrieren. Glotz zufolge erweist sich die soziale Polarisierung als unvermeidlich, weil der »Übergang zum digitalen Kapitalismus« nicht aufzuhalten sei. Unaufhaltsam sei dieser Übergang, so resümiert Glotz, weil »Kapitalismus ohne Wachstum nicht funktioniert«.² Nicht die Herausbildung einer neuen Unterklasse stelle das eigentliche Problem im digitalen Kapitalismus dar, denn dies zu verhindern, sei »die politische Klasse« ohnehin »nicht mehr mächtig genug«. Das eigentliche Problem bestehe vielmehr darin, »ob die jeweilige politische Führung noch versucht, das untere Drittel kommunikativ und sozial in die Gesellschaft einzubinden oder ob es von vornherein ausgegrenzt wird«.³

Auf die soziale Polarisierung im digitalen Kapitalismus antwortet eine zweite Zeitdiagnose, erstellt von der Konrad-Adenauer-Stif-

Jochen Mattern, Jg. 1956 – Lehrer und Politikwissenschaftler, parlamentarisch-wissenschaftlicher Berater der PDS im Sächsischen Landtag. Zuletzt in »UTOPIE kreativ«: Die Hölle auf Erden. Eine Annäherung an Hannah Arendts Analyse totaler Herrschaft (gemeinsam mit Viola Weinert), Heft 113 (März 2000), S. 251-263.

Zur Bildungsdebatte in »UTOPIE kreativ« siehe zuletzt: Bernhard, Armin: Bildung als Bearbeitung von Humanressourcen. Die menschlichen Wesenskräfte in einer sich globalisierenden Gesellschaft, Heft 156 (Oktober 2003), S. 924-938; und: Kirchhöfer, Dieter: Neue Lernkultur – Realprozeß oder ideologische Konstruktion?, Heft 149 (März 2003), S. 246-255.

»Gleichheit wird nun nicht mehr in einen engen Zusammenhang gestellt mit der früher beklagten Unterdrückung und Benachteiligung bestimmter Gruppen. Sie wird vielmehr umdefiniert in den Anspruch auf die garantierte *persönliche Wahlfreiheit* unter den Bedingungen eines »freien Marktes«. (Michael W. Apple: *Wie Ideologie wirkt: Die Wiederherstellung der Hegemonie während der konservativen Restauration*, in: Heinz Sünker u. a. [Hrsg.]: *Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit*. Frankfurt a. M. 1994, S. 39)

tung, mit wachsendem »Moralbedarf«. Auch die Parteistiftung der CDU konstatiert zunächst einmal eine Beschleunigung. Der »Wandel der Lebensverhältnisse, insbesondere in der Arbeitswelt«, heißt es, verlaufe »sehr viel schneller als in der Vergangenheit«. ⁴ »Das traditionelle Verständnis von Beruf und Erwerbsarbeit« unterliege einem beschleunigten Wandel, was den Individuen, »um mithalten zu können«, »immer höhere Qualifikationen« abverlange. Infolgedessen werde sich »die Schere in der Gesellschaft zwischen Eliten und breiter Bevölkerung« – so schlußfolgert die Adenauer-Stiftung – »weiter öffnen«. Die Kluft, die sich zwischen Elite und Bevölkerung auftut, steigere den »Moralbedarf von Politik und Gesellschaft«. ⁵ Gegen Desintegration führt die konservative Parteistiftung die Moral ins Feld. Traditionell obliegt die Vermittlung von Moral der Schule.

Im Kontext der Diagnose eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, der die Gesellschaft polarisiert, was Integrationsprobleme hervorruft und soziale Konflikte verursacht, wird der schulischen Bildung eine Schlüsselrolle bei der Lösung dieser Probleme zugesprochen. In der Bildungspolitik haben die Parteien ein Politikfeld entdeckt, auf dem sie glauben, Handlungsfähigkeit demonstrieren zu können. Sie steht daher im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen. Debattiert wird jedoch nicht der Realitätsgehalt der angeführten Zeitdiagnosen, sondern deren Aussagewert, wie er sich in der Strategiebildung und dem politischen Handeln dokumentiert. Zu skizzieren wird sein, welche bildungspolitischen Konsequenzen die Volksparteien aus den Zeitdiagnosen ziehen.

Die Leistungsideologie

Beide Zeitdiagnosen verweisen auf die neuen Herausforderungen für die Lebensführung der Individuen infolge des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels. In diesem Zusammenhang also erhält die Bildung einen höheren Stellenwert als bisher. Das gilt sowohl für die individuelle Lebensführung als auch für die Gesellschaft insgesamt. Begründet wird der hohe Stellenwert der Bildung für die Gesamtgesellschaft mit der überragenden Bedeutung von Wissen für die Wertschöpfung und den zukünftigen Wohlstand der Gesellschaften des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Die »Wissenserschließung durch Leistungssteigerung im Bildungssektor ebenso wie der weltweite »Kampf um die besten Köpfe« gelten als grundlegende Bedingungen des »digitalen Kapitalismus«. ⁶ Der Reichtum moderner Gesellschaften beruht demnach auf der Kreativität ihrer Individuen, auf den geistigen Leistungen und auf der Schnelligkeit, mit der diese erbracht werden. Damit sind normative Erwartungen an die einzelnen Individuen formuliert, von deren Einlösung es abhängt, ob der Gesellschaft ein Produktivitätsschub und den Individuen die Integration in die im Wandel begriffene Gesellschaft gelingt.

Das Bildungswesen soll hierbei die ihm von der Politik zugewiesene Verteilungsfunktion nach Kriterien der Leistungsgerechtigkeit erfüllen: Über die jeweiligen Bildungsabschlüsse verteilt das Bildungswesen Arbeits- und Lebenschancen. Im Unterschied zur ständischen Gesellschaft feudalen Zuschnitts, in der Herkunft und Besitz über die Stellung in der Gesellschaft bestimmen, rechtfertigen

moderne Gesellschaften die Statusverteilung mit dem Leistungsprinzip als einem demokratischen Prinzip. Über Erfolg und Mißerfolg im gesellschaftlichen Leben entscheidet demnach die individuelle Leistungsfähigkeit.

Gerade am Bildungswesen und dessen Verteilungsmechanismen läßt sich jedoch zeigen, wie sich die Geister am Leistungsgedanken scheiden: Für die Leistungsstarken ist, wenn sie nicht ohnehin schon zur Oberschicht gehören, der Erwerb von Bildung der Schlüssel zum Erfolg, das heißt, ein Mittel des sozialen Aufstiegs; für die anderen, die Leistungsschwachen, erschöpft sich der Gebrauchswert der Bildung in der »Daseinsvorsorge«. Quer durch alle politischen Lager heißt es, Bildung minimiere das Risiko, in die Arbeitslosigkeit und infolgedessen auf die Seite der Verlierer des ökonomischen Wandels zu geraten. Aus dieser Perspektive ist es nur konsequent, die Bevölkerung immer wieder zu lebenslangem Lernen aufzurufen. Die Appelle, lebenslang zu lernen, bergen jedoch einen drohenden Unterton: Unterbleiben die notwendigen, intensiven Bildungsanstrengungen, dann ist der soziale Abstieg vorprogrammiert. Und weil die Schuld am Bildungsversagen dem einzelnen Individuum gegeben wird, schwindet auch die Berechtigung auf eine soziale Absicherung durch den Staat. Wer also den sozialen Abstieg vermeiden will, der *muß* sich bilden, und das ein Leben lang. Der Staat beschränkt sich darauf, gleiche Bildungschancen zu garantieren.

In der Abstraktion von den subjektiven und objektiven Voraussetzungen des individuellen Leistungsvermögens offenbart sich der ideologische Charakter des Leistungsgedankens. Die Leistungsideologie stilisiert die Individuen zu »kontextfreien Wissensträgern«, von deren Anstrengungen und Investitionen ins Humankapital allein es abhängt, ob sie zu den Verlieren oder zu den Gewinnern der Wissensgesellschaft gehören. Die Abstraktion von den sozioökonomischen Bildungsvoraussetzungen erfüllt die Funktion einer Anrufung. Die Individuen sollen sich die Fremdanforderungen, die sogenannten Sachzwängen entspringen und zumeist wirtschaftlicher Art sind, nicht bloß oberflächlich zu eigen machen, sondern in ein Eigenbedürfnis umwandeln. Dazu bedarf es eines angemessenen Selbstmanagements. Nur ein geeignetes Selbstmanagement erlaubt den Individuen, die Fremdanforderungen und die eigenen Ansprüche an eine sinnvolle und selbstbestimmte Tätigkeit in Einklang miteinander zu bringen, so daß das einzelne Individuum zugleich den Anforderungen des Arbeitsmarktes genügt. Zur Bezeichnung dieses künstlerischen Verhaltensstils hat sich die Kategorie »unternehmerisches Selbst« eingebürgert. Es markiert einen Verhaltensstil, der die »in der Marktöffentlichkeit geltende Verhaltensrationalität« auf die übrigen gesellschaftlichen Bereiche, den der Bildung eingeschlossen, überträgt. Das unternehmerische Selbst gehorcht dem Prinzip der Vermarktlichung in allen seinen Lebensäußerungen.⁷ Es entspricht der Verallgemeinerung der Schumpeterschen Auffassung vom Unternehmer als einem besonders schöpferischen Typus.⁸

Im Konzept der »unternehmerischen Wissensgesellschaft« nimmt dieser Typus – das unternehmerische Selbst – die zentrale Rolle ein. Unternehmerisch denkende und handelnde Menschen sind das Bildungsziel der unternehmerischen Wissensgesellschaft. Dieses Ge-

»Die gerechte Verteilung von Gütern, die das Fundament einer intakten sozialen Ordnung bildet, erfordert eine Berücksichtigung aller Betroffenen, die in Zeiten der Verknappung von Mitteln und Möglichkeiten nicht zu realisieren ist.« (Ludger Heidbrink: Sinn und Politik. Der erschöpfte Liberalismus und die Illusion der Gerechtigkeit, in: Die Zeit vom 3. Oktober 1997, S. 56)

»Das Problem des politischen Liberalismus liegt in der Vernachlässigung der strukturellen Ursprünge von Ungleichheit in bezug auf Einfluß, verfügbare Ressourcen und Macht zwischen konkurrierenden Gruppen. Ohne radikal-demokratische Maßnahmen, die die ökonomische, soziale und kulturelle Ungleichheit und die Herrschaftsmechanismen beseitigen, bleibt die pluralistische Vision von Gruppierungen ... naiv.« (Seyla Benhabib: Kritik des postmodernen Wissens, in: Andreas Huyssen, Klaus R. Scherpe [Hrsg.]: Post-moderne. Zeichen eines Wandels, Reinbek bei Hamburg 1997, S. 121)

sellschaftskonstrukt, dem die Zukunft gehören soll, ist auf die Formulierung neuer Subjekte ausgerichtet, auf ein Humankapital, das den Anforderungen einer wissensbasierten Gesellschaft nach unternehmerischem Muster gehorcht.

Anerkennung findet das unternehmerische Selbst nur dann, wenn es seine Arbeit nicht bloß solide verrichtet, sondern wenn es bestrebt ist, sich durch besondere Leistungen auszuzeichnen. Anerkennung und Sozialprestige erntet derjenige, der es versteht, sich durch Kreativität hervorzutun und durch Exzellenz zu glänzen. Daß Kreativität und Exzellenz vage Umschreibungen sind für so etwas wie Schöpfertum oder den Willen und die Fähigkeit, sich durch außerordentliche Leistungen auszuzeichnen, tut der Karriere beider Worte in der öffentlichen Meinung und insbesondere im Bildungsdiskurs keinen Abbruch, im Gegenteil. »Kreativitätsfiktionen« wirken handlungsmobilisierend. Zusammen mit anderen »Ressourcen der Elitebildung« – wie »Wissen« und »Kompetenzen zur Führung, Leitung und Beeinflussung« – entfalten sie ein »strategisches Potential«,⁹ das unter anderem die Bildungspolitik der Volksparteien dominiert.

Mit der Leistungsideologie, die einem meritokratischen Gesellschaftsbild huldigt, läßt sich der erneute Elitediskurs begründen. Ihre gesellschaftliche Vorrangstellung rechtfertigen die (Funktions) Eliten mit der Leistungsethik: der Leistungsfähigkeit und Leistungsstärke, die ihnen eigen sei und die sich mit ebenso typischen Eigenschaften wie Erfindungsreichtum und Durchsetzungskraft paare. Von den Leistungstarken, so das Argument, profitieren letztlich auch die Leistungsschwachen. Es sei daher falsch zu meinen, »die Schwachen in einer Gesellschaft« dadurch zu schützen, daß »die Starken einer Gesellschaft« gefesselt werden. Konsequenterweise fordert der einstige Vorsitzende der FDP, Wolfgang Gerhardt, die »Freiheit der Leistung und der Stärke«.¹⁰ Gerhardts Forderung verdeutlicht, daß im Elitediskurs ein Verständnis von Gerechtigkeit wieder auflebt, das Gerechtigkeit als Vorteil des Stärkeren begreift. Dies ist die moderne Spielart der Gerechtigkeit von oben, die sich von der älteren Variante dadurch unterscheidet, daß nicht der Staat, sondern der Markt die Verteilung der Güter vornimmt, und zwar nach Leistungskriterien, die der Markt vorgibt.

Die Ungleichheiten, die aufgrund des unterschiedlichen individuellen Leistungsvermögens entstehen, erscheinen aus dieser Perspektive gerechtfertigt. Als »neue Ungleichheiten« kennzeichnet sie die Soziologie. Von den Individuen, die alle ihre staatlich garantierte (Bildungs)Chance erhalten, selbst verursacht und selbst zu verantworten, gelten neue Ungleichheiten als ein produktivitätsfördernder Faktor. Ihre Verschärfung erscheint wegen der aktivierenden Wirkung, die davon auf die weniger Leistungsfähigen ausgeht, als nützlich – wenn auch, wie die Verfechter dieses Konkurrenzdenkens so gleich einschränken, nur für einen begrenzten Zeitraum. »Gerechte Ungleichheit« nennt das ein prominenter Sozialdemokrat. Gleichheit wird in diesem Falle als Chancengleichheit interpretiert: als die garantierte persönliche Wahlfreiheit unter den Bedingungen des freien Marktes. Der Zusammenhang mit Unterdrückung und der Benachteiligung bestimmter Gruppen, in dem Gleichheit einmal stand, spielt keine Rolle mehr.

Leistungsgerechte Auswahl?

Ein Blick auf das bundesrepublikanische Bildungswesen zeigt, daß das Bild einer Gesellschaft, in der die individuelle Leistung über Erfolg oder Mißerfolg im Leben entscheidet, einer empirischen Überprüfung nicht standhält. Die jüngsten Vergleichsstudien aus dem Bildungsbereich dementieren die Vorstellung einer leistungsgerechten Auslese der Schülerinnen und Schüler im gegliederten Schulwesen. Unter dem Druck des in der Öffentlichkeit vorherrschenden Bildes einer Wissensgesellschaft unternehmerischen Zuschnitts und angesichts des schlechten Abschneidens bei internationalen Leistungsvergleichen geraten Bildung und Ausbildung zwar unter Rechtfertigungszwang, doch reagiert die neue Mitte in der Bildungspolitik darauf lediglich mit Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel. Anpassung bedeutet eine Optimierung der Auslesepraktiken im gegliederten Schulwesen, nicht aber deren Abschaffung und Ersetzung durch ein integratives Bildungswesen.

Die bereits angesprochenen Kategorien der Exzellenz und der Kreativität dienen den Bildungspolitikern der neuen Mitte zur Bekräftigung des gegliederten Schulwesens. Den gleichen Zweck erfüllt die erneute Debatte über die unzureichende Förderung begabter junger Menschen. Hier lägen Humanressourcen brach, die es zu nutzen gelte. Eine universelle Bildungsfähigkeit der Menschen, auf die das Hauptaugenmerk der Bildungspolitik zu richten wäre, wird zugunsten der Annahme verschiedener Begabungstypen, denen das gegliederte Schulwesen gerecht werden müsse, verneint. Empirische Studien widersprechen jedoch dieser Auffassung. Sie deuten darauf hin, daß über Begabung die soziale Herkunft entscheidet.¹¹

Nun zeigt die PISA-Studie in der Tat, daß die Begabungsreserven durch das vorhandene Bildungswesen nicht ausgeschöpft werden. Gemeint sind jedoch die Begabungsreserven aller Schülerinnen und Schüler – und nicht diejenigen einiger weniger. Dem gegliederten Schulwesen gelingt nämlich nicht die als Ziel deklarierte »Qualitätssicherung durch Auslese« (Klaus Klemm). Über die Ursachen, warum das nicht geschieht, gehen die Meinungen auseinander.

Der Bildungsforscher Klaus Klemm vertritt als einer der wenigen Experten die Ansicht, daß eine Strukturreform im Schulwesen notwendig sei. Das bundesrepublikanische Bildungswesen, behauptet Klemm, befinde sich »mit seiner strukturellen Verfasstheit« in einer »Qualitätsfalle«. ¹² Um aus dieser Falle wieder herauszufinden, bedürfe »eine der fundamentalen Annahmen deutscher Schulpolitik« der dringenden Korrektur – nämlich die, wonach erst »die Homogenisierung der Lerngruppen durch frühe leistungsorientierte Separierung« die Qualität weiterführender Bildungsgänge sichere. Durch »die reichen Befunde« neuerer Leistungsstudien werde diese Annahme widerlegt, und zwar, wie der Bildungsökonom betont, »in seltener Eindeutigkeit«. ¹³ Zu dem gleichen Urteil kommen die Verfasser der IGLU-Studie. Sie konstatieren wie Klemm, daß »unserem Bildungssystem ... erwartungsgemäß nicht die Form der Auslese (gelingt), die Grundlage des dreigliedrigen Schulsystems ist: Kinder nach Leistung zu sortieren, so daß homogene Gruppen in den weiterführenden Schulen entstehen«. ¹⁴

»Das Bildungswesen hat in Deutschland trotz der erheblich verbesserten quantitativen Bildungsexpansion (Zahl der Abiturienten, Hochschulüler, 10. Klasse-Abschlüsse und qualifizierte Berufe) den sozial schwächeren Teil der Bevölkerung nicht bedient. Die Struktur des deutschen Bildungswesens ist eine Funktion der sozialen Schichtung unter besonderer Benachteiligung ausländischer Kinder ... Die Folge ist eine erhebliche soziale Immobilität, die wiederum die Begabungsreserven nicht ausschöpft.« (Rolf Wernstedt: Kindergärten fördern zu wenig intellektuelle Weltneugier, in: Frankfurter Rundschau vom 4. Februar 2002, S. 6)

Nicht als Sozialisationsprodukt, als abhängig vom soziokulturellen Umfeld wird Begabung verstanden, sondern als naturgegeben bzw. angeboren. Als Ausdruck natürlicher Ungleichheit der Menschen bedürfe Begabung der speziellen Förderung. Dieser mehr oder minder offen artikulierten Naturalismus liegt der Auslesepraxis im gegliederten Schulwesen zugrunde. Das differenzierte Bildungsangebot in den verschiedenen Schulformen trägt der Annahme von Begabungstypen und der besonderen Kreativität einiger weniger Rechnung.

»Bei den Lese-Tests weichen die Leistungen der Jugendlichen aus Arbeiterfamilien um über 100 Punkte von denen aus der oberen Dienstklasse ab: die höchste Abweichung innerhalb der OECD-Studie (Seite 358). Unter den getesteten 15jährigen, die mehrheitlich kurz vor der Schulentlassung stehen, sich also auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bewerben und bewähren müssen, stehen die Kinder aus Arbeiterfamilien schlecht da. Über 10 Prozent erreichen nicht einmal die Lese-Kompetenzstufe 1. »Diese Jugendlichen sind gleichwohl keine Analphabeten. Sie besitzen elementare Lesefertigkeiten, die jedoch einer praktischen Bewährung in lebensnahen Kontexten nicht Stand halten«, kommentiert Baumert. Weitere 20 bis 40 Prozent aus diesen Sozialschichten kommen über die Stufe 1 nicht hinaus, die schon niedrig genug liegt und den Lehrplanvorgaben der 9. Klasse nicht entspricht ... Bei den deutschen Jugendlichen aus den unteren Sozialschichten »überschreiten zwischen 25 und 35 Prozent nicht die erste Kompetenzstufe im Lesen.« (Jutta Roitsch: Reflexe und Ignoranzen. Politische Reaktionen auf die Pisa-Studie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2002, S. 458)

Als »Bremse für Qualitätssteigerungen« wirkt nach Klaus Klemm die frühe Trennung der Schülerinnen und Schüler in der Regel bereits nach der vierten Klasse und deren Aufteilung auf unterschiedliche Schulformen in der Sekundarstufe.¹⁵ Die PISA-Studie stuft die Schulformen als »unterschiedliche Entwicklungsmilieus« ein, die »zu einer engeren Kopplung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb« beitragen. Und »je länger ein Fach in differenzierten Schulformen unterrichtet wird«, desto »straffer« fällt laut PISA-Studie »der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Fachleistung« aus.¹⁶

Wie subtil die Auslesemechanismen im gegliederten Schulwesen funktionieren, verdeutlicht ein Phänomen, das in der PISA-Studie als »sekundäre Ungleichheit« bezeichnet wird. An dieser Form der Ungleichbehandlung läßt sich die geringe Bedeutung des Leistungsgedankens im Bildungswesen besonders gut demonstrieren. Von sekundärer Ungleichheit wird dann gesprochen, wenn Jugendliche aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern selbst bei gleichen Kompetenzen einer massiven Benachteiligung ausgesetzt sind. Das ist vor allem bei Bildungsempfehlungen für weiterführende Schulen der Fall. Pädagogen beurteilen die Aussichten von Kindern aus der Unterschicht, eine höhere Schulform – zum Beispiel das Gymnasium – mit Erfolg zu absolvieren, wesentlich skeptischer als die Aussichten von Kindern mit einem entsprechend hohen Bildungshintergrund der Eltern, selbst wenn letztere schlechtere Leistungen erbringen. Es handelt sich nach Ansicht des PISA-Konsortiums bei sekundärer Ungleichheit um eine »systematische«, aber nicht »notwendig bewußte Benachteiligung« von Kindern unterer sozialer Schichten.¹⁷ Mangelnder Bildungsmut der Eltern und das selektive Verhalten der Lehrerinnen und Lehrer der Eltern als Gründe für diese Form der Benachteiligung. Von einer »doppelten Benachteiligung« der Kinder aus einfachen Verhältnissen spricht daher der Bildungsexperte Klaus-Jürgen Tillmann. Diese Kinder erhalten nicht nur weniger Förderungspotential in den Familien, sie erfahren zudem eine ungleiche Behandlung selbst bei guten Leistungen in der Schule. »Um überhaupt eine Gymnasialempfehlung zu erhalten«, müssen Unterschichtkinder mehr leisten als Akademikerkinder.¹⁸

Die Ursache für die Ungleichbehandlung im Falle sekundärer Ungleichheit ist nicht im individuellen Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler zu suchen, sondern in deren sozialem Habitus. Ihn machen Pädagogen offensichtlich zum Maßstab für ihre Bildungsempfehlungen. Pädagogen, die sich in der Mehrzahl aus der Mittelschicht rekrutieren, ist der Mittelschichthabitus Heranwachsender vertrauter als einer aus der Unterschicht. Die Vertrautheit mit dem eigenen Habitus erklärt die Ungleichbehandlung bei Bildungsempfehlungen trotz gleicher Leistungen. Sekundäre Ungleichheit ist wie die primäre Ungleichheit sozialschichtbedingt,¹⁹ sie äußert sich jedoch in vermittelter Form und könnte bei vorhandenem Problembewußtsein unter den Lehrkräften abgebaut werden.

Das Beispiel sekundärer Ungleichheit verdeutlicht, daß von der Praxis des Aussortierens vor allem Kinder und Jugendliche betroffen sind, die aus Familien mit einem niedrigen sozialen Status kommen. Eine aktuelle empirische Untersuchung aus Hessen und Sachsen-

Anhalt bestätigt diesen Befund.²⁰ Dieselbe Untersuchung beschäftigt sich mit der subjektiven Wahrnehmung und Verarbeitung der Auslesepraxis bei den Betroffenen. Und auch hier registrieren die Autoren einen »positiven Zusammenhang« zwischen subjektivem Belastungsempfinden und niedriger sozialer Herkunft. Schulangst und große biographische Verunsicherung im Hinblick auf die weitere Schullaufbahn äußern weitaus häufiger Kinder aus Elternhäusern mit einem niedrigeren sozialen Status.²¹

Die Situation dieser jungen Menschen im Schulwesen beschreibt der französische Soziologe Pierre Bourdieu als interne Ausgrenzung. »Intern Ausgegrenzte« werden »durch die negativen Sanktionen der Schule dazu genötigt, auf die schulischen und gesellschaftlichen Ansprüche zu verzichten, welche die Schule selbst in ihnen wachgerufen hat«. Sie sind folglich »dazu gezwungen, sie wieder herunterzuschrauben« und schleppen sich »ohne Überzeugung durch eine Schulausbildung, deren Zukunftslosigkeit ihnen voll bewußt ist.«²²

Nachholende Modernisierung

Nirgendwo anders, besagt die PISA-Studie, spielt die soziale Lage der Herkunftsfamilie eine so große Rolle für den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler wie in der Bundesrepublik. Von sozialer Selektion als einem Effekt des gegliederten Schulsystems spricht die internationale Vergleichsstudie PISA.²³ Weil »die Entwicklung des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Leistung« als »ein kumulativer Prozeß« verlaufe, »der lange vor der Grundschule beginnt und an Nahtstellen des Bildungssystems verstärkt« werde, weise das bundesrepublikanische Bildungswesen im internationalen Vergleich »einen erheblichen Leistungs-nachteil« auf.²⁴

Angesichts der Verknüpfung von Struktur- und Leistungsdefizit im Bildungswesen ist eine Strukturreform die Voraussetzung für eine Leistungssteigerung des bundesrepublikanischen Bildungswesens. Das gegliederte Schulwesen in der Bundesrepublik, das ursprünglich an der arbeitsteiligen Industriegesellschaft ausgerichtet war, entspricht nicht dem Standard, über den die Länder verfügen, die bei PISA erfolgreich abgeschnitten haben. Auch ohne ausdrücklich von einem Modernisierungsrückstand zu sprechen, verweist die PISA-Studie darauf, daß das gegliederte Schulwesen in vielen Staaten durch »integrierte Systeme« ersetzt worden ist.²⁵ Nur noch die Schweiz und Liechtenstein verfügen über ein ähnlich stark gegliedertes Schulwesen wie die Bundesrepublik. Die meisten Staaten arbeiten erst ab der Sekundarstufe II mit Formen der äußeren Differenzierung. »Der nach Schulformen gegliederte Sekundarbereich« ist im internationalen Vergleich das »auffälligste Merkmal des deutschen Schulsystems«.²⁶

Trotz der lauter werdenden Kritik an der strukturkonservativen Bildungspolitik lehnen es die Kultusminister der Länder in einer unter ihnen selten anzutreffenden Einmütigkeit jedoch ab, über eine Vereinheitlichung der Strukturen auch nur nachzudenken. Sie befürworten zur Verbesserung der Qualität schulischer Bildung eine sogenannte weiche Systemlösung. Diese sieht den Ausbau der Vorschul- und Ganztagsbildung vor, eine frühere Einschulung, eine bessere Ausstattung des Primarbereiches, eine ver-

besserte Lehreraus- und Weiterbildung und die regelmäßige Evaluation des Unterrichts durch interne und externe Institutionen.²⁷ Zugleich wird eine Optimierung der Auslesemechanismen betrieben durch Maßnahmen wie »mehr schulinterne Selektion, Ausbremsen des Zulaufs zum Gymnasium, Rückbau der Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen und Einbau zusätzlicher Selektionsstufen in den Hochschulen«.²⁸

Damit verabschiedet sich die neue Mitte auch in der Bildungspolitik von einer integrativen Politik. Diese weicht einer Politik der sozialen Spaltung, wie an der faktischen Aufspaltung des Bildungsangebotes in eine Elite- und eine Massenbildung ablesbar ist. In der Beschränkung der Demokratie auf eine Methode zur Auswahl der vermeintlich Besten – sprich: der Elite – offenbart der mit Aufstiegsmobilität verknüpfte Leistungsbegriff seine Kehrseite. Der Demokratie droht im »digitalen Kapitalismus« die autoritäre Entgleisung.

- 1 Peter Glotz: Digitaler Kapitalismus, in: Der Spiegel 39/1999, S. 82; vgl. auch Ders.: Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, München 1999.
- 2 Ebenda.
- 3 Ebenda, S. 86.
- 4 Konrad-Adenauer-Stiftung: Bildung der Persönlichkeit. Schulpolitisches Grundsatzpapier, Juni 2002. <http://www.kas.de>.
- 5 Ebenda.
- 6 Sighard Neckel, Kai Dröge: Die Verdienste und ihr Preis: Leistung in der Marktgesellschaft, in: Axel Honneth (Hrsg.): Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt a. M. 2002, S. 96.
- 7 Vgl. hierzu Stephan Voswinkel: Bewunderung ohne Würdigung?, in: Axel Honneth (Hrsg.): Befreiung aus der Mündigkeit, a. a. O., S. 65-92.
- 8 Vgl. Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen/Basel 1993, Kapitel 11 u. 12 (Erstveröffentlichung 1950).
- 9 Harald Bluhm: Eliten – ideengeschichtliche Betrachtung zu einem rhetorisch-politischen Begriff, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 1/2000, S. 68. Zur vagen Kategorie der Kreativität im Bildungsdiskurs vgl. v. Hartmut Hentig: Kreativität. Hohe Erwartungen an einen schwachen Begriff, München/Wien 1998.
- 10 Zitiert nach: Ursula Birsl, Peter Lösche: (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft oder: Erosion der politischen Mitte, in: Dietmar Loch, Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt a. M. 2001, S. 354.
- 11 Sabine Etzold: Das falsche Versprechen, in: Die Zeit vom 5. Dezember 1997, S. 41 f.
- 12 Klaus Klemm: Unfähig, die Schwächen der Schüler zu erkennen, in: Frankfurter Rundschau vom 6. Dezember 2001, S. 6.
- 13 Ebenda.
- 14 Wilfried Bos u. a.: Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse, <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/IGLU/home.htm>.
- 15 Vgl. Klaus Klemm, a. a. O.
- 16 Deutsches PISA-Konsortium: PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen 2001, S. 372.
- 17 Ebenda, S. 353.
- 18 Die doppelte Benachteiligung. Gespräch mit Klaus-Jürgen Tillmann, in: E&W 9/2002, S. 7.
- 19 Deutsches PISA-Konsortium, a. a. O., S. 354 u. 358.
- 20 Peter Büchner, Heinz Hermann Krüger: Soziale Ungleichheit beim Bildungserwerb innerhalb und außerhalb der Schule, in: Aus Parlament und Zeitgeschichte. Beilage 11/1996, S. 21-30.
- 21 Ebenda, S. 26 f.
- 22 Pierre Bourdieu u. a.: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1998, S. 532.
- 23 Deutsches PISA-Konsortium, a. a. O., S. 389.
- 24 Ebenda, S. 372.
- 25 Ebenda, S. 425.
- 26 Ebenda, S. 430.
- 27 Kultusministerkonferenz: Maßnahmen der Länder in den zentralen Handlungsfeldern zu PISA. Beschluß der KMK vom 17./18. Oktober 2002, <http://www.kmk.org/schul/home.htm>.
- 28 Klaus Klemm, a. a. O.

CHRISTOPH SCHERRER

Bildungswesen unter Globalisierungsdruck. Die Kernbestimmungen des GATS und deren Folgen

Für das Bildungswesen gelten seit 1994 die Regeln des internationalen Dienstleistungsabkommens GATS (General Agreement on Trade in Services). Für die Europäische Union und damit für Deutschland ist der Anwendungsbereich dieser Regeln allerdings auf privat finanzierte Bildungsdienstleistungen beschränkt. Zudem schützen eine Reihe von sogenannten horizontalen Ausnahmen die staatlich bereitgestellten Bildungsdienstleistungen. In der derzeitigen GATS-Verhandlungsrunde stehen diese Einschränkungen des Geltungsbereichs der GATS-Regeln zur Disposition (vgl. dazu Scherrer/Yalçın 2002 a).

Mittlerweile zeichnen sich die Konturen der Forderungen auf eine Ausweitung der Marktöffnungsverpflichtungen deutlicher ab. In ihrer Gesamtheit zielen diese Forderungen auf eine Aufhebung der staatlichen Verantwortung für das Hochschulwesen ab. Wenngleich sicherlich nicht alle Forderungen erfüllt werden, so sollten aufgrund ihrer Tragweite die möglichen Auswirkungen im Falle ihrer Erfüllung dennoch ausführlicher thematisiert werden. Für das Verhalten gegenüber diesen Forderungen bedarf es einer solchen ernsthaften Analyse.

Die EU-Verpflichtungen von 1994

Für Dienstleistungen im Bereich der höheren Schulausbildung (GATS-Kategorie 5.C., CPC 923) sind die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedsstaaten bereits 1994 relativ umfangreiche Liberalisierungsverpflichtungen eingegangen: Marktzutritt und Inländerbehandlung für die Erbringungsarten 1 (grenzüberschreitende Erbringung), 2 (Nutzung im Ausland) und 3 (kommerzielle Präsenz). Dabei kommt allerdings eine wichtige Einschränkung zum Tragen: Die EU-Liberalisierungsverpflichtung ist auf »privat finanzierte« Bildungsdienstleistungen beschränkt. Somit sind die staatlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland noch von den GATS-Verpflichtungen ausgenommen.

Neben den sektoralen Verpflichtungen findet sich in der Länderliste noch die Rubrik »horizontale Verpflichtungen«. Dort hat die EU drei für das Bildungswesen sehr bedeutsame Ausnahmen eingetragen, und zwar für: öffentliche Dienste, Zweigstellen von Unternehmen aus Drittstaaten und Subventionen. Wie anhand der Bewertung der Forderungen zur Streichung dieser Ausnahmen noch näher ausgeführt wird, sichern diese die staatliche Verantwortung für das Bildungswesen.

Christoph Scherrer, Prof. Dr.; Volkswirt und Politologe, lehrt »Globalisierung & Politik« an der Universität Kassel; war u. a. Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University. Nach der New Economy: Perspektiven der deutschen Wirtschaft (mit St. Beck, G. Caglar, Münster 2002); GATS 2000. Arbeitnehmerinteressen und die Liberalisierung des Dienstleistungshandels (mit Thomas Fritz, Düsseldorf 2002); Global Rules for Trade: Codes of Conduct, Social Labeling, and Workers' Rights Clauses (mit Thomas Greven, Münster 2001); Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA (Berlin 1999).

GATS-Klassifikationen:
 Arten der grenzüberschreitenden Bildungsdienstleistungen:
 primäre Bildungsdienstleistungen
 (im vorschulischen Bereich, z. B. an Kindergärten),
 sekundäre Bildungsdienstleistungen
 (schulische und berufsbildende Angebote unterhalb der Hochschulen),
 höhere (tertiäre) Bildungsdienstleistungen
 (z. B. Berufs- und Universitätsausbildung),
 Erwachsenenbildung
 (allgemeine Bildung und berufliche Ausbildung),
 soweit sie nicht vom regulären System für höhere Bildung angeboten wird,
 sowie
 andere Bildungsdienstleistungen
 (bezieht sich auch auf spezielle Bildungsangebote im primären und sekundären Bereich, soweit sie nicht dort aufgeführt sind).

Forderungen der EU

Bis Ende Juni 2002 waren die einzelnen WTO-Mitglieder aufgefordert, an ihre Handelspartner konkrete Marktöffnungsforderungen zu stellen. Im Rahmen dieses bilateralen Prozesses von Forderungen (requests) hat die EU kurz vor Ende dieser Frist von den USA die Marktöffnung im Bereich privat finanzierter höherer Bildungsdienstleistungen gefordert.

Sie hat damit Verhandlungsbereitschaft im Bildungsbereich bekundet. Dennoch versuchte die EU-Kommission, in der Öffentlichkeit Entwarnung zu signalisieren. Sie verwies darauf, daß die Forderung der Marktöffnung im Hochschulbereich gegenüber den USA nicht über die Verpflichtungen hinausgehe, die von der EU selbst bereits mit Inkrafttreten des GATS 1995 übernommen worden seien.

Das in Deutschland federführende Bundeswirtschaftsministerium spielte ebenso die Bedeutung der Aufstellung dieser Forderung herunter: »Die lediglich an die USA gerichtete Forderung der Gemeinschaft bezüglich privat finanzierter Dienstleistungen der höheren Bildung geht nicht über die seitens der EU/EU-MS (Mitgliedsstaaten – d. V.) bereits seit 1995 hierzu eingegangenen Liberalisierungsverpflichtungen hinaus. Mit dieser Forderung werden Marktzugangsverbesserungen für exportorientierte europäische Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, in den USA angestrebt; Nachteile für EU-Mitgliedsstaaten sind weder ersichtlich noch zu erwarten.« (Bundestags-Drucksache 14/9768: 3)

Diese Argumentation ist wenig überzeugend, da die EU sich in den laufenden Verhandlungen nicht auf den Standpunkt zurückziehen kann, sie habe schon in der Uruguay-Runde liberalisiert und nun seien andere an der Reihe. Die Anerkennung bereits geleisteter Liberalisierungsschritte wird zwar derzeit von Entwicklungsländern eingefordert, ist jedoch keinesfalls eine GATS-Gepflogenheit, wie das Bundeswirtschaftsministerium anzudeuten scheint: »Es entspricht dem von GATS für die laufenden Dienstleistungsverhandlungen vorgegebenen Auftrag, ein höheres und ausgewogeneres Liberalisierungsniveau aller WTO-Mitglieder anzustreben, wenn an Länder, die bislang in einem bestimmten Dienstleistungssektor geringere Liberalisierungsverpflichtungen als die Gemeinschaft eingegangen sind, nunmehr zusätzliche Liberalisierungsforderungen gerichtet werden.« (Bundestags-Drucksache 14/9768: 4)

Für ihre Bildungsliberalisierung im Jahre 1994 hat die EU im Gesamtpaket von GATS an einer anderen Stelle ein Zugeständnis der Verhandlungspartner erhalten. Mit der Erfüllung einer Forderung kann nur dann gerechnet werden, wenn man bereit ist, Forderungen der Verhandlungspartner in gleicher Höhe zu erfüllen. Doch gerade das Bildungswesen kann nicht erwarten, daß andere Sektoren Liberalisierungsschritte zu seinen Gunsten unternehmen. Die Forderungen der Verhandlungspartner im Bildungssektor müssen daher mit größter Wahrscheinlichkeit innerhalb des Bildungssektors erfüllt werden.

Forderungen an die EU

Einer Zusammenfassung des Wirtschaftsministeriums, der Forderungen von 19 Staaten zugrunde liegen, ist zu entnehmen, daß sich

im Bildungsbereich Forderungen zum einen auf spezielle Vorbehalte anderer EU-Mitgliedsstaaten (ohne Deutschland) beziehen. Darüber hinaus seien auch Forderungen für die Kategorie der anderen Bildungsdienstleistungen gestellt worden, wo die EU bisher keine Verpflichtungen übernommen hat. Schließlich gebe es auch »Forderungen, die sich auf ›höhere Bildung‹ und Erwachsenenbildung generell, ohne die von der EU vorgenommene Beschränkung auf privat finanzierte Dienstleistungen, beziehen, und Forderungen speziell für Bildungstest-Dienstleistungen« (BMWi, Schreiben vom 8. 8. 2002).

Nach den einzelnen Bildungskategorien gegliedert liegen somit folgende Forderungen vor:

Für *höhere Bildungsdienstleistungen*: Die Übernahme voller Verpflichtungen für die Erbringungsarten 1 (grenzüberschreitende Erbringung), 2 (Nutzung im Ausland) und 3 (kommerzielle Präsenz im Ausland), womit die bisherige Verpflichtung der EU für privat finanzierte Dienstleistungen auf öffentlich finanzierte Dienstleistungen ausgedehnt werden soll.

Für *Erwachsenenbildungsdienstleistungen*: Die Übernahme voller Verpflichtungen für die Erbringungsarten 1, 2, 3 und 4. Für diese Kategorie hat sich die EU im Rahmen von GATS bisher nur für privat finanzierte Dienstleistungen verpflichtet.

Für die Restkategorie »andere« *Bildungsdienstleistungen*: Die Übernahme voller Verpflichtungen für die Erbringungsarten 1, 2, 3, 4. Für diese Kategorie hat sich die EU bisher nicht verpflichtet. Darüber hinaus bestehen Forderungen, neue Kategorien für Bildungsdienstleistungen zu vereinbaren und entsprechende Verpflichtungen zu übernehmen: *Training Services*, *Education Agency Services* (Bildungsvermittlungsdienste) und *Educational Testing Services* (Leistungsüberprüfungsdienste).

Darüber hinaus bestehen noch Forderungen, die sektorübergreifend »horizontal« gestellt wurden. Über diese informierte das Bundeswirtschaftsministerium summarisch wie folgt:

»Verschiedene Forderungen beziehen sich auf generelle EU-Vorbehalte für Dienstleistungen, die als öffentliche Aufgaben betrachtet werden (Forderung nach Erläuterungen und Spezifizierungen, teilweise auch Streichung), auf die Behandlung von Zweigstellen von Drittstaaten-Unternehmen in der EU (Forderung nach gleicher Behandlung wie Tochtergesellschaften) und auf Subventionen (Forderung nach teilweiser oder vollständiger Streichung der EU-Vorbehalte bezüglich Inländerbehandlung für GATS-Erbringungsarten 3 und 4)« (BMWi, Schreiben vom 8. 8. 2002).

Die horizontalen Forderungen an die EU beziehen sich somit auf folgende Vorbehalte der EU gegenüber einer vollständigen Übernahme der GATS-Prinzipien: - weite und nicht erschöpfende Definition des öffentlichen Sektors; - ungleiche Behandlung von Tochtergesellschaften aus Drittstaaten; - Subventionsvorbehalt.

Mögliche Folgen der Forderungserfüllung

Die folgende Analyse der Auswirkungen der Forderungen im Falle ihrer Erfüllung geht stufenweise vor: Zunächst werden die Auswirkungen der sektoralen Forderungen untersucht und dann die zusätzlichen Auswirkungen der jeweiligen horizontalen Forderung.

Erbringungsarten (»modes«) des Dienstleistungshandels:

Mode 1

Grenzüberschreitende

Erbringung: Die Lieferung einer Dienstleistung von einem Land in das andere (z. B. E-Learning übers Internet);

Mode 2

Nutzung im Ausland: Die Erbringung einer Dienstleistung innerhalb eines Landes für Konsumenten eines anderen Landes (z. B. für Studierende aus dem Ausland);

Mode 3

Kommerzielle Präsenz:

Die Erbringung einer Dienstleistung durch die kommerzielle Präsenz in einem anderen Land (z. B. eine Sprachschule von Berlin);

Mode 4

Präsenz natürlicher Personen: Die Erbringung einer Dienstleistung durch Personen, die sich zu diesem Zweck temporär in ein anderes Land begeben (z. B. muttersprachliches Lehrpersonal an einer Sprachschule).

*Aufgabe der Beschränkung auf »privat finanzierte«
Bildungsdienstleistungen*

Sofern die horizontalen Vorbehalte der EU bestehen bleiben, werden die Auswirkungen der Aufgabe der Beschränkung auf privat finanzierte Bildungsdienstleistungen eher gering ausfallen. Im wesentlichen würde sich nur die Rechtsstellung ausländischer öffentlich finanziert Bildungsträger verbessern, da sie nun auch auf Marktzugang und Inländerbehandlung ein Anrecht erhalten. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß diese in großer Zahl innerhalb der EU nicht-kostendeckende Studiengänge anbieten werden (Studiengänge, die aufgrund von Studiengebühren und privaten Zuwendungen sich selbst tragen, können bereits derzeit unter Berufung auf das GATS angeboten werden). Es ist aber gleichwohl nicht auszuschließen, daß solche Institutionen zur längerfristigen Markterschließung ihre Studiengänge zunächst zu Dumpingpreisen, das heißt subventioniert, anbieten werden. So verfügt beispielsweise die australische öffentliche Universität Monash über eine gewinnorientierte Tochtergesellschaft, die im Ausland Universitäten unterhält (s. <http://www.monash.edu.my/studying/agents.htm>).

Die Auswirkungen der Aufgabe der Beschränkung auf privat finanzierte Bildungsdienstleistungen wären langfristig gravierender. Die Aufgabe würde nämlich für eine nächste Verhandlungsrunde den bestehenden Druck auf die horizontalen Vorbehalte erhöhen. Das GATS bezeichnet im Art. XV Subventionen nämlich als potentielle Ursachen von Verzerrungen im Dienstleistungshandel und sieht die Aufnahme von Verhandlungen über erforderliche multilaterale Disziplinen vor. Eine weitere Quelle des Drucks zur Einschränkung des bisher von der EU reklamierten Ausnahmereiches ist der Art. VI über die innerstaatliche Regelung des GATS-Übereinkommens. Der Rat für den Dienstleistungshandel wird in Art. VI beauftragt, Disziplinen zu entwickeln, die gewährleisten, daß nationale Qualifikationserfordernisse, technische Normen sowie Zulassungsverfahren keine unnötige Belastung des Dienstleistungshandels darstellen (Fritz/Scherrer 2002: 18-19).

An dieser Stelle soll noch auf eine bereits bestehende Problematik dieser Beschränkung hingewiesen werden. Diese Beschränkung wurde nämlich nicht näher spezifiziert. Es ist derzeit unklar, ab welchem Ausmaß privater Beteiligung eine Bildungsdienstleistung als privat finanzierte Bildungsdienstleistung gilt. Dies ist keine akademische Frage, da zum einen im zunehmenden Maße private Sponsoren für die Ausstattung von Bildungsinstitutionen gewonnen werden und öffentliche Bildungseinrichtungen ihr kostenpflichtiges Angebot ausdehnen, insbesondere betriebswirtschaftliche Studienangebote. Theoretisch könnte ein rein privater Anbieter unter Berufung auf das GATS gegen solche privaten, aber letztlich doch noch zu einem Teil öffentlich subventionierten Studiengänge vorgehen (Kelk/Worth 2002: 31). Falls die EU der Forderung nach Aufgabe der Beschränkung auf privat finanzierte Bildungsdienstleistungen nachkommt, steigt die Wahrscheinlichkeit, daß ein solcher Studiengang als ein subventioniertes und damit gegenüber rein privaten ausländischen Anbietern unfaires Angebot angesehen wird, welches gegen das Prinzip der Inländergleichbehandlung verstößt. In diesem Falle würden nur die horizontalen Vorbehalte der EU Schutz bieten.

Aufgabe der Diskriminierung gegen Zweigstellen

Weiterhin hat sich die EU das Recht vorbehalten, Zweigstellen von Unternehmen aus Nicht-EU-Staaten, die nicht nach dem Recht eines Mitgliedsstaats errichtet worden sind, vom Prinzip der Inländerbehandlung auszunehmen. Für einen Anspruch auf Gleichbehandlung beispielsweise bei der Zulassung muß ein Bildungsträger aus einem Drittstaat innerhalb der EU eine Tochtergesellschaft nach dem Recht eines EU-Mitgliedstaats gründen, die zudem »eine tatsächliche und dauernde Verbindung zur Wirtschaft eines der Mitgliedsstaaten« aufweist (GATS 1994: 1679). Mithin kann derzeit gegen Zweigstellen, Vertretungen und auch Tochtergesellschaften, die nicht nach dem Recht eines Mitgliedsstaats gegründet sind, sofern sie eben nicht diese dauernde Verbindung nachweisen können, diskriminiert werden, beispielsweise bei der Vergabe von Lizenzen oder bei Zulassungen. Um eine Diskriminierung zu verhindern, müssen derzeit Unternehmen von außerhalb der EU den teureren Akt der Gründung einer Tochtergesellschaft nach dem Recht eines EU-Mitgliedsstaats vornehmen und den Nachweis erbringen, daß diese Tochtergesellschaft auf Dauer wirtschaftlich innerhalb Europas tätig ist. Im Klartext bedeutet sie nämlich, daß ein Unternehmen mit einer Tochtergesellschaft bereits präsent sein muß, um beispielsweise als Bildungsanbieter zugelassen zu werden, daß sich diese Präsenz aber ohne Zulassung betriebswirtschaftlich nicht rechtfertigen läßt.

Wiederum verlangen mindestens die USA, die Einschränkungen für Tochtergesellschaften und Vertretungen von Drittstaatengesellschaften aufzuheben. Falls die EU dieser Forderung nachkommt, würde der Einstieg ausländischer Unternehmen in Sektoren wie das Bildungswesen, in denen bisher inländische öffentliche bzw. private Bildungsinstitutionen vorherrschen, deutlich erleichtert werden, da sie einen Rechtsanspruch auf gleiche Behandlung, zum Beispiel bei Zulassung, erhielten. Die Folge wäre zunehmende Konkurrenz. Aufgrund der hohen Anfangsinvestitionen im Hochschulwesen (zumindest jenseits des Angebotes eines einzelnen, womöglich rein betriebswirtschaftlichen Studiengangs) ist aber nicht zu vermuten, daß aufgrund einer solchen Erleichterung tatsächlich sehr viel mehr Anbieter als bisher auf den europäischen Markt kommen wollen. Die entscheidende Hürde für diese Anbieter dürfte der Subventionsvorbehalt sein. Solange dieser besteht, müssen sie nämlich gegen Bildungsinstitutionen konkurrieren, die ihre Studiengänge nicht kostendeckend anbieten.

Aufgabe der weiten und nicht erschöpfenden Definition von öffentlichen Aufgaben

Im Art. 1 Abs. 3 lit. b des GATS werden hoheitliche Aufgaben, die nicht den GATS-Verpflichtungen unterliegen, äußerst eingeschränkt definiert: »weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb ... erbracht«. Deshalb hat die EU eintragen lassen, daß in sämtlichen EU-Mitgliedsstaaten »Dienstleistungen, die auf nationaler oder örtlicher Ebene als öffentliche Aufgaben betrachtet werden, staatlichen Monopolen oder ausschließlichen Rechten privater Betreiber unterliegen« können (GATS 1994: 1679). Mit anderen Worten: Die EU behält sich das Recht vor, den Marktzugang im Bereich öffentlicher

Zur Illustration dessen, was sie unter öffentlichen Aufgaben versteht, hat die EU in einer Fußnote eine offene Beispielsliste eingefügt: »wie z. B. verbundenen wissenschaftlichen und technischen Beratungsdienstleistungen, Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen in den Sozial- und Geisteswissenschaften, technische Prüf- und Analysedienstleistungen, Umweltdienstleistungen, Gesundheitsdienstleistungen, Verkehrsdienstleistungen und Hilfsdienstleistungen für alle Verkehrsarten. Ausschließliche Rechte für solche Dienstleistungen werden häufig privaten Betreibern gewährt, z. B. Betreibern mit Konzessionen öffentlicher Stellen, vorbehaltlich bestimmter Versorgungspflichten« (GATS 1994: 1679, Fn. 1).

Aufgaben einzuschränken. Selbst wenn, wie es in Deutschland der Fall ist, neben den staatlichen Bildungsinstitutionen auch private Anbieter bestehen und somit die Bildung gemäß GATS nicht zu den hoheitlichen Aufgaben gehört, erlaubt dieser Vorbehalt, Bildung als öffentliche Aufgabe zu behandeln, die entsprechend staatlich erbracht werden kann.

In der neuen GATS-Runde fordert mindestens ein Land die EU auf, konkret festzulegen, welche Dienstleistungen als öffentliche Aufgaben gelten (Marktzutritt, Erbringungsart 3). 1994 hatte die EU in der horizontalen Liste eintragen lassen: Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß öffentliche Aufgaben häufig auf nachgeordneter Ebene bestehen, ist eine detaillierte und erschöpfende sektorspezifische Auflistung nicht möglich« (GATS 1994: 1679, Fn. 1).

Lehrertätigkeiten sind jedoch nicht explizit in diese Ausnahmeliste aufgenommen worden, aber auch nicht explizit ausgeschlossen. Diese betreffen bekanntlich alle Bildungssegmente. Sollte es zu einer abschließenden Definition öffentlicher Aufgaben seitens der EU für das GATS kommen, dann würde es durchaus nahe liegen, diese Definition auf die bisherige Beispielsliste zu beschränken, womit die Hochschullehre aus den öffentlichen Aufgaben heraus und in das GATS fallen würde.

Die Herausnahme der Hochschullehre aus den öffentlichen Aufgaben hätte folgenschwere Auswirkungen. Die Entscheidung über die Zulassung als Hochschule und das Recht auf Vergabe von Abschlußgraden liegt nämlich in staatlicher Hand. Die für das Hochschulwesen zuständigen Ministerien der Länder würden zwar unter GATS diese Kompetenz nicht verlieren, doch müßten sie bei den Zulassungsentscheidungen den Art. VI des GATS zur innerstaatlichen Regelung beachten. Dieser schreibt vor, daß Zulassungserfordernisse keine unnötigen Hemmnisse für den Handel mit Dienstleistungen darstellen dürfen (Abs. 4). Zulassungsanforderungen, die nur schwer von ausländischen Anbietern erfüllt werden können, wären dann nicht GATS konform. Mit anderen Worten, der Zugang von Bildungsdienstleistern in den europäischen Bildungsraum würde deutlich erleichtert. Wiederum gilt jedoch, daß letztlich die entscheidende Hürde für Anbieter aus Drittstaaten die Subventionen für hiesige Bildungsinstitutionen sind.

Aufgabe des Subventionsvorbehaltes

Die EU verweigert derzeit Unternehmen und Studierenden aus Drittstaaten das Recht auf Inländerbehandlung im Falle von Subventionen: »Der Anspruch auf Subventionen der Gemeinschaften oder der Mitgliedsstaaten kann auf im Hoheitsgebiet eines Mitgliedsstaats oder in einem besonderen geographischen Teilgebiet eines Mitgliedsstaats niedergelassene juristische Person beschränkt werden«. Und: »Soweit Subventionen natürlichen Personen zur Verfügung gestellt werden, können sie auf Staatsangehörige eines Mitgliedsstaats der Gemeinschaften beschränkt werden« (GATS 1994: 1680).

Beide Eintragungen stellen sicher, daß weder Unternehmen noch Bildungsnachfrager aus Nicht-EU-Staaten ein Anrecht auf staatliche Unterstützung haben. Zudem wird ausdrücklich festgehalten, daß »die Erbringung einer Dienstleistung oder ihre Subventionierung in-

nerhalb des öffentlichen Sektors« nicht die GATS-Verpflichtungen verletzt (GATS 1994: 1680). Mithin können Bildungsdienstleistungen in der EU trotz GATS staatlich erbracht werden.

Diesen Subventionsvorbehalt könnten allerdings Nicht-EU-Bildungsdiensteanbieter dadurch umgehen, daß sie ihre europäischen Tochtergesellschaften nach europäischem Recht bzw. dem Recht des jeweiligen EU-Mitgliedsstaates gründen (s. oben). Diese Umgehungsmöglichkeit wurde aber bisher noch nicht ausgelotet (Krajewski 2002).

Nun fordern einige der deutschen Öffentlichkeit nicht bekannt gegebene Länder die Aufgabe des Subventionsvorbehalts bei der Erbringungsart 3 (kommerzielle Präsenz) und 4 (Präsenz natürlicher Personen). Die Aufgabe des Subventionsvorbehalts hätte die schärfsten Auswirkungen auf das Bildungswesen.

Bei einer Streichung des Subventionsvorbehalts könnten Bildungsinstitutionen aus Drittstaaten, die in der EU Programme anbieten wollen, die öffentliche Unterstützung der Hochschulen als Verstoß gegen das GATS-Prinzip der Inländerbehandlung und damit als unzulässig bezeichnen. Ihr jeweiliger Heimatstaat könnte dann gegen die EU den Streitschlichtungsmechanismus bemühen. Selbst ohne geplante Präsenz in der EU könnte ein solches Verfahren angestrengt werden. und zwar dann, wenn ein kommerzielles Angebot in einem Drittstaat, das sich im wesentlichen an internationale Studierende richtet, ein vergleichbares, aber öffentlich finanziertes Pendant in der EU hat. Mit anderen Worten, die Aufgabe des Subventionsvorbehalts hätte gravierende Folgen für die Finanzierung des in der EU noch vorherrschenden öffentlichen Hochschulwesens.

Beim Fortfall des Subventionsvorbehalts stehen mehrere Optionen offen, um GATS-Konformität herzustellen. Erstens könnten die staatlichen Zahlungen völlig eingestellt werden. Eine solche drastische Maßnahme ist aber zumindest kurzfristig sehr unwahrscheinlich. Zweitens könnten alle Hochschulen direkt subventioniert werden. Die Vergabe der Mittel könnte über ein Ausschreibungsverfahren erfolgen und wäre nichtdiskriminierend durchführbar. Die bestehenden Hochschulen stünden dann nicht nur untereinander in Konkurrenz um staatliche Mittel, sondern auch in Konkurrenz mit potentiellen Anbietern von inner- und außerhalb der EU. Diese Konkurrenz wird wohl in jenen Fächern am stärksten sein, in denen zum Aufbau eines Studiengangs relativ geringe Investitionen notwendig sind. Dies trifft auf Geistes-, Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften am ehesten zu. Die GATS-Konformität dieser Option ist allerdings hinsichtlich von Angeboten an Studierende aus dem Ausland fraglich (s. oben). Zudem besteht die Gefahr, daß die staatlichen Mittel zu anderen als den bewilligten Zwecken eingesetzt werden (z. B. für unzulässige Quersubventionierungen kommerzieller Angebote). Dasselbe Problem wohnt der gezielten Förderung bestimmter Studiengänge inne. Dieses Subventionsverfahren unterscheidet sich vom vorgenannten durch die Eingrenzung der Förderung auf bestimmte defizitäre Angebote, welche jedoch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht als notwendig erachtet werden. Eine solche Förderung würde häufig Angeboten zugute kommen, welche mangels Wirtschaftlichkeit und Konkurrenz vom GATS nicht erfaßt werden. Bei

So sind z. B. 544 Bachelor- und 367 Masterstudiengänge in Deutschland bis zum Sommersemester 2002 eingerichtet worden, und für die Entwicklung eines Leistungspunktesystems an Hochschulen wurde ein Verbundprogramm mit einer Ausstattung von 7,9 Mio. € gestartet (vgl. KMK/HRK/BMBF 2003).

Hochschulen mit marktfähigen (z. B. betriebswirtschaftlichen Studiengängen) und nichtmarktfähigen Angeboten könnte es zudem zu Abgrenzungsschwierigkeiten bei der Verwendung der direkten Subventionen im Bereich der Gemeinkosten kommen. Dies und andere Formen der Quersubventionierung mittels öffentlicher Gelder verstoßen gegen GATS-Prinzipien. Gewinne aus profitablen Angeboten können strenggenommen nur noch dann zur Deckung von Verlusten eingesetzt werden, wenn sie ohne Subventionen erzielt wurden (vgl. Kelk/Worth 2002: 39-43).

Am ehesten GATS-konform wäre die Umstellung der Finanzierung des Hochschulwesens von einer Subventionierung der Bildungseinrichtungen auf eine der Studierenden. Diese könnten dann eine Hochschule ihrer Wahl besuchen, die dann entweder als kommerzielles Unternehmen oder als gemeinnützige Stiftung geführt wird. Die daraus folgende Konkurrenz um Studierende wäre für die derzeitige Hochschullandschaft sehr folgenreich. Falls die staatlichen Zuschüsse an die Studierenden nicht die unterschiedlichen Kosten der einzelnen Studiengänge berücksichtigen, käme es zu einer merklichen Verschiebung der Studienangebote zugunsten kostengünstiger Studiengänge. Studiengänge in den Naturwissenschaften bedürften der Zuwendungen von Stiftungen oder anderen privaten Organisationen bzw. Personen. Die Hochschulen wären auch frei, ihre Gebühren zu setzen, so daß an mancher Hochschule die staatliche Bezuschussung der Studiengebühren nicht ausreichen wird. Die Qualität der Ausbildung würde dann mit Ausnahme weniger besonders begabter Studierender von den finanziellen Mitteln der Eltern abhängig werden.

Freilich ist auch für diese Subventionsform nicht gesichert, daß sie GATS-konform ist. Sie wirft nämlich Fragen der Anspruchsberechtigung auf. Wenn nur »Bildungsinländer« subventioniert werden, dann würden Anbieter diskriminiert, deren Studiengänge sich vornehmlich an »Bildungsausländer« wenden. Wenn Bildungsinländer ihre staatliche Studiengeldsubvention nur im Inland beziehen können, dann würden Anbieter im Ausland benachteiligt (vgl. Kelk/Worth 2002: 29).

Die GATS Verhandlungen und der Bologna-Prozeß

Zur Beurteilung der Frage, in welcher Weise die GATS-Verhandlungen das deutsche Bildungswesen berühren können, ist es notwendig, die unterschiedlichen Ebenen der Regulierung von Dienstleistungen zu unterscheiden. So gehört das GATS-Abkommen zur globalen, multilateralen Regulierungsebene. Keineswegs gehen alle und nicht einmal die meisten Veränderungen von dieser Ebene aus. Der stärkste Deregulierungsdruck stammt vom europäischen Binnenmarktprogramm.

Mit der Bologna-Erklärung von 1999 wurde das gemeinsame Ziel, die Schaffung eines europäischen Bildungsraumes, formuliert. Das Fördern der Mobilität, die Einführung von vergleichbaren Abschlüssen, die Einführung eines Leistungspunktesystems (ECTS) und die Kooperation in der Qualitätssicherung wurden als Arbeitsperspektiven genannt (vgl. Bologna-Erklärung). Beim europäischen Bildungsministertreffen im Mai 2001 in Prag wurden weitere Schritte

zur Vertiefung der europäischen Hochschulkooperation in Form eines Prager Communiqués vereinbart. Einiges wurde davon bereits umgesetzt.

In welchem Verhältnis stehen GATS-Verhandlungen und Bologna-Prozeß zueinander? Eine Liberalisierung des Bildungswesens im Rahmen des GATS flankiert in vieler Hinsicht die Schaffung eines europäischen Bildungsraums. Liberalisierungsschritte innerhalb Europas werden durch das GATS auf Drittstaaten ausgedehnt und zugleich festgeschrieben (Scherrer/Yalçin 2002 b: 16-18). Obgleich Parallelen hinsichtlich der Zielsetzungen bestehen, so sind diese doch nicht durchgängig deckungsgleich. Beispielsweise stehen ebenso wie in der Bologna-Erklärung die Förderung der Mobilität und die erleichterte Anerkennung von Abschlüssen im Forderungskatalog einzelner Handelspartner in dieser GATS-Runde (vgl. WTO 2000). Dieses Ziel kann aber auf unterschiedlichem Wege erreicht werden, und zwar entweder über eine »institutionelle« Strategie der kooperativen Harmonisierung oder mittels einer auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb setzenden »funktionellen Integrationsstrategie« (Phillipp 2000: 71).

Die aktuellen Forderungen innerhalb des GATS sind eindeutig einer funktionellen Integrationsstrategie zuzuordnen, und zwar auf der Ebene einzelner Bildungsanbieter, die in den Wettbewerb zueinander um zahlungskräftige Studierende treten sollen. Die Mobilität bezieht sich in diesem Fall zum einen auf Studierende, die grenzüberschreitend ihre Hochschulwahl treffen sollen, und zum anderen auf die Anbieter, die frei ihre Standorte wählen sollen können. Die Mobilität zwischen den Bildungsinstitutionen wird dadurch allerdings erschwert. Profitorientierte Hochschulen werden nämlich versuchen, ihren Studierenden in Hinsicht auf Kundenwerbung und Kundenbindung lediglich Mobilität innerhalb der eigenen Dependancen anzubieten. Der Bologna-Prozeß setzt hingegen auf eine institutionelle, kooperative Strategie. Zur Erhöhung der Mobilität zwischen den einzelnen Bildungsstätten sollen Studiengänge mittels Anerkennungsverhandlungen, gemeinsamer Curricular-Entwicklung und europäischer Förderprogramme aufeinander abgestimmt werden (vgl. Altbach 2000: 85). Dieses Ziel würde durch einen Wettbewerb um zahlungsfähige Studierende, wie es das GATS vorsieht, nicht erreicht werden.

Des weiteren zielt der Bologna-Prozeß auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Hochschulen insbesondere gegenüber US-amerikanischen Institutionen ab. Eine vorzeitige Öffnung des europäischen Bildungswesens, vor allem durch eine Einschränkung der Subventionsmöglichkeiten, würde Gefahr laufen, daß die meisten europäischen Bildungsstätten der starken Konkurrenz aus Drittstaaten noch nicht standhalten könnten.

Umsetzungswahrscheinlichkeit

Die Forderungen im Hochschulbereich werden von bedeutsamen Handelspartnern der EU gestellt, denen die EU selbst zahlreiche und prioritär gehandelte Liberalisierungsforderungen präsentiert hat. An die USA richtete die EU sogar im selben Bereich Forderungen. Für die USA ist allerdings auch bekannt, daß die Verbände der Hochschulen (American Council on Education ACE, Council for Higher

Education Accreditation *CHEA*) skeptisch bis kritisch gegenüber GATS stehen (AUCC et al. 2001). Sogar für private Eliteuniversitäten ist GATS problematisch, da sie als Stiftungsuniversitäten indirekt durch Steuerbefreiung und direkt durch Zuweisung von Forschungsmitteln und staatlichen Teilstipendien für ihre Studierenden öffentlich subventioniert werden. In der Europäischen Union haben sich die vergleichbaren Verbände ebenfalls kritisch geäußert (AUCC et al. 2001; National Unions of Students in Europe, ESIB) und einige Regierungen (z. B. Bulmahn 2002) und vor allem Vertreter von Bundesländern (s. BLK 2002) bzw. Regionen lehnen weitere Liberalisierungsverpflichtungen für das Hochschulwesen ab (Stellungnahme der Versammlung der Regionen Europas: A-E-R 2002).

Die Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, forderten im März 2003 die Bundesregierung auf, in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, daß die Kommission keine Zugeständnisse in den Bereichen Bildung, Kultur und audiovisuelle Dienstleistungen macht. So weit derzeit bekannt, hat die EU in dem Entwurf ihrer GATS-Angebote die Bildung bisher ausgenommen. Vielmehr bietet sie den Verhandlungspartnern eine Liberalisierung der Erbringungsart 4 (grenzüberschreitende, zeitlich begrenzte Dienstleistungen durch Personen) an (Deutscher Bundestag 2003), die sich allerdings auch auf die Bildung auswirken könnte. Das derzeit verhandlungstaktische Minimalangebot der EU wird sicherlich im Laufe der Verhandlungen deutlich erhöht werden müssen, falls die EU einen erkennbaren Teil ihrer eigenen Forderungen gegenüber den Verhandlungspartnern eingelöst sehen möchte. Deshalb können weitere Zugeständnisse der EU im Bildungsbereich nicht ausgeschlossen werden, doch werden diese angesichts des Widerstandes aus der Bildungscommunity nicht den Kern des Bildungswesens berühren.

Wahrscheinlicher sind zum einen Zugeständnisse in den randständigeren Bereichen des Bildungswesens, insbesondere in der Weiterbildung und den Testdienstleistungen. Die Bund-Länder-Kommission hat beispielsweise in ihrer Grundsatzposition zu GATS den Bereich der sonstigen Bildungsdienstleistungen für grundsätzlich verhandelbar erklärt (BLK 2002, vgl. Bulmahn 2002).

Zum anderen müssen die sektoralen Forderungen im Zusammenhang mit den horizontalen Forderungen gesehen werden (worauf auch in einigen der Länderkommunikationen hingewiesen wird). Zur Vermeidung öffentlich sichtbarer sektoraler Liberalisierungsverpflichtungen könnte die EU beispielsweise Abstriche hinsichtlich ihrer umfassenden und nicht erschöpfenden Definition öffentlicher Aufgaben, ihrer Diskriminierung von Zweigstellen gegenüber Tochtergesellschaften und ihres Subventionsvorbehaltes machen.

Schlußfolgerungen für die Verhandlungen

Die bevorstehenden GATS-Verhandlungen bergen für das Hochschulwesen eine große Anzahl von Unsicherheiten. Am geringfügigsten wären die Auswirkungen der alleinigen Aufgabe der Beschränkung auf privat finanzierte Bildungsdienstleistungen. Sie würde im wesentlichen für eine nächste Verhandlungsrunde den bestehenden Druck auf die horizontalen Vorbehalte erhöhen. Die Aufgabe der bisherigen Diskriminierung von Zweigstellen bzw. Vertretungen ge-

genüber Tochtergesellschaften von Unternehmen aus Drittstaaten würde den Marktzugang von Anbietern aus diesen Staaten erleichtern und damit die Konkurrenz erhöhen. Gleiches ist von der Aufgabe der weiten und nicht erschöpfenden EU-Definition von öffentlichen Aufgaben zu erwarten. Die letztlich entscheidende Hürde für Anbieter aus Drittstaaten stellt die öffentliche Finanzierung der hiesigen Hochschulen dar. Fällt der Subventionsvorbehalt, dann müßte die Finanzierung des Hochschulwesens von einer Subventionierung der Bildungseinrichtungen auf eine der Studierenden umgestellt werden.

Mithin sind für das Hochschulwesen die Verhandlungen über die horizontalen Forderungen von besonderer Wichtigkeit. Der jeweilige Grad der Öffnungen im tertiären Sektor wird den Grad der Intensität der oben beschriebenen Auswirkungen auf das deutsche und europäische Hochschulsystem bestimmen. Daher ist es wichtig, die Bandbreite der möglichen Schattierungen der Liberalisierungszusagen genau zu analysieren und die Folgen auch der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Literatur

- A-E-R ASSEMBLY OF EUROPEAN REGIONS 2002: Brixen/Bressanone Erklärung zur Kulturellen Vielfalt und GATS, 18. Oktober.
- Altbach, Philip (2000): Die Messung von Lehr- und Lernleistungen. Credit-Systeme an US-amerikanischen Hochschulen, in: Schwarz, Stefanie/ Teichler, Ulrich (Hrsg.): Credits an deutschen Hochschulen, Neuwied, Kriftel, Berlin, S. 79-89.
- AUCC, ACE, EUA , and CHEA 2001: Joint Declaration on Higher Education and the General Agreement on Trade in Services, 28. Sept.
- BLK 2002, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Grundsatzzposition zur Behandlung der Bildung Dienstleistungen in den laufenden Verhandlungen im Rahmen der WTO über das allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), Bonn, 18. 10. 2002.
- BMW – Bundesministerium für Wirtschaft (2002): Informationen über den Fortgang der WTO-Dienstleistungsverhandlungen, Schreiben an Nichtregierungsorganisationen, 8. 8. 2002.
- Bulmahn, Edeltraut (2002): Wir dürfen Bildung nicht als Ware dem Handel überlassen, Frankfurter Rundschau vom 8. Juli 2002, Dokumentation.
- Deutscher Bundestag (2003): Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, GATS-Verhandlungen – Transparenz und Flexibilität sichern, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/576, 12. 3. 2003.
- Enders, Judith; Haslinger, Sebastian; Rönz, Gernot; Scherrer, Christoph (2003): GATS-Verhandlungsrunde im Bildungsbereich: Bewertung der Forderungen, Gutachten für die Max-Traeger-Stiftung, Kassel.
- Fritz, Thomas und Scherrer, Christoph (2002): GATS: Zu wessen Diensten? VSA-Verlag, Hamburg.
- GATS 1994, Liste der spezifischen Verpflichtungen der EG und ihrer Mitgliedstaaten, deutsche Übersetzung, in: BGBl. II 1994: 1678-1683.
- Kelk, Steven; Worth, Jess (2002): Trading it Away: How GATS Threatens UK Higher Education, Oxford.
- KMK/HRK/BMBF (2002): Länderbericht Bundesrepublik Deutschland. Realisierung der Ziele der »Bologna-Erklärung« in Deutschland.
- Krajewski, Markus (2002): Kurzgutachten zum Umfang der spezifischen GATS-Verpflichtungen der EG im Bereich Subventionen, erstellt im Auftrage von Prof. Dr. Christoph Scherrer, King's College London.
- Philipp, Christine (2000): Auf dem Wege zum europäischen Bildungsmarkt. Lohmar, Köln.
- Scherrer, Christoph; Yalçın, Gülşan (2002 a): Bildung als Gegenstand von Handelsvereinbarungen: Die neue GATS-Verhandlungsrunde, in: Das Hochschulwesen 50(4) S. 128-124.
- Scherrer, Christoph; Yalçın, Gülşan (2002 b): Gutachten zur GATS-Verhandlungsrunde im Bildungsbereich, in: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Freier Handel oder freier Zugang?, Dokumentation eines GEW-Workshops vom 26. Febr. 2002 in Berlin, Juni, S. 6-43.
- Education International (2002): USA Demands in Higher Education in GATS Negotiations, Brüssel, 26. 11. 2002 (GATS Update).
- WTO (2000): Higher (Tertiary) Education, Adult Education, and Training. Communication from the United States, 18. Dezember, S/CSS/W23, Genf.

JOSÉ CLOVIS DE AZEVEDO

Projekt »Bürgerschule« gegen Vermarktung des Lebens

José Clovis de Azevedo – Prof. Dr., Rektor der Staatlichen Universität des Bundesstaates Rio Grande do Sul (Brasilien). Der hier abgedruckte Text folgt mit leichten Kürzungen einem Vortrag, den der Autor auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert«, die vom 15. bis 17. 11. 2002 in Berlin stattfand, gehalten hat.

Das Projekt Bürgerschule – *escola cidadã* – ist ein Stück öffentlicher Bildungspolitik, das sich dadurch auszeichnet, daß es die Erfahrung der Partizipation, der Mitbestimmung, zum Hauptelement des Aufbaus von Wissen und des Zugangs zum Wissen macht. Seine Bedeutung wird erst dann richtig zu ermessen sein, wenn man sich klar macht, daß es sich im Widerspruch zur Tradition und politischen Kultur der brasilianischen Gesellschaft entwickelt.

Die Tradition des Kolonialismus und der Sklaverei in der brasilianischen Gesellschaft hinterließ tiefe Spuren in der Organisation, in der Form und in der Funktionsweise unserer Institutionen. Historisch wird die politische Macht durch besitzende Eliten ausgeübt, die den Staatsapparat für den Schutz ihrer Privilegien nutzen. Diese historische Linie schuf und festigte eine politische Kultur, die zu einer Privatisierung der Öffentlichkeit führte. Um ihre Privilegien wahren zu können, hat sich die brasilianische Elite die große Mehrheit der Bevölkerung untergeordnet – und zwar dadurch, daß sie ihre politische Macht durch autoritäre Praktiken sicherte. So ist der brasilianische Staat heute auf der Bundes-, der Bundesstaaten- und der kommunalen Ebene durch eine autoritäre, hierarchisch gegliederte Struktur charakterisiert, die im Dienst der Besitzstandswahrung der sozial privilegierten Kreise steht.

Das politische Projekt von Porto Alegre richtet sich gegen diese historische Tendenz. Es ist von der Absicht getragen, eine demokratische Alternative der Machtausübung zu gestalten, das heißt: jene zu Protagonisten zu machen, denen der Zugang zu den Bürgerrechten bisher immer verschlossen war.

Das substantielle Element dieser neuen Erfahrung ist die Mitbestimmung der Bevölkerung. Die traditionellen Methoden und Begriffe der Beschlußfassung, der Planung und der Ausführung sind umgestoßen worden. Das heißt, die Einseitigkeit der technokratischen Entscheidungen, die im kleinen Kreis der Kabinette im Namen von »Effizienz« und »fachlicher Kompetenz« getroffen werden, und die Argumente der Behörde, die die Zentralisierung der Macht voraussetzen, werden durch die Logik der Mitbestimmung allmählich umgekehrt.

Mit der historischen Tradition wird gebrochen; eine neue Konzeption, eine neue Logik und eine neue Methode lenken die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Im Gegensatz zu den autoritären Beziehungen schafft das neue Projekt Möglichkeiten der Mitbestimmung, die die Einrichtung von Mechanismen zur Kontrolle des

Staates durch die Gesellschaft erlauben. Die politische Hegemonie im Innern des Staates, in den Grenzen des der jeweiligen Bundeseinheit entsprechenden Geltungsbereichs der Staatsfunktion, wird umgekehrt.

Der politische Prozeß der Demokratisierung und Entprivatisierung des Staates in Porto Alegre begann Anfang der neunziger Jahre. Es wurden öffentliche, nichtstaatliche Gremien geschaffen, in denen die Bürger in Zusammenarbeit oder im Konflikt mit den Regierungsorganen die öffentliche Politik beschließen, ausarbeiten und in Gang setzen und dann deren Umsetzung begleiten, überwachen und bewerten. Die Hauptinstrumente der Partizipation, die in den vierzehn Jahren der Erprobung entwickelt wurden, waren die partizipative Haushaltsplanung OP (Orçamento Participativo), der Stadtkongreß und der Mehrjahresplan – eine Planung für einen Zeitraum von vier Jahren.

Die partizipative Haushaltsplanung wurde geschaffen, um die Aufteilung und Verwendung der der Stadt zur Verfügung stehenden Mittel zu diskutieren. Wie in den übrigen Ländern Lateinamerikas gibt es auch in Brasilien eine große Diskrepanz zwischen der Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen und den dafür vorhandenen Haushaltsmitteln. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen, denn viele dieser Bedürfnisse können nicht befriedigt werden. In der Zeit des technokratischen Vertikalismus unterlagen die Entscheidungen »fachlichen« Kriterien, die auf die Interessen einer Minderheit ausgerichtet waren, und sie vertieften auf diese Weise die soziale Ausgrenzung. In der Bürgerverwaltung werden die Prioritäten an Hand von Kriterien festgelegt, die durch Bürger, welche an den Instanzen der partizipativen Haushaltsplanung beteiligt sind, definiert werden.

Ursprünglich lag der Schwerpunkt der partizipativen Haushaltsplanung in der Diskussion über die Haushaltsmittel für Investitionen in den verschiedenen Bereichen der Dienste, die in der Zuständigkeit der Kommunalverwaltung liegen. Mit zunehmender Erfahrung wuchs indes auch die Mitbestimmung. Die Umverteilung der Investitionen zugunsten der bevölkerungsreichsten Stadtviertel ist Ausdruck einer neuen Machtkonstellation. In diesem neuen Rahmen gewinnen die ärmsten Randschichten an politischer Kraft und erreichen eine Umkehrung der Prioritäten. Dieser Vorgang hat einen innovativen und qualitativen Aspekt. Die Diskussion über die Verteilung der Investitionen geht der Diskussion über den Inhalt der öffentlichen Politik nicht voraus, sondern folgt ihr und wird von ihr geleitet. Die Bürger weiten die Diskussion auch dahingehend aus, ihre Wünsche im Hinblick auf Gesundheit, Bildung und Transport für die Stadt zu äußern.

Die Debatte über den Inhalt und den Charakter der Politik erfolgt hauptsächlich in der zweiten Phase. Hierbei werden die Führungskräfte der Kommunalbehörden und die Fachleute immer wieder dazu aufgefordert, zu erklären, zu unterstützen und die Stadtbezirke bezüglich neuer, die ganze Stadt betreffenden Vorschläge anzuhören.

Ein weiterer wichtiger Raum der Partizipation der Bürger ist der Stadtkongreß. Seit 1989 fanden fünf dieser Kongresse statt. Der Stadtkongreß ist das Forum zur langfristigen Planung und zur Erör-

Die Haushaltsplanung von Porto Alegre folgt einem partizipativen Ritual, dessen erste Etappe sechzehn Stadtbezirksversammlungen darstellen, die in den Monaten März und April stattfinden. In diesen Versammlungen legt die Stadtregierung Rechenschaft ab über die Umsetzung der im vergangenen Jahr getroffenen Beschlüsse des Haushaltsplanes; sie informiert über die vorhandenen Mittel, damit diese in der Haushaltsplanung für das kommende Jahr erörtert und aufgeteilt werden können; und es werden die Vertreter gewählt, die die Diskussionen in ihren Wohngebieten in Gang setzen sollen. In der zweiten Etappe, von April bis Juli, wird die Diskussion auf alle Viertel dieser sechzehn Stadtbezirke ausgeweitet. Die Vertreter sprechen mit den örtlichen Einrichtungen: mit den Gemeinschaftsverbänden, Kirchen, Freizeitclubs, Müttertreffs, Gewerkschaften und andere Organisationen. Diese Einrichtungen rufen die Bürger zu Diskussionen über ihre Forderungen und Prioritäten zusammen. Die dritte Etappe beginnt im Juli, wenn die Stadtbezirksversammlungen die Prioritäten festlegen und Berater, die den Rat zur Haushaltsplanung bilden werden, wählen. Im September wird der Haushaltsplan dem Stadtrat übergeben. Bis dahin stimmen die Berater gemeinsam mit den Fachleuten der Stadtregierung die vorhandenen Mittel mit den durch die Stadtbezirke aufgestellten Prioritäten, die in einem vereinbarten Punktesystem dargelegt werden, ab. In der vierten Etappe wird der Haushaltsplan durch den Stadtrat – die Legislative der Stadt – verab-

schiedet. Die Stadtverordneten verabschieden formell den Haushaltsplan, wobei ihre politische Einflußnahme genau darauf beschränkt bleibt, denn jegliche Veränderung des in den Instanzen der partizipativen Haushaltsplanung bewilligten Haushaltsplanes würde eine Konfrontation zum Prozeß der Mitbestimmung und einen großen politischen Verschleiß für die Legislative bedeuten.

terung strategischer Richtlinien zum Beispiel für den Straßenbau, für Sanierungsprojekte oder für den Stadtentwicklungsplan. Am Stadtkongreß nehmen neben den Vertretern der partizipativen Haushaltsplanung Einrichtungen wie Architektenräte, Ingenieurräte, Räte für Gesundheit, für Denkmalpflege sowie Vertreter der Unternehmensbranchen teil.

Die Teilnahme an der partizipativen Haushaltsplanung ist individuell. Jeder Bürger hat bei den Beschlüssen das gleiche Gewicht. Dennoch wurden auch die traditionellen Gemeinschaftseinrichtungen wie Bürgerräte und Vereine revitalisiert und gestärkt – nämlich dadurch, daß sie die Bürger in ihren Räumen einberufen und die Diskussion über die Prioritäten anregen. Normativ- oder Kontrollorgane – so zum Beispiel der Rat für Kinder und Jugendliche, der Rat für Bildung oder der Rat für Gesundheit – sind mit demokratisierter Zusammensetzung umfassend vertreten und wurden im Rahmen der partizipativen Haushaltsplanung zu Antragstellern der öffentlichen Politik.

In den vierzehn Jahren der partizipativen Praxis gab es eine spürbare Verbesserung im Angebot der öffentlichen Dienste in den Stadtrandgebieten. Durch den Ausbau der Kanalisation und Trinkwasserversorgung erhöhte sich der Anteil der Bevölkerung, der Zugang zum Trinkwasser hat, von 60 auf 96 Prozent. Die Abwasserbehandlung stieg von 20 auf 45 Prozent; neuerdings ist ein Projekt zur Behandlung von 80 Prozent der Kloakenabwässer in Gang gesetzt worden. Die Betreuungskapazität des kommunalen Bildungsnetzes wuchs in diesem Zeitraum von 17 000 auf 70 000 Schüler. Betreut werden jetzt 100 Prozent der Kinder von 6 bis 14 Jahren. Die Alphabetenrate bei den über Fünfzehnjährigen wurde von 6 auf 2,9 Prozent reduziert.

Es könnten noch viele weitere Daten erwähnt werden, die ein Ausdruck der Partizipation der Bürger am Prozeß der Umkehrung der Prioritäten sind, durch den ein Wachstum der Investitionen bei den Sozialmaßnahmen in den städtischen Randgebieten möglich wurde. Die Akzeptanz der Vorteile der Partizipation durch die Bürger führte in der Stadt zur Herausbildung einer Partizipationskultur. Die Bevölkerung hat verstanden, daß die Beteiligung eine Investition ist, die objektive Resultate zur Verbesserung des Lebens bringt. Gleichzeitig wächst das Bewußtsein hinsichtlich der Bedeutung des Kollektiven und des Allgemeinen als Triebkraft zur Realisierung der Bürgerrechte. Das politische Engagement von etwa 30 Prozent der Bevölkerung, die in irgendeiner Weise mit der partizipativen Haushaltsplanung verbunden sind, führt dazu, daß sich die Bürger als Handelnde und Mitwirkende des politischen und administrativen Lebens der Stadt fühlen. Auf diese Weise entsteht ein Widerspruch: Einerseits wird die Bevölkerung gegenüber der Stadtregierung fordernder, kritischer; andererseits erkennt sie klarer, wenn und in welchem Maße das politische Angebot dieser Regierung mit ihren Interessen übereinstimmt.

Dies erklärt die mehrfache Wiederwahl der Bürgerverwaltung. Die Partizipation hat gelehrt, daß die Mittel begrenzt und die Bedürfnisse unbegrenzt sind. Das Verständnis dafür zeigt sich zum Beispiel, wenn die Bevölkerung eines Viertels fordert, daß alle Straßen

ohne Asphalt einen Belag erhalten. Aber die verfügbaren Mittel erlauben nur die Asphaltierung einer Straße. Die Auswahl der Straße, welche Vorrang hat, ist ein Vorgang, der Uneigennützigkeit, die Abwesenheit von Egoismus und Individualismus und die Entwicklung eines umfassenden Bürgerbewußtseins erfordert. Die Einsicht, daß »meine Straße« unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses nicht die wichtigste ist, weil zur Zeit die Asphaltierung und der Bus in einer anderen Straße als in der, in der ich wohne, besser der Gemeinschaft dienen, ist eine schwierige Entscheidung, denn sie bedeutet die Abkehr von individualistischen und auf Konkurrenz ausgerichteten Wertebezügen und die Hinwendung zu Maßstäben, die ein soziales Leben unterstützen, das auf solidarischen und kooperativen Werten basiert. Dies ist eine kulturelle Wandlung. Obgleich mit widersprüchlichem und unterschiedlichem Verlauf, erkennt man die Entwicklung einer Kultur der Partizipation, in der sich die Handelnden immer mehr als Subjekte mit Rechten und Pflichten sehen.

Die Partizipation der Bevölkerung als sozialer Prozeß konzentriert sich auf den Sinn und die Struktur des kommunalen Staatsapparates. Der Druck, den die Bevölkerung mit Blick auf eine rasche Umsetzung der politischen Maßnahmen ausübt, erfordert ein dynamisches, unbürokratisches Vorgehen und offene, auf einer Ebene verlaufende und flexible öffentliche Strukturen. Die wachsende öffentliche Kontrolle der Regierungsmaßnahmen erweist sich als Keim für eine neue Art von Staat: einen unbürokratischen, entprivatisierten, demokratisierten Staat mit einer vernünftigen sozialen Kontrolle.

Dies ist kein abgeschlossener Vorgang. Die partizipative Haushaltsplanung ist in Bewegung. Sie besitzt eine auf der Grundlage konkreter Erfahrungen aufgebaute und Jahr für Jahr in demokratischer Form aktualisierte innere Struktur, die die neuen Erfahrungen der Selbstorganisation aufnimmt und umsetzt. Es gab zahlreiche Initiativen des kommunalen Gesetzgebers, mit denen versucht wurde, die Funktionsregeln der partizipativen Haushaltsplanung in Gesetze zu fassen. Diese Versuche wurden jedoch von der Bevölkerung zurückgewiesen, weil sie die Schaffung eigener Erfahrungen kontrolliert, eingegrenzt und schließlich sogar zurückgenommen hätten.

Seit 1999 wird die Erfahrung von Porto Alegre, der Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul, auf den gesamten Bundesstaat ausgedehnt, denn in jenem Jahr wurden dieselben politischen Kräfte, die Porto Alegre regieren – die Volksfront unter Führung der Arbeiterpartei –, an die Spitze der Regierung des Bundesstaates gewählt.

Der Widerhall des Partizipationsprojektes in der Bildung zeigt sich in einer fortgesetzten Demokratisierungsbewegung der Schule. Die Institution Schule, als schulische Einheit wie auch als Teil der Gesamtheit des kommunalen Netzes, erfährt eine Neubestimmung ihrer sozialen Rolle, die die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Schulen und dem gemeinschaftlichen Ganzen erreicht. Vor allem aber zeigt sie sich in der Übernahme der Verpflichtung, allen Schülern den Zugang zu Wissen zu garantieren, wobei dieser Zugang als ein Bürgerrecht des Schülers als lernender Mensch angesehen wird.

Beeinflußt von der partizipativen Dynamik der Stadt begannen die Schulgemeinschaften im Jahre 1993 mit umfangreichen Diskussio-

Das pädagogische politische Projekt des kommunalen Netzes ist, im Rahmen der Bildung, ein spezifischer Bestandteil der Entprivatisierung, der Demokratisierung des Staates und der Schaffung öffentlicher, nichtstaatlicher Bereiche durch Möglichkeiten der Partizipation, die die soziale Kontrolle der Schule gestatten. Da die Bildung traditionell Teil des Staatsapparates ist, kann sie im Bildungsprozeß des Menschen sowohl die im Interesse der Herrschenden stehenden, ausgrenzenden Werte und Praktiken widerspiegeln als auch die Anschauungen und Visionen von einer Welt, in der der menschliche Fortschritt, die Nichtdiskriminierung, die Emanzipation und der Kampf gegen jede Art von Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt im Mittelpunkt stehen. Es ist, wenn es um Partizipation geht, nun ganz offensichtlich notwendig, auch die sogenannte »öffentliche« Schule, die genau genommen eine staatliche Schule mit privatem Inhalt ist, über die Partizipation der Bürger in eine wirklich öffentliche, das heißt in eine entprivatisierte und demokratische Schule, umzugestalten.

nen zum Thema »Die Schule, die wir haben – und die Schule, die wir wollen«. Diese Diskussionen fanden mit der konstituierenden Versammlung im Jahr 1995 ihren Abschluß. Die Erfahrungen der partizipativen Haushaltsplanung der Stadt hatten auf sie einen nahezu durchweg positiven Einfluß, denn viele der Lehrer und Funktionäre waren an der partizipativen Haushaltsplanung beteiligt, teilweise sogar als Mitglieder der Leitung.

In der Auswertung wurde festgestellt, daß an den Schulen bis zu 30 Prozent der Schüler das Schuljahr nicht bestanden und etwa 6 Prozent die Schule vorzeitig verlassen hatten. Diese Fakten waren bis dahin wenig bekannt gewesen oder von den Erziehern und der herrschenden Schulkultur als »normal« angesehen worden. In der Debatte wurde nun klargelegt, daß, wenn aus diesem schulischen Mißerfolg keine Lehren gezogen werden, er zu einem machtvollen Instrument sozialer Ausgrenzung werden würde, womit der Schule die Rolle zufiele, die Diskriminierung derjenigen, welche schon durch die Ausgrenzung gekennzeichnet zu ihr kommen, nur noch weiter zu verfestigen. In der Folge wurde in den Schulgemeinschaften die Schule in all ihren Aspekten einer gründlichen Prüfung unterzogen. Lehrpläne, Kenntnisse, Führung, Bewertung und Prinzipien des Zusammenlebens waren die Punkte, über die in der konstituierenden Versammlung demokratisch entschieden wurde. Die Gesamtheit der Entscheidungen wurde dem kommunalen Sekretariat für Bildung als Richtlinie für die Bildungspolitik übergeben.

Im Mittelpunkt des Versammlungsbeschlusses standen: die Notwendigkeit einer Beteiligung der Schülerinnen und Schüler, Funktionärinnen und Funktionäre, Lehrerinnen und Lehrer und der Leitungen der Kommunen an der Demokratisierung der Verwaltung und der Schule; der Wissenserwerb auf der Grundlage von Erfahrungen und Problemen, die dem Leben der Gemeinschaften innewohnen; eine emanzipatorische Bewertung schulischer Leistungen, die den Erfolg des lernenden Schülers sucht und die Bewertung als klassifizierendes und selektierendes Urteil aufhebt; die Entwicklung einer Politik der Integration von Vertretern spezieller Bildungsbedürfnisse; die Organisation einer Alphabetisierungskampagne für Erwachsene und die Bereitstellung eines differenzierten pädagogischen Angebotes für die Grundausbildung Erwachsener; die Abschaffung der Kategorien »Ausschluß« und »Unterbrechung« in den Schulordnungen, weil sie als ausgrenzend, als eine Beschneidung der Rechte der Schüler, Kinder und Jugendlichen angesehen werden, sowie die gemeinsame Aufstellung von Verhaltensnormen, die die Kultur des Friedens und die Nichtanwendung von Gewalt beinhalten.

Diese Richtlinien sind – wie man leicht erkennen kann – nicht die Früchte einer »spontanen Eingebung«, sondern Teil der demokratischen Traditionslinie, die durch die sozialen Bewegungen, durch Akademiker und all jene, die geschichtlich mit der demokratischen öffentlichen Bildung verbunden sind, entwickelt worden ist. In dieser Diskussion hatte auch die Bürgerverwaltung ihren Platz, sie war nicht »freigestellt«, sondern unterstützte den Prozeß mit Texten, Seminaren und Konferenzen, womit sie auch zur Weiterbildung beitrug.

Klar wurde natürlich, daß ein solcherart gestaltetes Bildungsangebot nicht in das institutionelle Korsett der konventionellen öffentli-

chen Schule paßt. Die traditionelle öffentliche Schule als Teil des Staates reproduziert ihre von oben nach unten verlaufende, hierarchische und ausgrenzende Form. Die traditionelle Schule reproduziert eine Fabrik, die schon nicht mehr existiert. Wie in der Taylor-Ford-Fabrik ist die schulische Arbeit aufgeteilt, in spezielle und isolierte Funktionen zerstückelt. Das Wissen ist auf standardisierte Inhalte und Abfolgen reduziert. Jede Etappe der Arbeit ist Voraussetzung für die darauf folgende Etappe. Der Unterricht ist in voneinander abgegrenzten Fächern organisiert, eingesperrt in die sogenannten Stundenplan-»Käfige«. Eine Zusammenführung der verschiedenen Wissensgebiete erfolgt kaum.

Das Bildungsprojekt der Bürgerverwaltung, die Bürgerschule, wurde zu einer Zeit eingerichtet, als auch staatlicherseits ein neuer Vorschlag zur Umwandlung der traditionellen Schule vorgelegt worden war. Das Voranschreiten der Globalisierung und die Hegemonie der Interessen des Marktes brachten das Bedürfnis nach Schulen hervor, die an die neue makro-ökonomische Situation angepaßt sind. Die Regierungen von Brasilien und der Mehrheit der Länder Lateinamerikas, die bereits eine Politik der Privatisierung, der Marktöffnung sowie der »Flexibilisierung« der Arbeitsbeziehungen und der Gesetze zum Umweltschutz betreiben, akzeptieren auch die durch die internationalen Organisationen, die die Globalisierung lenken, herausgegebenen Bildungsrichtlinien. Die Weltbank ist zum Hauptverkünder der Bildungspolitik für die peripheren, jetzt als »Schwellenländer« bezeichneten Staaten geworden.

Die Politik der Weltbank schlägt eine konservative Modernisierung der traditionellen Schule vor, sie führt Elemente zur Begrenzung der Rechte ein und versucht, einige humanistische Werte, die die öffentliche Schule von der republikanischen Tradition der Französischen Revolution übernommen hat, wieder zu beseitigen. In der »neuen« Schule des Marktes, der *mercoescola*, gibt es keinen Platz für humanitäre Überlegungen. Ihr Ziel ist es, in die Schulkultur die Werte des Marktes einzuführen. Die *mercoescola* arbeitet mit der Unternehmenssprache. In den Dokumenten der offiziellen Organe der Bundesregierung wird üblicherweise die Sprache der Geschäftswelt verwendet, so zum Beispiel: Optimierung der Mittel, Maximierung der Dividenden, Produktivität, Kosten-Nutzen-Relation, Gesamtqualität, Vergleichsnutzen und andere Begriffe. Diese Sprache ist Träger marktideologischer Werte. Sie enthält die Logik des Wettbewerbs, des Individualismus, des Egoismus und die Wertung der Sieger, der Besten, der Erfolgreichsten im Wettbewerb. Das ist »Sozialdarwinismus«, der in die Schule eindringt mit dem Ziel, eine Marktmentalität zu schaffen, eine Kultur des Bürgers als Kunde und Verbraucher. In Brasilien bedeutet die Einführung der *mercoescola* nicht, die Schule als Institution zu privatisieren, aber sie bedeutet, die Institution in den Dienst der Verwurzelung und der Verbreitung einer Kultur des Privaten zu stellen.

Es wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die *mercoescola* zu stärken. So wurden zum Beispiel sogenannte nationale Stundenplanparameter aufgestellt. Obgleich die Rede davon war, daß die Annahme der Parameter nicht obligatorisch sei, hat das Ministerium für Bildung die Schulen so bedrängt, daß es fast unmög-

Die Schnittstellen der Erscheinungen, die Vielfalt der Verbindung dieser Schnittstellen mit den Erkenntnissen der Gesamtheit der Wissenschaften – all das wird nicht verstanden oder als zweitrangig angesehen. So wie in der Taylor-Ford-Fabrik die Arbeiter spezielle Aufgaben erfüllten, ohne Zugang zu Kenntnissen über den Arbeitsprozeß in seiner Gesamtheit bis hin zum Endprodukt zu haben, fehlt den Erziehern in der Schule im Allgemeinen der Blick für das Ganze sowie die interdisziplinäre Praxis, und sie bilden Individuen mit einer ebenfalls zerstückelten Sicht aus, die die Realität in ihrer Oberflächlichkeit sehen, in Teilen, als ob sie die Welt durch ein Fenster betrachteten.

lich ist, sie nicht anzunehmen. Dies gilt zumindest für die Mehrheit der brasilianischen Bundesstaaten. Es wurde didaktisches Material zusammengestellt – wie zum Beispiel Fibeln und Videos –, und man verteilte kostenlos didaktische Bücher. Gleichzeitig wurden zahlreiche Programme zur »Schulung« der Lehrer in der Anwendung der Parameter durchgeführt. Für einen Großteil der Schulen des Landes stellen die kostenlose Bereitstellung von Material und die »Schulung« der Lehrer die einzigen einigermaßen innovativen Alternativen dar; der überwiegende Teil der Erzieherinnen und Erzieher kann das Material, unabhängig von dessen Wert, nicht abweisen. Und um die Schulen noch mehr zu binden, gibt es das nationale Bewertungssystem, das auf die »Lehrplanparameter« Bezug nimmt. Damit dringt der kulturelle Inhalt der *mercoescola* weiter vor, wie ein hegemonistischer Lehrplan, der im ganzen Land anzutreffen ist. Diese Parameter äußern sich in einigen Fällen in didaktischen Aktivitäten, bei denen die Gründung von Unternehmen geübt wird, in Mathematikspielen mit ausgesprochenem Wettbewerbscharakter, in der Aufstellung von Banksalden und der Simulation von Spielen an der Wertpapierbörse. Außerdem schlagen sie die Schaffung freiwilliger Arbeit durch »Freunde der Schule« vor, aber immer mit dem Ziel, die Kosten der Bildung den Gemeinden zu übertragen.

Man spricht in den Programmen der *mercoescola* auch von Partizipation, von Dezentralisierung und von Bürgerrechten. Aber in diesem Zusammenhang haben die Begriffe eine andere Bedeutung. Die Dezentralisierung und die Partizipation werden als Formen angesehen, um die Gemeinschaften zu verpflichten, kostenlose Dienste zu leisten und den Staat von seiner Verpflichtung zur Investition im Bildungsbereich zu entbinden. Die Last der Erhaltung der Schule wird wieder den Gemeinschaften übertragen. Die Bildung wird also als eine Ware und nicht als Recht angesehen.

Die Bürgerschule, die *escola cidadã*, steht im Gegensatz zu dem durch die *mercoescola* repräsentierten Projekt. Ihre Aufgabe ist es, sowohl die traditionelle Schule zu überwinden als auch den Gegenpol zur *mercoescola* zu bilden. Die Kultur der *escola cidadã* basiert auf der kollektiven Arbeit der Erzieher, auf der Praxis der Partizipation als Form, das Wissen zu artikulieren, um das Lernen für alle effektiver zu gestalten.

Die partizipative und demokratische öffentliche Schule stellt die der traditionellen Schule innewohnende Vereinheitlichung und Standardisierung in Frage. Die Erfahrung der direkten Demokratie durch die partizipative Haushaltsplanung der Stadt pflanzt sich in der Schule fort. Das gleiche Recht auf Zugang zum Wissen ergibt sich aus dem aktiven und interaktiven Handeln der Menschen. Diese zeigen ihre Unterschiede, ihre Gemeinsamkeiten, ihre individuellen und kollektiven Besonderheiten. Die Kultur der Partizipation enthüllt folglich die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede. Die Dialektik des Unterschieds bekräftigt die Gemeinsamkeiten. Die Gleichheit als Prozeß der Herausbildung historisch-kulturell Handelnder verschiedenen Alters erscheint als ein konkreter Raum von Kämpfen zur Bestätigung der menschlichen Emanzipation. Die Funktion der Bildung als Prozeß der menschlichen Weiterentwicklung, des Schaffens von individuellen und kollektiven Identitäten

wird deutlich. Der Erfolg des lernenden Menschen übertrifft die vorgefertigten kognitiven Parameter in der traditionellen Schule und in der *mercoescola*. Von der Welt lernen in der Beziehung zum Anderen, Parameter von sich selbst durch Selbsterkenntnis erhalten – der Schüler, der lernt, bringt sich ein in einen kollektiven Prozeß kooperativer, solidarischer und umfassender Handlungen. Die Bürgerschule bedeutet folglich die kulturelle Umwandlung der staatlichen Schule in eine öffentliche Schule, von einer Schule, die ausgrenzt, in eine Schule, die emanzipiert.

Zu ihren Wertevorstellungen gehören vor allem die Emanzipation, die kollektive Arbeit, die Respektierung der Unterschiede, die Bejahung der Gemeinsamkeiten, die Praktiken der Gleichheit, das solidarische Handeln, das Wissen als geschichtliche Erfahrung und die vollen Bürgerrechte als Utopie von der Gestaltung der sozialen Beziehungen im Kleinen wie im Großen. Die Erfahrung von Porto Alegre zeigt innerhalb ihrer Grenzen den Prozeß der Zuspitzung von Widersprüchen und Möglichkeiten, von kulturellen Potentialen zur Schaffung einer »anderen möglichen Welt« als Gegenposition zu der Vermarktung des Lebens.

ANDREAS TRUNSCHKE

Bürgerhaushalt im Land Brandenburg. Ideen und Projekte

Eine Idee greift um sich, geboren in den Vereinigten Staaten, zuerst umfassend und erfolgreich praktiziert in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre, heute auf fast allen Kontinenten zu finden, von Christchurch in Neuseeland über Barcelona in Spanien bis St. Denis bei Paris, ja selbst in Nordrhein-Westfalen als geförderter Modellversuch des Innenministeriums und in Berlin als Initiative von unten und Beschluß eines Stadtbezirkes. Viele Linken sehen in dieser Idee eine neue Hoffnung für mehr Demokratie, die Konservativen bewundern die offensichtliche Effizienz. Diese Idee heißt: Bürger entscheiden mit über den Haushalt bzw. über Teile des Haushaltes.

Auch in Brandenburg gibt es erste Überlegungen, die, soweit sie mir bekannt sind, im folgenden dargelegt werden sollen. Es liegt im doppelten Sinne in der Natur der Sache, daß ich dabei vor allem auf die PDS eingehe. Zum einen sind mir deren Aktivitäten zum großen Teil auch dann bekannt, wenn sie noch nicht öffentlich geworden sind. Zum anderen ist die PDS trotz aller noch zu erwähnenden Schwierigkeiten wohl die stärkste Kraft, die sich bisher in dieser Richtung engagiert.

Am weitesten im Land Brandenburg ist die Landeshauptstadt Potsdam. Zwar hat auch sie noch lange keinen Bürgerhaushalt, doch auf Initiative der PDS hat noch vor der Kommunalwahl im Oktober 2003 die alte Stadtverordnetenversammlung beschlossen, mit dem Haushalt 2005 Elemente eines Bürgerhaushaltes einzuführen. Dabei wird noch auszuhandeln sein, was unter Elementen eines Bürgerhaushaltes zu verstehen ist. Am ehesten wohl die direkte Information der Bürgerinnen und Bürger über den Haushalt durch Veranstaltungen und Broschüren. Ursprünglich wollte die PDS bereits im Jahr 2004 damit beginnen, wurde jedoch in dieser Frage überstimmt. In der Sache konnte sie sich dagegen durchsetzen, da die Fraktionen Die Andere, Bündnis 90/Grüne und Bürgerbündnis dem Antrag zustimmten. SPD und CDU konnten dem Anliegen dagegen wenig abgewinnen. Problematisch wird sein, daß auch die Verwaltung wenig begeistert war. Insbesondere der Kämmerer sieht viele Schwierigkeiten und Hindernisse bei der Aufstellung eines Bürgerhaushaltes.

In der kreisfreien Stadt Cottbus war Bürgerhaushalt der Wahlkampfeschlager von gleich drei Parteien, von PDS, SPD und Grünen. Noch ist offen, wie es mit der löblichen Absicht weitergeht, denn die SPD begann schon im Wahlkampf, sich wieder vorsichtig davon zu verabschieden. Zuvor hatte sie erklärt, daß der Haushalt auf 12 Seiten den Bürgern dargelegt werden soll. Die Grünen hatten zwar als

Andreas Trunschke –
Jg. 1959, Dr., Diplomlehrer,
Wissenschaftshistoriker;
seit 1994 Mitglied des
Landtages Brandenburg,
wissenschafts- und kultur-
politischer Sprecher der
PDS-Fraktion; Vorsitzender
der Rosa-Luxemburg-
Stiftung Brandenburg e.V.
und Leiter des Arbeits-
kreises »Partizipativer
Haushalt«; zuletzt in
»UTOPIE kreativ«: Neue
Wege wagen. Überlegungen
zu Leitungsstruktur und
Mitbestimmung im
(brandenburgischen) Hoch-
schulgesetz, Heft 100
(Februar 1999)

erste über die Heinrich-Böll-Stiftung Informationsveranstaltungen angeboten, waren aber ansonsten nicht sonderlich durch besondere Aktivitäten aufgefallen. Die PDS hatte bereits in den Vorjahren öffentliche Veranstaltungen zum Haushalt unter Mitwirkung der Stadtverwaltung organisiert, tat sich ansonsten jedoch schwer, darüber hinaus aktiv zu werden.

Kurz vor der Wahl wurde jedoch in einem Workshop ein konkreter Fahrplan entwickelt, wie man die Idee der Bürgerbeteiligung am Haushalt in Cottbus wirklich voranbringen könnte. Diesen hat der alte und neue Stadtverordnete Peter Süßmilch vorgestellt. Als erstes sollte der Haushalt entsprechend dem Vorschlag der SPD jeder Familie in knapper und anschaulicher Form übergeben werden. In den eingemeindeten Kommunen sollten die Bürger weitgehend selbst über die zur Verfügung stehenden Mittel entscheiden können. Außerdem wird die Verwaltung aufgefordert, Szenarien zu entwickeln, wie mit der defizitären Haushaltslage umgegangen werden kann. Diese sollen den Bürgern zur Entscheidung vorgelegt werden.

In Königs Wusterhausen verfolgt der PDS-Bürgermeister Stefan Ludwig ein anderes Konzept. Nachdem sich im Zuge der Gemeindegebietsreform die Einwohnerzahl der Stadt nahezu verdoppelt hat, sieht er in der Beteiligung an Haushaltsfragen eine Chance darin, den Bürgerinnen und Bürgern in den zahlreichen, nun auch zur Stadt gehörenden kleineren, ehemals selbständigen Gemeinden weiterhin Entscheidungsmöglichkeiten zu geben. An einer konkreten Umsetzung dieses Projektes wird gegenwärtig gearbeitet.

In zahlreichen anderen Kommunen des Landes bemüht sich die PDS um eine transparente Darstellung der finanziellen Situation. Erwähnt sei beispielsweise die Stadt Strausberg, in der die PDS einen sehr informativen Flyer herausgegeben hat. In Bernau werden die Bürger zwar nicht beim Haushalt direkt, dafür aber bei einer haushaltrelevanten Angelegenheit beteiligt. Laut Straßenausbausatzung werden sie vor Entscheidungen über ein Projekt in Anwohnerversammlungen informiert und können Veränderungen beantragen, beispielsweise hinsichtlich des Rad- und Fußweges, Parktaschen etc. Entscheiden sich mehr als die Hälfte der Anwohner gegen ein Projekt, findet es nicht statt.

Am engagiertesten geht die PDS im Kreis Oberspreewald-Lausitz zur Sache, was möglicherweise daran liegt, daß der dortige Kreisvorsitzende, Gerd-Rüdiger Hoffmann, den Erfolg in Porto Alegre aus eigener Anschauung kennt und entsprechend überzeugend dafür wirbt. Der PDS-Kreisvorstand hat jetzt beschlossen, ein Konzept für den Kreis zu erarbeiten. Das wird durch den alten und neuen Vorsitzenden der PDS-Fraktion im Kreistag, Rainer Vogel, mit erarbeitet. Hauptinitiator ist Margot Neugebauer aus Vetschau, die darüber hinaus gemeinsam mit dem Autor dieses Beitrages eine Idee für ihre Stadt entwickelt hat. Nach diesem Konzept sollen die Bürger auf drei Ebenen beteiligt werden: erstens durch Information, zweitens durch Beteiligung an den Entscheidungen und drittens durch Rechenschaftslegung.

Aus der ersten Ebene, der Information über den Haushalt, kann das als Aussage über Einnahmen und Ausgaben sowie über Vermögens- und Verwaltungshaushalt oder als Aussage über Ausgaben für

Darüber hinaus wird die PDS Cottbus Informationsveranstaltungen über den Bürgerhaushalt, über Vorteile und Vorbehalte, über Wege und Grenzen anbieten. Die PDS-Stadtfraktion in Cottbus wird außerdem beantragen, eine Aktuelle Stunde der Stadtverordnetenversammlung zur Vorstellung des Anliegens und zur Beratung über eine mögliche Umsetzung in Cottbus zu nutzen. Noch in diesem Jahr sollte die Oberbürgermeisterin alle interessierten Parteien und Organisationen zu einem »Runden Tisch« einladen, um zu beraten, was in Cottbus machbar ist und was nicht. Anknüpfungspunkt könnten dabei auch Erfahrungen sein, die in einem Stadtbezirk mit der Mittelvergabe durch einen Bürgerrat gewonnen wurden. Nach der Wahl hat die neue Fraktionsvorsitzende Gundula Schmidt bereits erklärt, daß die PDS an dem Thema dran bleiben wird.

Soziales, Bildung, Verkehr und so weiter verstanden werden. In der Regel ist jedoch die tatsächliche Aussagekraft solcher Angaben für den Bürger, der sich ja nur gelegentlich mit häuslicher Fragen beschäftigt, eher begrenzt. Wir schlagen daher vor, sich an der Wirkung des Haushaltes für verschiedene Interessenbereiche zu orientieren. Also, was bedeutet der Haushalt für Familien mit Kindern? Wie kann sich der Tourismus entwickeln? Werden die Schulen attraktiver? Welche Möglichkeiten ergeben sich für die Ansiedlung bzw. Entwicklung von Gewerbe? Was heißt das alles für die Sportvereine? Solche Budgetinformationen erst ermöglichen unseres Erachtens dem Bürger ein Verständnis des Haushaltes.

Auf der zweiten Ebene, der Mitentscheidung der Bürger am Haushalt, wollen wir die Tatsache nutzen, daß Vetschau über ein anerkanntes Leitbild verfügt. Dieses Leitbild legt in sieben Zielbereichen fest, wie die Stadt sich versteht und entwickeln will. Das reicht von Natur und Umwelt über Wirtschaft und Arbeit, Verkehr sowie Innenstadt, Wohnen, Soziales, Bildung, Kultur, Freizeit, Sport, Tourismus bis Miteinander, Identität und Verwaltung. Wir schlagen vor, die Bürgerinnen und Bürger direkt aufzufordern, innerhalb dieses Leitbildes, das ja nie in einem Haushaltsjahr gleichmäßig bedient werden kann, ihre Prioritäten zu setzen. Aufgabe der Verwaltung wäre es dann, bei der Haushaltsaufstellung diese Prioritäten zu berücksichtigen, also beispielsweise mehr in Schulen als in den Straßenbau zu investieren oder eben umgekehrt. Die Politik muß sich ebenfalls an diese Prioritäten der Bürger halten oder sehr genau begründen, warum sie davon abweichen will. Sie muß zudem kontrollieren, ob und wie die Verwaltung dem entsprochen hat. Neben der Beteiligung an der Schwerpunktsetzung für das jeweilige Haushaltsjahr sollte dem Bürger auch ermöglicht werden, über einzelne geeignete Vorhaben direkt zu entscheiden, also beispielsweise welche von mehreren möglichen Straßen saniert wird.

Am Ende steht die Rechenschaftslegung. Vor Aufstellung des neuen Haushaltes erklärt die Verwaltung den Bürgern, wie sie die Schwerpunkte der Bürger tatsächlich realisiert hat. Für das ganze Verfahren können verschiedene Formen genutzt werden: Versammlungen, das Internet oder eine Art Wahlentscheidung. Wichtig erscheint uns, daß jedes Jahr mit den Bürgern überprüft wird, wie das Verfahren verbessert werden kann. Das Konzept wurde bereits in einer öffentlichen Veranstaltung möglichen Akteuren und interessierten Bürgern vorgestellt. In weiteren Gesprächen soll insbesondere die Verwaltung dafür interessiert werden. Aufgabe der nächsten Zeit wird sein, ein breites Bündnis für diese oder eine ähnliche Idee zu schmieden, nicht nur, weil die PDS in der Opposition ist und das gar nicht allein durchsetzen könnte, sondern weil in der Sache selbst ein breites Bündnis angelegt zu sein scheint. Es geht schließlich um nicht mehr und nicht weniger als um einen Paradigmenwechsel: Politik nicht nur für den Bürger, nicht nur mit dem Bürger, sondern immer mehr durch den Bürger selbst.

Bleibt zu fragen, wie es denn die großen Parteien in Brandenburg mit der Idee des Bürgerhaushaltes halten. Bündnis 90/Die Grünen haben gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung zahlreiche Veranstaltungen zu dem Thema mit Experten angeboten. Zur Kommunal-

wahl haben sie sehr intensiv mit dieser Idee für sich geworben, so beispielsweise in ihrer Wahlzeitung, aber auch in vielen regionalen Flyern. Von der SPD ist mir lediglich in Cottbus ein Engagement bekannt, obwohl es natürlich mehr geben mag. Von der Landesregierung oder anderen möglichen Interessenten wie dem Städte- und Gemeindebund kenne ich keine Positionen, was natürlich nicht zwingend bedeutet, daß es sie nicht gibt.

Mit der PDS Brandenburg ist es schwierig. Einerseits gibt es gerade in dieser Partei zahlreiche Aktivitäten, wie oben dargelegt wurde. Andererseits tut sich die brandenburgische Führungsebene der PDS, z. B. die Landtagsfraktion, noch sehr schwer mit dem Thema. Bisher gab es lediglich eine kurze Informationsveranstaltung im Rahmen einer Klausursitzung der Fraktion. Ansonsten wurde jede Initiative weitgehend abgewiegelt oder totgeschwiegen. Das ist um so merkwürdiger, als in dieser Fraktion sowohl der Bundesvorsitzende als auch eine seiner Stellvertreterinnen sind, die gerade ein neues Programm für die PDS durchgebracht haben, in dem ausdrücklich geschrieben steht: »Die PDS unterstützt die Entwicklung der Kommunen zu Bürgerkommunen, die in hoher Eigenständigkeit über ihre Angelegenheiten entscheiden können. Sie spricht sich für die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltspolitik (partizipative Bürgerhaushalte) und an Entscheidungen über die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus.« Nach sporadischen Diskussionen in den zurückliegenden eineinhalb Jahren gibt es jetzt doch eine erste zaghafte Aktivität der Fraktion.

Die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. hat sich inzwischen des Themas angenommen. Sie hat eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet, die eng mit der zentralen Rosa-Luxemburg-Stiftung kooperiert. Aus dieser Kooperation sind weitgehend die oben angeführten Vorschläge entstanden. Die Stiftung hat – mit unterschiedlichem Erfolg – Veranstaltungen zum Thema durchgeführt. Darüber hinaus bietet sie seit kurzem Workshops an, um Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bei der Suche nach Möglichkeiten für ihre Kommune zu unterstützen. Ab Dezember wird eine Internet-Seite www.buergerhaushalt-brandenburg.de verfügbar sein, auf dem die Grundsätze partizipativer Haushalte, internationale Erfahrungen, vor allem aber Ansätze im Land Brandenburg und Positionen landesweiter Kräfte vorgestellt werden. Parallel wird an einer sogenannten Budgetanalyse gearbeitet, mit der die Auswirkungen des Landeshaushaltes 2004 für Kinder dargestellt werden sollen. Noch ist allerdings angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten mit dem statistischen Material und mit den undurchsichtigen Haushaltstiteln offen, ob dieses ambitionierte Vorhaben gelingen kann. Im ersten Anlauf sollte jedoch wenigstens eine Illustration gelingen, was eine solche Budgetanalyse bringen könnte.

Man muß insgesamt also feststellen, daß die Idee des partizipativen Haushaltes noch nicht sehr weit ins Brandenburgische vorge-drungen ist, aber durchaus vielversprechende Ansätze vorhanden sind. Es kömmt darauf an, etwas daraus zu machen.

Sie wird eine sogenannte Große Anfrage zu dem Thema in den Landtag einbringen und nach Positionen der Landesregierung, nach gesetzlichen und sonstigen Hindernissen sowie nach möglichen Unterstützungen fragen. Wenn die nach drei Monaten zu erwartende Antwort der Landesregierung über der Qualität der meisten ihrer Antworten liegen sollte, wäre dann möglicherweise die Frage nach ihrer Haltung zu beantworten. Spätestens zu der dann anstehenden Plenardebatte müssen auch die Fraktionen Farbe bekennen. Auch die PDS. Besser wäre natürlich gewesen, sie hätte die laufenden Haushaltsberatungen genutzt, um zu demonstrieren, daß sie die Bürger beteiligen will. Das war (noch) nicht gewollt.

WOLFGANG WEISS

Zwischen Marx und Malthus. Die Scheu der Linken vor der Demographie

Am 11. Juli 1987 war in den Nachrichten zu sehen, wie eine glückliche Mutter im damals noch friedlichen Jugoslawien ein Baby im Arm trug. Der UNO-Generalsekretär gratulierte ihr zur Geburt des Sohnes, durch den – wie das Statistische Amt der UNO ausgerechnet hatte – die Anzahl der Menschen auf der Erde auf über 5 Milliarden angewachsen war. Das Überschreiten der 4-Milliarden-Marke im Jahre 1975 war gerade einmal zwölfteinhalb Jahre her.

Seit dem 12. Oktober 1999 – durch dieselbe Institution errechnet – leben auf der Erde nun über sechs Milliarden Menschen. Noch immer beträgt der jährliche Zuwachs fast 80 Millionen, zur Zeit also etwa 1,3 Prozent. Für die erneute Zunahme um eine Milliarde vergingen wieder nur zwölfteinhalb Jahre. Leider ging das Ereignis im Trubel um den vermeintlichen Jahrtausendwechsel unter. Dennoch erleben wir eine regelrechte Inflation der Beschäftigung mit Fragen zur Bevölkerung. Das reicht von der Sorge um die Möglichkeiten einer ausreichenden Ernährung dieser vielen Menschen bis zu den ökologischen Folgen des Mehrbedarfs an Rohstoffen und Energie infolge eines weiteren Bevölkerungswachstums, das in den kommenden knapp 25 Jahren wiederum zwei Milliarden betragen wird.

Aktuelle innenpolitische Themen vieler Staaten, insbesondere in Europa, sind ebenfalls eng mit der Bevölkerungsentwicklung verbunden. Zum Beispiel ist die seit April 1995 in Deutschland gültige gesetzliche Pflegeversicherung eine Reaktion auf die starke Zunahme an pflegebedürftigen Personen höheren Alters. Auch der 1999 eingeführte, dann wieder ausgesetzte »demographische Faktor« in der Rentenberechnung, der die längere Rentenbezugsdauer als Folge gestiegener Lebenserwartung und verringerter Kindergeneration berücksichtigen soll, führte allein durch die fast täglichen Nachrichten zur Sensibilisierung gegenüber demographischen Fragen.

Dennoch ist das öffentliche demographische Wissen stark defizitär. Das zeigt sich nicht nur in den Ängsten, welche sich vielfältig äußern und ihre Zeichen aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft senden. Manchmal sind sie scheinbar grotesk und finden sich in Begriffen wieder, die eher als verbale Karikatur zu verstehen sind, wie z. B. in den Bezeichnungen »Spaßgeneration« und »*generation @*«. ¹ Soziale Ängste mit demographischem Bezug werden in den jeweiligen »Unworten des Jahres« besonders deutlich. ²

Aber auch die Hoffnungen und Wünsche der Menschen sind in spezifischer Weise auf demographische Themen gerichtet: Lebens-

Wolfgang Weiß – Jg. 1954; Dr. rer. nat. habil. Lehrbeauftragter und Leiter der Forschungsgemeinschaft »*populus et regio*« am Institut für Geographie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

1 Hinter diesen Begriffen verbergen sich aus demographischer Sicht zumindest der vorläufige bewusste Verzicht auf eigene Kinder und eine veränderte Haltung gegenüber traditionellen Werten des Familienlebens.

2 Dafür einige Beispiele: »Überfremdung« (1993) als Argument gegen Ausländerzuzug, »Rentnerschwemme« (1996) als angstausslösendes Naturbild, letztlich Ausdruck für die Unfähigkeit, die erhöhte Lebenserwartung der Menschen als einen Gewinn nicht nur für das Individuum, sondern für die Gemein-

dauer und Alter. Es ist vielleicht der häufigste Traum überall auf der Welt: Alle wollen lange leben, aber niemand möchte alt werden!

Heute ist der frühe Tod in vielen Ländern besiegt. Die mittlere Lebensdauer der Menschen ist so hoch wie noch nie. In einigen Regionen ist hohes Alter für viele sogar lebenswert geworden. Doch die Entwicklung hat auch eine Kehrseite. So führt die Verlängerung des individuellen Lebens in einer relativ kurzen Periode zu einer enormen Zunahme der Anzahl der Menschen, was den existenziellen Rahmen der Menschheit zu zerstören droht. Das wird oft bildlich mit der globalen »*Bevölkerungsexplosion*« beschrieben. Dem gegenüber steht vielfach eine lokale oder sogar regionale »*Bevölkerungsimplosion*«: Alternde Gesellschaften mit nur wenigen oder sogar fast ohne Kinder verlieren scheinbar die Kraft, ihren Lebenserfolg weiter zu geben. Aber vielleicht ist es auch gut so, denn ihr Lebensniveau ist oft Folge eines so starken irreversiblen Ressourcenverbrauchs, dass mögliche kommende Generationen ohnehin nicht über die gleichen Potenziale verfügen könnten ...! Grüße von Malthus?

Heute ist Demographie in fast allen Bereichen der Gesellschaft gefragt, wo Ressourcen und gesellschaftliche Leistungen personengebunden sind und sich die Bevölkerung nach Größe und Struktur rasch ändert. Dabei geht es sowohl um globale als auch um regionale und lokale Entwicklungen, wenn sich auch die Parameter dieser verschiedenen Maßstäbe zuweilen so stark unterscheiden, dass es sogar den Anschein hat, als handele es sich um miteinander kaum vereinbare Kategorien. Z. B. geht es im deutschen Osten um die Anpassung der Infrastruktur im Bildungsbereich, weil sich während der staatlichen Fusion 1990 die Geburtenzahlen etwa halbierten. Dagegen geht es in vielen Staaten der Sahel-Zone um das nackte Überleben, weil trotz verringerter Geburtenzahlen einfach nicht genug Nahrung vorhanden ist.

Angesichts solcher Unterschiede ist es verständlich, dass bislang niemand ein *allgemeines Populationsgesetz der Menschheit* gefunden hat. Wenn sich allerdings die Demographie in ihrem Kern zu stark auf die Themen Geburt, Tod und Gliederung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht beschränkt, ist das vielleicht auch gar nicht verwunderlich. Zur Bewertung der demographischen Situation und zur Entwicklung optimaler gesellschaftlicher Strategien sind nämlich neben Kenntnissen der Demographie auch Einsichten in demographische Zusammenhänge in räumlicher und zeitlicher bzw. historischer Differenziertheit nötig.³

Praktische Politik braucht sowohl ein demographisches als auch ein Regionalkonzept. Beides fehlt in den Programmen fast aller linken Strömungen. Seit der fundamentalen Kritik von Marx an Malthus wurde das Thema kaum wieder aufgegriffen – der Meister hatte gesprochen. *Also haben die Linken bis heute kein demographisches Konzept entwickelt!* Hier sind einige Informationen nötig, bevor es möglich wird, einige Missverständnisse auszuräumen.

Die Theorie von Malthus und Marx' Kritik

Im Jahre 1798 erschien unter dem Titel »*An Essay on the Principle of Population, as it Affects the Future Improvement of Society with Remarks on the Speculations of Mr. Godwin, M. Condorcet, and*

schaft anzunehmen, »Sozialverträgliches Frühableben« (1998) – kein Kommentar!

3 Gerhard Mackenroth spricht diesbezüglich von der »historisch-soziologischen Bevölkerungsweise«. Bevölkerungslehre. Ders.: Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Berlin etc. 1953.

4 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 23, S. 644.

5 Damit reicht er natürlich nicht im Mindesten an Johann Peter Süßmilch (1707-1767) heran, der bereits 1741 »Die göttliche Ordnung« vorlegte. Dieses Fundamentalwerk gilt nicht nur als die Grundlage der Demographie schlechthin. Die dort verarbeitete Datenfülle übertrifft die Versuche von Malthus um ein Vielfaches. Zudem differenziert Süßmilch schon über 50 Jahre vor Malthus Geburlichkeit und Sterblichkeit mit erstaunlicher Tiefe nach strukturellen Merkmalen der Bevölkerung und auch nach örtlichen und regionalen Bedingungen. In den Auseinandersetzungen von Marx mit Malthus spielt Süßmilch allerdings keine Rolle!

6 Bereits im 16., 17. und 18. Jahrhundert beschäftigten sich Giovanni Botero (1540-1617) und Gianmaria Ortes (1713-1790) in Italien sowie Sir Walter Raleigh (1552-1618) und Sir Mathews Hale (1609-1676) in England mit den Untersuchungen der Beziehung von Bevölkerung und Nahrungsmitteln. Khalatbari verweist darauf, dass sie, natürlich bei der Analyse von Agrargesellschaften, fast alle zu dem gleichen Ergebnis wie Malthus gelangten. (Parviz Khalatbari: Ein Pamphlet, das einen 200jährigen Streit auslöste. In: Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e.V., Berlin 1998, Nr. 19, S. 6 f.).

7 Es war vor allem der 2. Essay von 1803, der allerdings unter einem anderen Titel (*An Essay on the Principle of Population; or, a View of its Past and Present*

Other Writers« ein Buch von Thomas Robert Malthus. Die 1. Auflage war noch anonym, doch nachdem die Öffentlichkeit aufmerksam geworden war, bekannte sich der Verfasser zu seiner Schrift. Der Kern der Gedanken lässt sich stark verknüpft wie folgt umreißen:

Die Bevölkerung wird bei Malthus – unabhängig, ob die Menschheit als Ganzes oder als Bevölkerung von mehr oder weniger abgeschlossenen Gebieten angesprochen wird – als Gattung aufgefasst, die aufgrund der biologischen Seite ihrer Existenz zur Vermehrung tendiert. Das Wachstum erfolge in geometrischer Progression. Die wichtigste Beschränkung für die Anzahl der Menschen sei die Menge der Nahrungsmittel, deren Zuwachs u. a. nach dem »Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag« bestenfalls linear erfolge. Unabhängig von der konkreten Konstellation müsste es somit bei einem solchen Arrangement früher oder später zu einem Konflikt zwischen beiden Komponenten kommen.

Unter Annahme dieses Ansatzes fragte Malthus zum einen, warum es denn bis zu seiner Zeit noch nicht dazu gekommen sei, dass die Menschen ausstürben, zum anderen nach Mitteln, das zu vermeiden. Bald stellte er fest, dass es durchaus schon häufig »natürliche Hindernisse« des Bevölkerungswachstums gegeben hatte: höhere Sterblichkeit durch Nahrungsmangel, aber auch die Pest und andere Epidemien. Er empfahl die Begrenzung der Geburtenzahlen durch »moralische Hindernisse«, insbesondere die »freiwillige« sexuelle Enthaltbarkeit. Dabei hatte er natürlich die breite Masse der einfachen Leute vor Augen, denn die Reichen hatten schließlich unter allen Umständen immer genügend zu essen, und standen nach seiner Auffassung moralisch so hoch, dass sich eine entsprechende Empfehlung für sie erübrigte.

Marx war entrüstet, dass ein in wissenschaftlichen Methoden kaum geübter »Pfaffe«, der ein »verdeklamiertes Plagiat aus Defoe, Sir James Steuart, Townsend, Franklin, Wallace usw.« vorlegte, das »nicht einen einzigen selbst gedachten Satz enthält«⁴, derart Beachtung gefunden hatte. Und in der Tat: Der empirische Befund seitens der Bevölkerungsdynamik war nichts anderes als die Extrapolation einer relativ kurzen Zahlenreihe von Sterbefällen und Geburten in einem Kirchenregister, völlig ohne Bezug zur Gesamtzahl der betreffenden Einwohnerschaft und deren Alters- und Geschlechtergliederung.⁵ Die Aussagen zur Menge und zur Produktion der Nahrungsmittel hingegen waren von den von Marx aufgelisteten Autoren abgeschrieben worden.⁶ Während letzteres vielleicht noch schlechter Stil war, so ist ersteres wirklich keine solide Basis für eine so folgenschwere Theorie, obgleich die mathematisch-methodische Schwäche für Marx eher sekundär war. Was also störte ihn dann an Malthus, und was billigte er ihm zu?

Er rechnete ihm lediglich »die pointierte Hervorhebung der Disharmonien« in der bürgerlichen Ökonomie an, die jener mit » ... wohlgefälligem Zynismus festhält, ausmalt und bekannt macht.« Dass das Werk⁷ eine »wissenschaftliche Gemeinheit, seine Sünde gegen die Wissenschaft« sei, war keine Absage von Marx an die Demographie. Er begründet die Aussage damit, dass die Konsequenzen von Malthus »rücksichtsvoll gegen die herrschenden Klassen (sind)

..., dagegen *rücksichtslos*, soweit es die unterjochten Klassen betrifft ..., selbst *über* das Maß, das von seinem Standpunkt aus wissenschaftlich gerechtfertigt wäre.«⁸ Die Kritik von Marx richtete sich also vor allem gegen die Parteilichkeit von Malthus und dessen diskriminierende Darstellung der unteren Klassen.

Fatal war jedoch etwas anderes: Die »absolute (!) Überbevölkerung« war von Malthus durch die bereitgestellten Nahrungsmittel und durch die Anzahl jener Menschen definiert worden, die mehr waren, als ernährt werden konnten. Beide Werte (die Menge der Nahrungsmittel und die Anzahl von Menschen) wurden nicht nur abstrakt behandelt und verabsolutiert, sondern bezogen sich auf die Produktion in der vor- bzw. frühindustriellen Agrargesellschaft.

Dagegen beschäftigte sich Marx im Kontext von Arbeitsmarkt und Warenproduktion in der Startphase der Industriegesellschaft mit der »relativen (!) Überbevölkerung«. Deren Symptome beschrieb er mit »Unsicherheit und Unregelmäßigkeit der Beschäftigung, ... häufige Wiederkehr und lange Dauer der Arbeitsstockungen«.⁹ Es wurde also der Begriff »Überbevölkerung« auf inhaltlich völlig unterschiedliche Zusammenhänge angewandt. Dabei spielt sogar der Unterschied zwischen *relativ* und *absolut* an dieser Stelle gar keine Rolle.

Bemerkenswert ist vielmehr die Tatsache, dass die Weltbevölkerung in jener Zeit, als das Buch von Malthus erschien, gerade einmal eine Milliarde Menschen zählte, weit entfernt also von jener Dynamik, die uns momentan alle zwölftehalb Jahre eine zusätzliche Milliarde beschert. Während Malthus einen räumlich und zeitlich stark begrenzten Ausschnitt der Entwicklung verallgemeinerte, verabsolutierte Marx die zwischen Bevölkerungsentwicklung und Nahrungsmittelproduktion vermittelnde Produktivität als ein Instrument, das zu einer schier endlosen Steigerung des Ertrages führen könne.¹⁰

Seinem Ansatz also fehlten einerseits noch jene Restriktionen, die uns heute geläufig sind: die Grenzen des Wachstums.¹¹ Andererseits hatte auch Marx keinen konkreten räumlichen Bezug: Er hatte ausschließlich das *prinzipielle* Verhältnis der Menschen in der Produktion und zur eigenen Reproduktion im Auge: »Indem die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, produzieren sie indirekt ihr materielles Leben selbst.«¹² Dieser Satz ist nicht nur konzentrierter Ausdruck der philosophischen Denkrichtung und metaphorischen Ausdrucksweise von Marx, sondern zugleich so absolut, dass sich über 150 Jahre lang nicht nur Marxisten daran fest gebissen haben. Übersehen wurde vielfach, dass die »Produktion von Menschen« eben nicht direkt (!) von der »Produktion von Lebensmitteln« abhängt, Marx also die Unterschiede der Kategorien offenbar selbst erkannte. Nur stand die »Produktion von Menschen« eben nicht im Mittelpunkt seiner selbst gestellten Aufgabe, die politische Ökonomie zu hinterfragen.¹³

Und vielleicht ist sogar genau in diesem Satz die Essenz aller Missverständnisse zu finden, denn er widerspiegelt die marxistische Auffassung vom Wesen des Menschen, als Individuum wie auch als Gattung biologisch und sozial zugleich zu sein, allerdings unter der Dominanz des Sozialen, denn nur als soziales Wesen kann der Mensch überhaupt produzieren ... – wir werden gleich darauf eingehen.

Effects on Human Happiness; with an Inquiry into our Prospects respecting the Future removal or Mitigation of the Evils, which it Occasions), deutsche Übersetzung, die unter dem Titel Bevölkerungsgesetz (Jena 1924) veröffentlicht wurde, welcher seitdem viele Kontroversen entfachte. Nach den bekannten Textstellen dürfte Marx diese oder eine spätere Auflage der »*Principle of Population*« gelesen haben.

8 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 26.2, S. 113 (Hervorhebungen im Original).

9 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 23, S. 736.

10 Diesbezüglich war Marx sehr nahe bei Süßmilchs Kapitel XVI »Von den Vortheilen der Fabriken«.

11 Dennis Meadows u. a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.

12 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 3, S. 21. Marx spricht übrigens von »Lebensmitteln« nicht nur im Sinne von Nahrung!

13 Wenn er diese Formulierung aufgreift, dann lediglich mit Blick auf jenen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise, den er als den beständigen Konflikt zwischen ihrer »... Tendenz zur absoluten Entwicklung der Produktivkräfte ... mit den spezifischen Produktionsbedingungen« kennzeichnet. Denn unmittelbar an diese Stelle schließt er an: »Es werden nicht zuviel Lebensmittel produziert im Verhält-

nis zur vorhandenen Bevölkerung. Umgekehrt. Es werden zu wenig produziert, um der Masse der Bevölkerung anständig und menschlich zu genügen. Rein formal könnte das, zumindest im Effekt, mit dem Ansatz von Malthus sogar verwechselt werden. Doch Marx geht von Lebensmitteln aus, deren Menge erstens von der Produktion abhängt, deren Umfang vom möglichen Profit bestimmt wird, und deren Menge zweitens von jenem Bedarf abhängt, den er mit »anständig und menschlich« umschrieb. Und so setzt er fort: »Es wird ... ein zu großer Teil der Bevölkerung produziert, der tatsächlich nicht arbeitsfähig ist. Es werden ... nicht genug Produktionsmittel produziert, damit die ganze arbeitsfähige Bevölkerung ... arbeite ...« (Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 25, S. 268). Dieser »Teil der Bevölkerung« ist eine ökonomische Kategorie, aber keine Bevölkerung im demographischen Sinne.

14 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1975. Allein im ersten Abschnitt des Buches beschäftigt er sich in mehreren Kapiteln (im »Christentum«, der »Frau im Mittelalter« und den »Folgen der Reformation« bzw. der »Entwicklung nach dem Dreißigjährigen Krieg«) damit, was vor allem nach der über 300-jährigen Diktatur christlich-verklärter Tabuisierung abgeschüttelt werden musste. Mit je einem Kapitel zur »Erwerbsstellung der Frau« und zum »Kampf der Frau um die Bildung« ist er im zweiten Abschnitt seines Fundamentalwerkes ein kaum zu überbietender Zeitzeuge für unser Thema.

Mit Blick zurück können wir jedenfalls konstatieren: Im Verhältnis zu Malthus behielt Marx zunächst Recht, denn zumindest im globalen Maßstab entwickelte sich bis heute der Umfang der Produktion von Nahrungsmitteln sogar schneller als das Bevölkerungswachstum, erst recht, wenn wir auch noch die enorme Veredelung ausgewählter Erzeugnisse als eine spezielle Überproduktion mit einbeziehen. Aber auch die Bevölkerung entwickelte sich eben nicht in jener Weise, wie sie von Malthus angenommen worden war, denn das exponentielle Wachstum, das er in der Frühphase des Kapitalismus im Lande seiner Wiege erahnte, verlor regional unterschiedlich begründet und nach verschiedenen langen Perioden seine Kraft, und heute kommt es nicht nur regional, sondern weltweit auf absehbare Zeit zum Erliegen.

Es sind jedoch nicht die von Malthus geforderten »moralischen« Hemmnisse, es ist nicht die sexuelle Enthaltbarkeit, welche vor allem die Menschen veranlasst, Schwangerschaften zu vermeiden oder abzubrechen. Es ist geradezu paradox, dass diese Praxis in eine Zeit fällt, die hinsichtlich der Sexualität des Menschen etwas historisch bislang Einmaliges ermöglicht: Die Befreiung der Sexualität von der Angst vor unerwünschter Schwangerschaft! Erstmals ist es sogar möglich, das Verhältnis von Sexualität und Liebe sowohl individuell als auch gesellschaftlich dahingehend völlig neu zu ordnen. Und es ist bemerkenswert, wie die demographische Literatur dieses Thema weitgehend ausspart, als ob die Frage nach der Entwicklung der realisierten Fruchtbarkeit nichts mehr mit Sex zu tun hätte!

Relative Überbevölkerung und Bevölkerungsexplosion

Sicher vollzogen sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts mehrere Prozesse zeitlich parallel, so dass die Verführung groß ist, einen inhaltlichen Zusammenhang herzustellen, doch genau das ist bei sozialen Prozessen sehr problematisch. So ist der Druck auf die in der Frühphase der Industrialisierung in die freie Lohnarbeit einbezogenen Frauen unbestritten. Ob das allein aber Argument genug ist, die Reduzierung der Kinderzahlen pro Frau zu begründen, darf getrost bezweifelt werden. Es gehören zumindest ein entsprechendes Grundwissen über die biologischen Mechanismen von Zeugung, Schwangerschaft und Geburt ebenso dazu wie die individuellen Möglichkeiten und gesellschaftlichen sowie »technischen« Bedingungen zur Umsetzung. Und so ist es nicht verwunderlich, dass unter jenen Bildungsveranstaltungen, die in Deutschland nach Mitte des 19. Jahrhunderts von den Arbeitervereinen organisiert wurden, zeitweilig jene die häufigsten und auch mit dem höchsten Zuspruch waren, die sich mit Fragen der sexuellen Aufklärung befassten. Wie viel Unwissen dabei zu überwinden war, hat wohl niemand besser beschrieben als August Bebel.¹⁴ Dass diese Schritte auf dem Weg zur modernen Gesellschaft auch zugleich immer ein Beitrag zur Emanzipation der Frauen waren, resümierte z. B. Clara Zetkin.¹⁵ Es gehört aber auch ein gewisses »gesellschaftliches Klima« dazu, ob bei vorhandenen Möglichkeiten individuelle Entscheidungen umgesetzt werden.

Mit diesen Hinweisen haben wir uns keinen Deut von unserem Thema entfernt, sondern nur eine andere Seite desselben Sachver-

haltes beleuchtet: Die generellen Aussagen von Malthus und Marx haben in der Realität immer eine individuelle bzw. persönliche Entsprechung. Die modernen Sozialwissenschaften würden von der »Mikro-Ebene« sprechen.

Auf der »Makro-Ebene« fanden damals zwei eng miteinander korrespondierende Prozesse statt, die wir mit der heutigen Kenntnis anders als Marx und Malthus bewerten können: die Industrialisierung und die erste Phase der Demographischen Transition. Während die eine in ihren ersten Krisen mit den ersten Arbeitslosen die relative Überbevölkerung auf dem Arbeitsmarkt erzeugte, leitete die andere jenen Zuwachs an Bevölkerung ein, der heute allgemein als Bevölkerungsexplosion bezeichnet wird. Dass die betroffenen Personen, die »Überzähligen« auf dem Arbeitsmarkt und die wegen Mangel an Nahrung Hungernden, in der Realität oft identisch waren, ist dabei keineswegs unwichtig, denn genau das bestärkte die jeweilige Überzeugung in beiden Lagern. Letztlich dürfte es für die »Überbevölkerung« aber egal gewesen sein, wie sie von der Wissenschaft kategorisiert wurde: Not bleibt Not!

Der Widerspruch zwischen beiden Ansätzen ist Ausdruck des Unterschiedes im Menschenbild. Es wäre aber zu einfach, wie so oft in der Vergangenheit darauf abzustellen, das von Malthus wäre rein biologistisch und das von Marx dialektisch gewesen. Richtig ist, dass der Ansatz von Malthus so weit anthropologisch war, dass sogar Darwin annahm, der »*Kampf ums Dasein* unter den organischen Wesen« würde »unvermeidlich aus ihrem hoch geometrischen Zunahmevermögen« hervorgehen, und er schlussfolgerte, es sei »dies die Lehre von *Malthus*, auf das ganze Tier- und Pflanzenreich angewandt.« Für Marx war das falsch, er hielt Darwin für den Entdecker der geometrischen Progression im Tier- und Pflanzenreich, wogegen Malthus ja gerade dort die arithmetische Progression annahm.¹⁶

Und dabei hat sich Marx jedoch vertan: Zum einen trifft die geometrische Progression genau dann auch auf die Menschen zu, wenn sie sich im Rahmen bestimmter Existenzbedingungen wie eine zoologische Gattung verhalten;¹⁷ Malthus ist also nur dort Biologist, wo er dieses Moment auf die nicht-biologischen Seiten der Menschen anwendet. Zum anderen ist das Tier- und Pflanzenreich nur in Ausnahme die ausschließliche Quelle der Nahrung, nämlich nur dann, wenn sich der Mensch wie eine zoologische Gattung verhält; in der Regel wird aber produziert, und gerade für die Steigerung der Produktion kannte Marx keine Grenzen. Letzteres – obgleich bedeutend genug – ist nur zur Qualifizierung der Kritik am Malthusianismus wichtig. Ersteres jedoch verlangt, zumindest als Übersetzung in die Sprache von heute, nach einem komplexeren Menschenbild bzw. nach einem, das an unseren Entwicklungsstand der Wissenschaft angepasst ist.

Der Mensch als bio-psycho-soziales Wesen

Das bio-soziale Wesen Mensch, das als Individuum *ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse* ist¹⁸, stellt in Gemeinschaft (!) der Natur die Kultur gegenüber. Dafür sind geistige Leistungen nötig, die offenbar einen höheren kategorialen Wert besitzen, als von den Autoren Mitte des 19. Jahrhunderts allgemein angenommen werden

15 Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958.

16 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 26.2, S. 114.

17 Die biologische Seite des Menschen wurde von Marx zwar nie in Zweifel gezogen, er war aber offenbar auch nicht bereit, ihr eine von der Ökonomie relativ unabhängige, eigene Gesetzmäßigkeit zuzuerkennen.

18 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 3, S. 6.

konnte. Das hat auch Gründe in der Begriffsgenese, denn bis dato wurde das Geistige – heute sagen wir: das Psychische – oft im Kontext des Religiösen (der »Seele«) diskutiert oder als Qualität anderer »Bestandteile« des Menschen angenommen.

Genau darin dürfte das entscheidende Defizit aller älteren Modelle liegen: in der Behandlung des Psychischen. Bei Marx finden wir es zuweilen recht willkürlich sowohl in der biologischen als auch in der sozialen Seite der Existenz. Das ist aber weder ihm noch den anderen Autoren seiner Zeit anzulasten. Die heute wichtigsten Kenntnisse der modernen Psychologie, vom Aufbau über die Funktionsweise des Nervensystems bis zu den Prozessen der Widerspiegelung der Realität, ja selbst die Beziehung von Unterbewusstsein und Bewusstsein im Sinne der Psychoanalyse¹⁹ und vieles mehr, sind alles Resultate der Wissenschaft des späten 19. und des 20. Jahrhunderts. Wir haben diese Defizite überwunden, können also – immer mit Blick auf die Demographie – wie folgt unterscheiden:

19 Marx hätte wohl viele der Thesen z. B. von Freud kritisiert, aber auch mit großem Interesse aufgenommen.

Als biologisches Wesen unterliegt der Mensch wohl am unmittelbarsten den Gesetzen der Natur. Er wird geboren, beansprucht in konkreter Anzahl einen bestimmten Lebensraum und Ressourcen, er altert und stirbt. Zumindest in diesen Lebensäußerungen ist der Mensch selbst Teil der Natur, und es sind genau jene Bereiche, die von der Demographie, aber auch von der Bevölkerungsgeographie als Kernthemen bearbeitet werden.

Als *soziales* Wesen organisiert sich der Mensch, um die Befriedigung seiner über die Grundbedürfnisse hinaus erweiterten Ansprüche zu sichern. Dabei gibt es enge Wechselbeziehungen zwischen dem Entwicklungsstand der Kultur, der Technologie und der Produktionsfaktoren bzw. der Produktivkräfte einerseits und andererseits den Formen der gesellschaftlichen Organisation in unterschiedlich konstituierten Gruppen in verschiedenen Territorien.

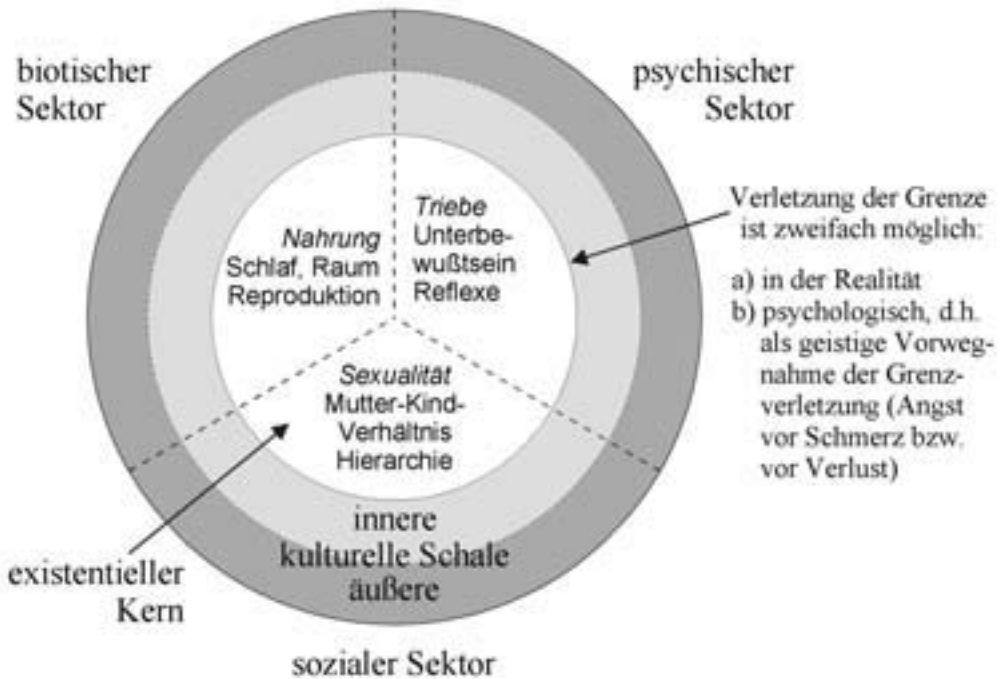
Als *psychologisches* Wesen ist der Mensch zu solchen intellektuellen Leistungen fähig, die ihn von allen uns bekannten Lebensformen darin unterscheiden, dass seine Handlungen im allgemeinen Ergebnis von Überlegungen sind; sein Verhalten als Individuum oder als Mitglied von Gemeinschaften wird von rationalen Entscheidungen bestimmt, welche durch Sprache transportiert werden. Letztlich kann er die Grenzen seines Lebensraumes erweitern.

Als *bio-psycho-soziales Wesen* ist der Mensch – als Individuum wie als Gattung – *unteilbar*. Jeder der Komponenten kommt stets und unter allen Bedingungen eine besondere Bedeutung zu. Sie können zwar unter verschiedenen Umständen wahlweise verschieden dominant oder untergeordnet sein, letztlich ist aber ihr *Kontext* bestimmend. Die ganzheitliche Betrachtung, also der humanontogenetische Ansatz, entspricht grundsätzlich jenem synoptischen Denken, das auch und gerade in der Geographie, einer hybriden natur- und sozialwissenschaftlich ausgerichteten Disziplin, insgesamt üblich ist. Diese Ganzheitlichkeit bleibt in der Regional-Demographie ebenfalls bei der Sicht auf die Details erhalten – z. B. bei der Bevölkerung von Teilräumen.

Daraus leitet sich der folgende Versuch eines Modells des bio-psycho-sozialen Wesens Mensch als unteilbare Einheit seiner Komponenten ab (siehe Abbildung 1):

Abb. 1:

Das bio-psycho-soziale Wesen Mensch – unteilbare Einheit seiner Komponenten



Neben der in der Grafik sektoral abgebildeten Differenzierung der Hauptkomponenten, des Biologischen, des Sozialen und des Psychischen, die in der Realität selbstverständlich nicht unabhängig nebeneinander existieren, sondern miteinander verwoben sind, ist der strukturelle Aufbau von innen nach außen entscheidend. Im existenziellen Kern ist der Mensch ein weitgehend »wildes«, biologisches Wesen.²⁰ Er wird zum *kulturellen Wesen*, indem er die biologischen Grundlagen der Hauptkomponenten »kultiviert«. Wird er seiner Kultur beraubt, kann er unter Extrembedingungen in existenzieller Not aber durchaus wieder »verwildern«.

Exemplarisch sei die qualitative Schichtung vom existenziellen Kern über die »innere« (etwa die grundlegendere) zur »äußeren« (einer mit Bildung und Stil versehenen) kulturellen Schale an jenem Beispiel des biotischen Sektors beschrieben, das in der Auseinandersetzung mit Malthus im Mittelpunkt stand, der Nahrung:

- Im *existenziellen Kern*, in dem die Grundbedürfnisse auf dem Niveau der Merkmale des Lebens ohne Kultur die meisten Handlungen bestimmen, ist der Bedarf an Nahrung zwar dominant, aber undifferenziert; sie muss lediglich ausreichend vorhanden sein. Die Suche nach Nahrung, oft geleitet durch akuten Hunger, steht über der Vorsorge für die Nahrung in der Zukunft (*die Frage lautet, ob etwas zu Essen da ist*).

²⁰ Gewiss ist die Diktion noch nicht ganz sauber, wenn der »existenzielle Kern« ebenso »biotisch« ist, wie der »biotische Sektor« als Ganzes. Aber so dürfte die qualitative Stufung von innen nach außen verständlich sein.

21 Einige Kollegen positionieren in ihrem Ansatz das Psychische und das Kulturelle zueinander etwas anders. So ist vor allem Parviz Khalatbari geneigt, das Wesen des Menschen als bio-psycho-kulturell zu kennzeichnen, aber vielleicht unterscheiden sich unsere definitorischen Ansätze lediglich in der Perspektive: Was schließlich ist schon Kultur ohne Verstand; und eine Psyche, die keine Kultur hervor bringt, bleibt im existenziellen Kern gefangen, ist also eher animalisch. Perspektive ist ein Instrument der Erkenntnisfähigkeit: Das Profil eines Gesichtes erkennt man z. B. nur von der Seite! Das vorgeschlagene Modell ist also nicht zu verabsolutieren. Es kommt zwar mit einer didaktisch eingängigen Grafik daher, hat aber noch einige »weiße Flecken«. So ist z. B. im »psychologischen Sektor« die biotische Seite der Intelligenz sowie ihre Abstufung in mentale (im Kern) und charakterliche Eigenschaften (in der Schale) noch auszuformulieren.

22 Als »Robinsonade« wird eine Literaturform bezeichnet, die inhaltlich Analogien zur Geschichte des *Robinson Crusoe* enthält, dem Titelhelden eines Abenteuerromans von Daniel Defoe (um 1660-1731), der schiffbrüchig 28 Jahre auf einer unbewohnten Insel in der Orinoko-Mündung zubringen und seine Existenz sichern musste.

23 Im preisgekrönten deutschen Psychothriller »Das Experiment« (Regie: Oliver Hirschbiegel, 2000) wird die Dynamik des Aggressionsverhaltens zwischen Gehorsam und Gewalt in einer Extremsituation dekliniert.

- Nach ausreichender bzw. mehr oder weniger komplexer Befriedigung der Grundbedürfnisse entstehen kulturelle Ansprüche, die sich in den Fragen nach der Art und der Qualität der Nahrung zeigen (*die Frage lautet, was zu Essen da ist*).

- Die weitere Sozialisation führt in Rückkopplung eines produzierten Lebensstandards zu Regelungen der Art und Weise der Nahrungsaufnahme (*die Frage lautet, wie man isst*). – Die kulturelle Schale kann aber auch verlassen werden. Jenseits der Kultur beginnt eine spezifische Unmenschlichkeit: Überfluss macht dekadent!

Diese Stufen gibt es – vielleicht nicht so »linear« – auch bei den anderen Elementen des Modells: Aus dem Hunger wird Appetit und aus dem Fressen die Ess-Kultur, die Hierarchie der Urmenschen kultiviert sich zur Demokratie, triebhaftes Verlangen zum Bedürfnis, der arterhaltende Sex zur Liebe. Doch bei aller Kultur wird auch immer zugleich der ursprüngliche Bedarf gestillt bzw. die biologische Funktion der zuweilen nur kulturell kaschierten Bedürfnisse erfüllt!

Das Modell ist also ein Versuch (!), die biotische, psychische und soziale Seite des Menschen ins Verhältnis zum Grad der Befriedigung von unterschiedlich tiefen Bedürfnissen zu setzen. Dafür reicht die banale Positionierung von Natur und Kultur in Form von »Bio« und »Sozial« als komplementäre Seiten unseres Wesens nicht aus, denn diese Relation wird durch die Psyche teils ergänzt, teils gesprengt. Das Beispiel der Sexualität zeigt, dass sich hier »rein« biotische Momente (die Physiologie der Arterhaltung und Vermehrung) mit psychischen Elementen (Trieben) und kulturellen Positionen (im Extremfall vielleicht sogar der bewussten Entsagung oder einer platonischen Beziehung) überlagern können – eine explizite Definition von Liebe ist hier nicht angemessen. Zudem ist der Übergang vom »Existenziellen« zum »Kulturellen« in verschiedenen Bereichen sicherlich fließend, dennoch qualitativ abstufbar.²¹

Welche Brüche dabei möglich sind, die ebenfalls ausschließlich durch die Kategorie Psyche als zu »Bio« und »Sozial« gleichwertig erklärt werden können, ist im täglichen Leben zu beobachten, wenn jemand Restriktionen in Kauf nimmt, weil er sich nicht »das Kreuz verbiegen« will, wenn ein (wie auch immer orientiertes) »coming out« zu bewältigen ist oder tiefe Schicksalsschläge zu verkraften sind.

Interessant ist aber auch, wie Menschen in Abhängigkeit von ihrer »geistigen Kraft« und der »Gewalt über sich selbst«, also weitgehend von der psychischen Stärke der Persönlichkeit abhängig, auch dann weiterhin Kultur pflegen können, wenn sie z. B. in Notlage ohne kulturelle Normen leben müssen, wie uns so manche Robinsonade²² verdeutlicht. Dagegen zeigen ausgewählte Experimente der modernen Psychologie auch, wie rasch »das Tier in uns« zum Ausbruch kommen kann, wenn irgendwo die Grenze zwischen der unteren kulturellen Schale und dem existenziellen Kern verletzt wird und der Mensch auch nur eines seiner kulturellen Werte verlustig geht.²³

Vielleicht ist das aber genau jenes neuralgische Moment, um welches die Autoren sowohl aus dem Lager der Malthusianisten als auch deren Gegner immer »herumeiern«, Moral bemühen oder Tabus aufbauen, weil sie einfach keine »wissenschaftliche Sprache« für die banalsten Dinge des menschlichen Lebens finden. Es ist mit folgender Frage auf den Punkt gebracht:

Warum vermehren sich die Menschen dann am stärksten, wenn es ihnen am schlechtesten geht? – Oder anders: Wird der Mensch zum Monster, wenn er durch Hunger seine kulturelle Fassung verliert? Gehen dann seine (sexuellen) Triebe mit ihm durch?

So formuliert, ist der Hintergedanke der Malthusianisten entlarvt! Das ist die Stelle, wo Marx seinen Angriff platzierte, denn hier kommt die Unmenschlichkeit des Malthusianismus nicht erst bei seinen Antworten und Konsequenzen zum Ausdruck, sondern bereits im Ansatz!

Dennoch haben diese Fragen mindestens eine Berechtigung, sind aber auch mindestens siebenmal falsch gestellt.

Sieben Fehler des Malthusianismus

Richtig ist, dass es einen Zusammenhang von Hunger bzw. Armut und einem hohen Wachstum der Bevölkerung in nicht wenigen Regionen der Erde gibt. Der Welternährungsgipfel von 1996 z. B. setzte für kontinentale Regionen die Raten des Bevölkerungswachstums und der Nahrungsmittelproduktion ins Verhältnis. Dabei stehen insbesondere die Werte für Afrika ins Auge. 1990 lag das Pro-Kopf-Aufkommen an Nahrungsmitteln dort sogar nur bei etwas über 70 Prozent des Wertes von 1960!²⁴ Die am härtesten betroffenen Staaten werden seit 1970 von der UNO als LDC-Staaten bezeichnet.²⁵ Wegen der kompakten räumlichen Anordnung der meisten dieser Länder spricht man auch vom »Malthusianischen Gürtel«.²⁶

Falsch ist jedoch bereits der Ansatz: Zeitliche und räumliche Korrelationen von Merkmalen sind kein Beleg für kausale Verhältnisse!

Der zweite Fehler liegt in der impliziten Gleichsetzung der Vermehrung der Menschen und der Entwicklung der Anzahl der Kinder pro Frau. Das Wachstum ist zunächst nicht von der Anzahl der Geburten abhängig, sondern von der Entwicklung der mittleren Lebensdauer, vor allem von der Kindersterblichkeit, die in den LCD-Staaten allein im ersten Lebensjahr bei über 10 Prozent liegt! Wachstum hängt also eher von der Anzahl jener Kinder ab, die bis zur eigenen Fruchtbarkeit überleben, als von der Anzahl der Kinder je Frau. Spätestens hier zeigt sich die Bedeutung der Demographie, die immer von der Bevölkerungsstruktur ausgeht.

Der dritte Fehler entspringt dem allgemeinen Wachstumsdenken. Wirtschaftliche Stagnation oder gar Krisen sind in dessen Konzepten nicht enthalten. Eine »malthusianistische Situation« kann danach nicht Resultat von absolut oder relativ verschlechterten Lebensbedingungen sein. Also wird abgeleitet, dass der Fehler in der Vermehrung der Bevölkerung liegen muss! Hingegen erleben wir z. Z. in Deutschland, dass die »Schrumpfung« der Bevölkerung in gleicher Weise für soziale Konflikte verantwortlich gemacht wird, wie andernorts ihr Wachstum – eine merkwürdige Logik.

Der vierte Fehler ist fast ungeschminkter Klassenkampf der Neo-Liberalen – er kommt auf der »Mitleidsschiene« daher: »Wenn diese armen Menschen schon nichts zu essen haben, dann soll man ihnen doch nicht auch noch das einzige streitig machen, was ihnen bleibt, die wollüstige Liebe zueinander!« Das ist die Kehrseite genau jener Blasphemie, die Marx den Malthusianisten nur zu Recht vorwarf.

Der fünfte Fehler untergräbt die fundamentale biologische Arithmetik. Auch ein im Hunger gezeugtes Kind kommt gewöhnlich erst

24 Ulrich Brameier: Welternährungsgipfel 1996, in: Praxis Geographie, Jg. 26., 10/1996, S. 36-42.

In der Zeit von 1979/81 bis 1994 hatte die Bevölkerung von Afrika eine Wachstumsrate von 49 Prozent, wogegen die Nahrungsmittelproduktion in der gleichen Zeit nur eine Wachstumsrate von 41 Prozent hatte.

25 Less developed countries = »wenig entwickelte Länder«; Kriterien sind ein Bruttoinlandsprodukt unter 473 US-Dollar je Einwohner, ein Industrie-Anteil am BIP von höchstens 10 Prozent und eine Analphabetenrate von über 80 Prozent.

26 Ruppert, Helmut: Bevölkerungsentwicklung und Mobilität, Braunschweig 1982, S. 32.

nach 9 Monaten zur Welt. Vielleicht gibt es dann aber wieder genügend Nahrung? Gerade der Malthusianische Gürtel ist für eine extreme Klima- und Wetterabhängigkeit bekannt. Lange Dürren in der Sahel-Zone und Überschwemmungen nach dem Monsun sind ebenso bekannt, wie die Perioden der Passate, und davon ist vielfach abhängig, wie viel Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. Von den Malthusianisten hat wohl noch niemand hinterfragt, ob ein im Hunger geborenes Kind nicht vielleicht Resultat einer Zeugung durch Eltern war, die von hohen Glücksgefühlen über eine besonders reiche Ernte getragen waren, die nur wegen der neokolonialistischen Schuldenfalle nicht an die Kinder weitergereicht werden konnte ...!

Der sechste Fehler ist methodischer Natur. Es ist einfach unzulässig, eine Extremsituation zu verallgemeinern. In der Realität gab es eine allmähliche Reduzierung der Fertilität. Der Ansatz von Malthus kennt aber alternativ nur Nahrungsmittelspielraum – dann vermehren sich die Menschen ungebremst; oder es gibt Restriktionen für die Existenz – dann prophezeit er Konflikte mit Leid und Verderben. Das wahre Leben findet aber zwischen diesen beiden Polen statt.

Der siebente Fehler besteht in der wahlweise selektiven Ausbeutung oder Ignoranz der modernen Demographie, die relativ gute Erklärungen für die Bevölkerungsexplosion zur Diskussion stellt. Das wichtigste Modell ist das der Demographischen Transition.

Das Modell der Demographischen Transition

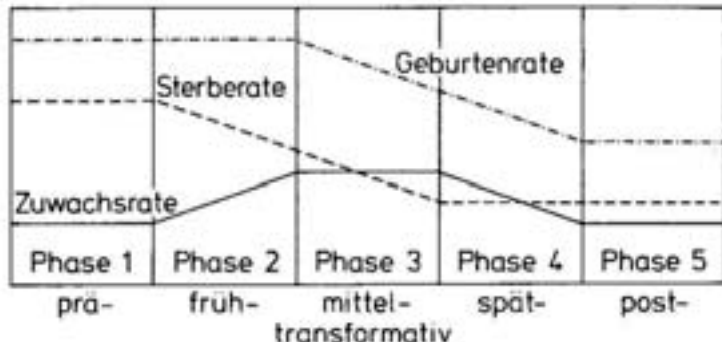
Im Kern wird die Bevölkerungsentwicklung beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft anhand der Entwicklung von Geburten- und Sterberaten beschrieben, wobei eine stetig wachsende Lebenserwartung unterstellt wird. Beide Raten haben zunächst ein relativ gleich hohes Ausgangsniveau mit leichtem Vorteil der Geburten. Zeitlich versetzt senkt sich erst die Sterberate, dann die Geburtenrate; beide finden sich nach einer bestimmten Zeit auf einem relativ gleichen niedrigen Niveau wieder. Für diesen »Endzustand« wurde ursprünglich eine konstante Bevölkerung angenommen. In der generalisierten Annahme wird dieser Prozess, der idealtypisch in fünf Phasen stattfindet, von allen Ländern durchlaufen.²⁷

27 Ebenda; Jürgen Leib, Günter Mertins: Bevölkerungsgeographie, Braunschweig 1983.

28 Jürgen Bähr: Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht, Stuttgart 1983.

Abb. 2:

Phasen und idealtypischer Verlauf der Demographischen Transition²⁸



1. *Phase*: In der vorindustriellen Gesellschaft sind die Geburten- und Sterberate relativ hoch. Es findet langfristig ein nur sehr geringer Zuwachs statt. Die Lebenserwartung ist sehr gering (deutlich unter 40 Jahre).

2. *Phase*: Durch Verbesserung der Lebensbedingungen kommt es zum raschen Absinken der Sterberate bei weiterhin konstant hoher Geburtenrate. Die »Schere« zwischen Geburten- und Sterberate öffnet sich, der Zuwachs steigt, die Bevölkerungszahl wächst stärker.

3. *Phase*: Die Mortalität nimmt noch weiter ab. Allmählich ändert sich das generative Verhalten, indem durch bewußte Beschränkung der Geburtenzahlen die Fruchtbarkeit sinkt. Die »Schere« zwischen Geburten- und Sterberate bleibt weit geöffnet. Die Dauer dieses Zustandes ist eines der wichtigsten Maße der »Bevölkerungsexplosion«.

4. *Phase*: Die Sterberate kann sich kaum noch verringern, wogegen die Geburtenrate weiter fällt und sich schließlich in der Nähe der Sterberate einfindet. Das Wachstum verringert sich auf das Ausgangsniveau.

5. *Phase*: Bei konstant niedrigen Geburten- und Sterberaten und einer hohen Lebenserwartung oszilliert das Wachstum um Null; die Bevölkerungszahl stagniert.

In der »klassischen Form« wird das Modell oft unter Verzicht auf die mittlere Phase behandelt, da sie keine Veränderungen im Trend beinhaltet.²⁹ In der älteren Literatur³⁰ wird noch vom *Bevölkerungszyklus* gesprochen, der in drei Phasen gegliedert war.³¹ In allen Phasen nimmt die Lebenserwartung stetig zu. Das heißt allerdings nicht, dass die Menschen jetzt älter werden, sondern es werden (»lediglich«) *mehr* Menschen älter!

Dieses Modell der Demographischen Transition vermittelt eine wichtige Erkenntnis: Das wichtigste demographische Ereignis, die »Bevölkerungsexplosion«, hat elementar nichts mit Malthus zu tun, obgleich seine elementaren Komponenten, Geburt und Tod, vollständig auf die biologische Seite des Lebens abstellen. Die seit Marx aufgebauten Hemmungen, sich mit Demographie zu befassen, resultieren einerseits aus der vielfach erfolgten Gleichsetzung von Malthus und der Demographie, andererseits aus der Angst vor biologischen Ansätzen, die der Demographie generell unterstellt werden. Wenn Biologismen auftauchen, dann sind sie aber leicht zu entlarven, wenn das Menschenbild stimmt, und die biologische Seite unserer Existenz dort bearbeitet wird, wo sie hingehört. Dafür sind die alten Ansätze durch neuere Erkenntnisse zu ergänzen, die Modelle zu verbessern und in die Sprache von heute zu übertragen.

So gesehen hat die »Linke« den Rücken frei, sich den aktuellen Aufgaben auch hinsichtlich der Demographie zu stellen. Und es ergibt sich endlich die Chance, die vielleicht wichtigste demographische Frage der allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipation zu beantworten: Wie viele Kinder gehören zum sinnerfüllten Leben des Einzelnen und zum Wohl der Gemeinschaft? Damit hätten wir zwar noch immer kein »Populationsgesetz des Menschen«, aber immerhin ein demographisches Konzept.

29 Rainer Münz, Ralf Ulrich: Bevölkerungswachstum und Familienplanung in Entwicklungsländern, in: Demographie aktuell, Vorträge – Aufsätze – Forschungsberichte, Nr. 4, Berlin 1994.

30 Oft in Anlehnung an Trewartha, G. T.: Geography of Population: World Patterns, New York 1969.

31 Egon Weber, Bruno Benthien: Einführung in die Bevölkerungs- und Siedlungsgeographie, Gotha und Leipzig 1976, S. 52 ff.

Für eine friedensfähige EU-Verfassung

Der Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik
der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Entwurf einer
Verfassung für die Europäische Union

Mit dem Entwurf des EU-Konvents für eine Verfassung der Europäischen Union sind Fragen nach der grundlegenden Orientierung dieser sich herausbildenden politischen Union Europas neu aufgeworfen. Versteht sich die EU als »Insel der Prosperität«, die es festungsmäßig abzusichern gilt? Oder will sie ernsthaft am Interessenausgleich zwischen den sog. Wohlstandsregionen, den sog. Schwellenländern und der an den Rand gedrängten Mehrheit der Weltbevölkerung in der »Peripherie« arbeiten? Oder aber ist die Ignoranz gegenüber der »Peripherie« Ausdruck neuer sozialer Kälte auch im Innern der EU-europäischen Gesellschaften? Will die EU als neuer militärischer Faktor in der Weltpolitik mit den USA bei der reibungsloseren Durchsetzung der kapitalistischen Globalisierung und der militärischen Ausschaltung von »Störfaktoren« (Terrorismus, Bürgerkriege, Auflösung von Staaten) wetteifern, oder setzt sie auf neue Modelle der friedlichen Konfliktursachenbewältigung und der globalen Entmilitarisierung?

Wir möchten die kritische Öffentlichkeit auffordern, sich in diese Debatte einzuschalten.

In der Verfassungsdiskussion der nächsten Wochen, aber auch im Wahlkampf zum Europäischen Parlament, muss die Frage aufgeworfen werden: In welche Richtung soll sich EU-Europa künftig entwickeln? Wie kann die EU zur Bewältigung der sich verschärfenden globalen Probleme beitragen – und wie nicht?

Vor diesem Hintergrund haben wir uns mit dem Entwurf für eine Verfassung der Europäischen Union und hier insbesondere den Teilen zur »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« befasst und stellen dazu fest:

- Die Aussagen zur »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« (GASP) nehmen schon quantitativ erheblichen Raum ein. Wichtiger ist jedoch, dass ihr eine *zentrale Funktion im Prozess der Integration* der EU der 25 zugewiesen wird, wie in den Abschnitten über Zuständigkeiten (bes. Art. I-11) bzw. allseitigen Verbindlichkeitscharakter (Art. I-15) deutlich wird.

- Mit der GASP wird eine grundlegende Weichenstellung für die EU als zukünftigem *weltpolitischen Machtzentrum* anvisiert.

- Zwar gibt es auch verschiedentlich Verweise auf diplomatische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische und völkerrechtliche Maßnahmen und Instrumente, diese bleiben jedoch formal und im Wesentlichen auf Aspekte der Entscheidungsfindung und Abstimmung beschränkt. In deutlichem Kontrast dazu steht die »Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik«:

»Die Union ist dafür zuständig, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu erarbeiten und zu verwirklichen.«

Artikel I-11 (4)

Die Regelungen des EU-Verfassungsentwurfs stellen eine entscheidende Weiterführung in diesem Politikbereich dar. Aspekte militärischer Rüstung und ihre Einsatzmodalitäten erhalten Verfassungsrang.

(Der Entwurf für eine EU-Verfassung findet sich in seiner aktuellen Fassung vom 18. Juli 2003 zum Beispiel unter: <http://www.imi-online.de/download/EUVerfassungsentwurf.pdf>)

Wir sehen vor allem drei Gefahren, die durch die Annahme dieser Verfassung verschärft würden:

- Krieg als Mittel der Politik wird weiter enttabuisiert, ja als ggf. unausweichliches Mittel zur Interessenwahrung des neu-formierten EU-Staatengefüges legitimiert.

- Weitere Aufrüstung bzw. Rüstungsmodernisierung erhalten mit dieser EU-Verfassung für alle EU-Mitgliedstaaten Verfassungsrang.

- Die Versuchung, regionale oder lokale Krisen eigenmächtig militär-interventionistisch zu lösen, wird zunehmen und damit weltweit neue Rüstungsdynamiken provozieren.

Wir vertreten im Gegensatz dazu die Auffassung, dass die Potenziale der Europäischen Union für die Zivilisierung und Entmilitarisierung der Internationalen Beziehungen, für eine nachhaltige Entwicklung in globalem Maßstab genutzt und entwickelt werden sollten.

Daher lehnen wir den vorliegenden Verfassungsentwurf aus friedenspolitischen Erwägungen ab. Wir raten den demokratischen und friedensorientierten Abgeordneten sowie Parteien in der EU dringend dazu, ihr NEIN zur Militarisierung der Europäischen Union deutlich zu machen.

Der EU-Verfassungsentwurf hat ca. 260 Seiten und ist in vier Abschnitte aufgeteilt.

Zum Verfassungsentwurf hinzu kommt ein Anhang von Zusatzvereinbarungen, die ebenfalls Verfassungsrang erhalten sollen. Es ist auffällig, dass der Anteil der Verfassungsartikel innerhalb des Verfassungsentwurfs, die sich mit der zukünftigen Militär- und Außenpolitik beschäftigen, außergewöhnlich hoch ist.

Aufrüstungsverpflichtung

Der Verfassungsentwurf ist einmalig im friedens- bzw. militärpolitischen Bereich. »Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern« (I-40). Indem diese Formulierung Verfassungsrang erhalten soll, stellt sie eine explizite Verpflichtung zu Aufrüstung bzw. Rüstungsmodernisierung dar. Dieser Verpflichtungserklärung soll Nachdruck verliehen werden, indem ein »Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten« eingeführt wird, dessen Aufgabe es ist, »bei der Ermittlung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und der Bewertung der Erfüllung der von den Mitgliedstaaten in Bezug auf diese Fähigkeiten eingegangenen Verpflichtungen mitzuwirken«, »die Forschung auf dem Gebiet der Verteidigungstechnologie zu unterstützen« und dazu beizutragen, dass »zweckdienliche Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors und für einen gezielteren Einsatz der Verteidigungsausgaben ermittelt werden, und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen« (I-40, III-212).

»Die Zuständigkeit der Union im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt sich auf alle Bereiche der Außenpolitik sowie auf sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Union, einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann.«

Artikel I-15 (1)

»Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union die auf zivile und militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zurückgreifen. Sie erfüllt diese Aufgaben mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedstaaten bereit gestellt werden.«

Artikel I-40 (1)

»Die in Artikel I-40 Absatz 1 vorgesehenen Missionen, bei deren Durchführung die Union auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen kann, umfassen gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.«
Artikel III-210 (1)

Festschreibung von Kampfeinsätzen (auch in Drittstaaten) in der Verfassung

Einmalig ist, dass die Bereitschaft zu weltweiten Militäreinsätzen gleichfalls in Verfassungsrang erhoben werden soll. EU-Streitkräfte sollen zu »Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen« eingesetzt werden können. Weiter heißt es: »Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet«. (III-210) Das Beschwören einer diffusen Terrorismusgefahr wird auch in Europa zu einer allgegenwärtigen Rechtfertigungsformel für globale Militärinterventionen gemacht. Mit einer territorialen Verteidigungsoption, die Rüstung auf entschieden niedrigerem Niveau einschließen würde, haben diese Bestimmungen nichts zu tun. Es geht ausschließlich um Militärinterventionen – ohne geographische Einschränkungen.

Kontext der EU-Verfassung: Strategiepapier von Javier Solana mit Präventivkriegskonzept

In diesen Kontext fügt sich die neue »Sicherheitsdoktrin« der EU. Im Auftrag der EU-Regierungschefs hat der »Verantwortliche für den Bereich Außen- und Sicherheitspolitik« der EU, Javier Solana, einen Entwurf für ein Strategiepapier für den Militärbereich vorgelegt. Seit vier Jahren arbeitet die EU am Aufbau sicherheits- bzw. militärpolitischer Entscheidungsstrukturen und militärischer Kapazitäten. Kontingente für schnelle Militärinterventionen stehen der EU inzwischen zur Verfügung. Auf diese Ressourcen kann künftig zurückgegriffen werden, wenn mit den Sicherheitsvorstellungen Solanas Ernst gemacht werden soll.

In diesem Entwurf, der auf dem EU-Gipfel im Juni 2003 in Thessaloniki im Grundsatz gebilligt wurde, heißt es: »Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. Wenn sie nicht beachtet werden, erhöht sich die Gefahr. ... Daher müssen wir bereit sein, vor dem Ausbrechen einer Krise zu handeln.« ... »Eine Union mit 25 Mitgliedern und einem Verteidigungsgesamthaushalt von 160 Milliarden Euro sollte in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig auszuführen.

Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die frühe, schnelle und, falls erforderlich, robuste Interventionen fördert.« Das ist die europäische Variante des Präventivkriegskonzepts der Bush-Doktrin.

Interventionismus und Rüstungspolitik à la carte

In Artikel I-40, Absatz 6 heißt es: »Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union.« Dies bedeutet, dass einzelne Staaten innerhalb der EU, die »unter-

einander festere Verpflichtungen eingegangen« sind, gemeinsam auch festere militärische Strukturen schaffen können.

Weiter heißt es: »Im Rahmen der nach Artikel III-210 erlassenen Europäischen Beschlüsse kann der Ministerrat die Durchführung einer Mission einer Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen, die über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen und sich an dieser Mission beteiligen wollen.« (Art. III-211) Dies führt, sollte es Verfassungsrang erhalten, auf jeden Fall zur Festschreibung militär-interventionistischer Strukturen und Politik innerhalb der EU: Auch wenn Regierungen einzelner Staaten dies nicht (mehr) mitmachen wollen, dann werden es eben die Staaten tun, die »untereinander festere Verpflichtungen eingegangen« sind – und den anderen wird ein Mitspracherecht verweigert.

Keine Parlamentsbeteiligung bei Militäreinsätzen

Über militärische Einsätze der EU entscheidet der Ministerrat (I-40, III-210, III-211), so regelt das Artikel 40 Absatz 4 des EU-Verfassungsentwurfs. Ähnlich noch einmal in Artikel III-198, Absatz 1: »Verlangt eine internationale Situation ein operatives Vorgehen der Union, so erlässt der Ministerrat die erforderlichen Europäischen Beschlüsse.« Eine Beteiligung des EU-Parlaments ist also von vornherein nicht vorgesehen. In Absatz 8 des Artikels 40 wird lediglich geregelt, dass das EU-Parlament zu »wichtigsten Aspekten« regelmäßig anzuhören sei und über die Entwicklung der »grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik... auf dem Laufenden gehalten« (I-40, III-205) werden soll. Artikel 205 Absatz 1 präzisiert diese Informationspflicht.

In Absatz 2 heißt es dann: »Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Ministerrat und den Außenminister der Union richten.« (I-40, III-205) Aber: ein Informationsrecht ist kein Beschlussrecht. Das nicht vorhandene Kontrollrecht des EU-Parlaments verstößt gegen Grundsätze von Gewaltenteilung und parlamentarischer Demokratie.

Das hat auch Auswirkungen auf die Bundesrepublik:

- Nach Art. 26 des Grundgesetzes (GG) sind alle Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges, verfassungswidrig und nach § 80 StGB unter Strafe gestellt. Da jede nicht von den Ausnahmetatbeständen der UNO-Satzung (Art. 51 und Art. 39-42) gedeckte militärische Aggressionshandlung den Tatbestand des Angriffskrieges erfüllt, enthält die Verfassungsnorm ein Verdikt gegen die militärische »Lösung« internationaler Streitfragen. Ergänzt wird Art. 26 durch Art. 87 a GG, der den Einsatz der Bundeswehr auf die Verteidigung beschränkt. Zwar verweist der EU-Verfassungsentwurf bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf die »Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen« (I-40, Abs. 1), aber andererseits wird der rechtliche Rahmen für mögliche EU-Kampfeinsätze ausgeweitet und ein »Präventivkrieg« in die Konzeption einbezogen. Ein »Präventivkrieg« ist jedoch nach dem Völkerrecht auf der Basis der UN-Charta völkerrechtswidrig. Insofern eröffnet der Entwurf die Möglichkeit, Art. 26 GG weiter aufzuweichen.

»Der Ministerrat erlässt die Europäischen Beschlüsse über Missionen im Sinne des Absatzes 1 einstimmig; in den Beschlüssen sind Ziel und Umfang der Missionen sowie die für sie geltenden allgemeinen Durchführungsbestimmungen festgelegt. Der Außenminister der Union sorgt unter Aufsicht des Ministerrates und in engem und ständigem Benehmen mit dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee für die Koordinierung der zivilen und militärischen Aspekte dieser Missionen.«
Artikel III-210 (2)

»Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik regelmäßig gehört und über ihre Entwicklung auf dem Laufenden gehalten.«
Artikel I-39 (6)

- 1992 reichte die SPD-Fraktion im Bundestag eine Klage gegen Out-of-Area Einsätze der Bundeswehr beim Bundesverfassungsgericht ein. Sie kritisierte insbesondere die »systematische Ausschaltung des Parlaments bei grundlegender Neugestaltung der sicherheitspolitischen Beziehungen«.

Aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben verfügte das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994 verbindlich, dass über Auslandseinsätze der Bundeswehr der Bundestag mit einfacher Mehrheit entscheidet. Damit sollte der demokratischen Balance zwischen Exekutive und Legislative Rechnung getragen werden. Gemäß Art. I-10 des Entwurfs der EU-Verfassung besitzt jedoch »das von den Organen der Union in Ausübung der ihnen zugewiesenen Zuständigkeiten gesetzte Recht... Vorrang vor dem Recht der Mitgliedsstaaten«. Damit entscheidet bei Annahme dieser EU-Verfassung über Krieg und Frieden der Ministerrat. Und was geschieht dann mit der Zustimmungspflicht des Bundestages?

Politische Schlussfolgerungen

Der Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich eingehend mit dem Entwurf der EU-Verfassung befasst. Wir raten allen demokratischen und friedensorientierten Abgeordneten sowie Parteien in der EU dringend dazu, ihr NEIN zur Militarisierung der EU deutlich zu machen und gegen diesen Entwurf zu stimmen. Insbesondere raten wir der PDS, die als einzige Partei klare Positionen für eine »Zivilmacht Europa« bezogen hat, an ihrer militärkritischen Haltung festzuhalten und im Bundestag sowie im EU-Parlament NEIN zum Verfassungsentwurf zu sagen. Die Vorstellungen der Parteien über die künftige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU sollten zu einem wichtigen Thema des Europawahlkampfes gemacht werden.

Wir appellieren an alle friedenspolitisch Engagierten, ihre Kritik an der EU-Verfassung offensiv in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Berlin, den 3. Oktober 2003

Dr. Michael Berndt
Prof. Dr. Rainer Rilling
Dr. Erhard Crome
Prof. Dr. Werner Ruf
Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski
Paul Schäfer
Ingrid el Masry
Dr. Lutz Schrader
Prof. Dr. John Neelsen
Dr. Peter Strutynski
Tobias Pflüger
Dr. Dietmar Wittich

JENS LANGER

Der Klopstocker. Kirche und kulturelle Identität der Stadt

Der Beitrag der Kirche zur Kultur in Stadt (und Dorf) besteht in dem Hinweis: *Nicht alles* ist Pommes, fast food und Imbissstand – unbeschadet des Respekts auch vor dieser Erwerbsmöglichkeit. Der kirchliche Beitrag erinnert hastige Konsumenten und eilige Vertilger an eine ihnen lästige Tatsache: Manches dauert einfach etwas länger – »eine Ewigkeit«, wie der ungeduldige Kunde zum Beispiel dem Frittenhändler klagt.

Differenzen und Differenzierungen

Zur Identität gehört das Wissen um Differenzen und Differenzierungen, also die Unterscheidung der Geister. Dabei ist mir der nahezu subversive Bezug zwischen fast food, Alltagskultur und Hochkultur in meiner Heimatstadt nicht entgangen: In der Klopstockstraße beim Hauptbahnhof steht seit langen Jahren ein Imbisswagen, dessen Betreiber ich in den ausgesprochenen Respekt selbstredend einschleife. Zudem dieser den Poeten des »Messias« in dieser Straße zusätzlich ehrt mit dem Namenszug am Stand: *Der Klopstocker*. So paradox kann Unwissen vor Vergessen bewahren! Das stimmt um so nachdenklicher, als ein paar hundert Meter weiter Unwissen und Vergessen den Namen eines guten Ortes verschlungen haben. Seit den sechziger Jahren heißt der aufgelassene Alte Friedhof zwischen »Bei den Polizeigärten« und Saarplatz unreflektiert »Lindenpark«. Ich hielt diese Namensgebung anfangs für ein Beispiel, wie die SED die Vergänglichkeit zu überspielen versuchte, aber auch in den freiheitsbetonten Zeiten des real existierenden Kapitalismus hat niemand den ursprünglichen Namen dieses Ortes wieder aufgenommen. Geschichte wurde siegreich überspielt. Das Vergessen hat geklappt. Das Unwissen sitzt obenauf. Im Laufe dieser Erosion von Identität gingen geschichtsträchtige Grabanlagen verloren, darunter die letzte Ruhestätte des Neutestamentlers Friedrich Büchsel (1883-1945), der 1945 durch die Hoftür seines Hauses hindurch von Russen erschossen wurde, weil er ihnen nicht schnell genug öffnete.¹ Sein Haus im Kräwtweg 3 steht bis heute unmittelbar vor dem Zugang zum Alten Friedhof. Mit diesem historischen Umfeld ist auch verbunden – und das heißt ebenfalls aus der Geschichte fast verdrängt – Dr. Elfriede Büchsel, die Ehefrau des Exegeten. Es sind bis auf einen Tag fünfzig Jahre her: Am 12. Mai 1953 vollstreckt der Direktor der Goetheschule – gegenüber unserem heutigen »Klopstocker« – die Apartheid gegen die Junge Gemeinde der Evangelischen Kirche an seiner Schule und meldet am 13. Mai Vollzug durch den Pädagogischen

Jens Langer – Jg. 1939, studierte Theologie in Leipzig, Jena und Rostock; Pastor an St. Marien in Rostock, zuletzt in UTOPIE kreativ: Kulturen in der Krise. Die neuen Länder in der alten Bundesrepublik Deutschland, Heft 72 (Oktober 1996).

Die Arbeitsgemeinschaft »Die Alte Stadt« hatte im Frühsommer zur Internationalen Städtetagung nach Rostock eingeladen: »Stadtkultur – Tradition im Wandel«. Unser Autor hielt am 11. Mai 2003 im Rostocker Rathaus vor den 160 Teilnehmern aus ganz Deutschland den nachstehenden Vortrag. Er lässt sich auch als Einladung verstehen, Langsamkeit und Alterung zu genießen, anstatt durch Festivalbauten Identität und Stadtkultur zu beschädigen. Überarbeitete und ergänzte Fassung.

1 Björn Mensing, Heinrich Rathke (Hg.): *Widerstehen. Wirkungsgeschichte und aktuelle Bedeutung christlicher Märtyrer*, Leipzig 2002, S. 103.

2 Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): *Leben in der DDR, Leben nach 1989. Aufarbeitung und Versöhnung*, Bd. VI, Schwerin 1997, S. 281. Da 50 Jahre nach der Verfolgung der Jungen Gemeinde diese und spätere Ereignisse gelegnet werden (vgl. ehemalige Lehrer: *Neues Deutschland* vom 1. Oktober 2003, S. 5), sei auch verwiesen auf Fritz Dörgerloh: *Geschichte der evangelischen Jugendarbeit*, Bd. I, Hannover 1999, S. 62-70; Karin Sedler u. a. (Hg.): *Glaubenskrieg*, Berlin 1995, S. 238-305.

3 Vgl. Johannes Köllner: *Die Baupolitik der DDR am Beispiel Rostock: Der Wiederaufbau des Stadtzentrums und der Abriss von Sakralbauten*, Abschlussarbeit Universität Rostock, FB Geschichtswissenschaften (o. J./ca. 1996), S. 48-70 (Archiv der Evangelisch-Lutherischen Innenstadtkirche Rostock).

4 Steffen Mensching: *Berliner Elegien*, Leipzig 1995, S. 5.

5 »(...) Während für große Kirchen in den alten Bundesländern bereits die zweite Periode der Restaurierung nach 1945 beginnt, reparieren wir immer noch Schäden durch die Fliegerbombardements im 2. Weltkrieg (1942) nebst Langzeitwirkungen. Wir haben große hanseatische Kirchen in Rostock durch Krieg und Politik verloren. St. Marien wollen wir retten.

Rat an seine Oberen, wobei er protokollieren lässt: 1 Gegenstimme (Dr. Büchsel).² Der Direktor galt übrigens im Vergleich mit anderen Kollegen als »bürgerlich« oder »liberal«.

Angesichts des angedeuteten Verlustes an Geschichtsbewusstsein ist es bedeutungsvoll, dass der Rostocker Jakobikirchplatz von vornherein bei seiner geplanten Umgestaltung vom Störtebeckerplatz zu einem Memorial der urbanen Kultur samt Benennung mit dem Namen des Apostels weg vom Räuberodium auch an die Zerstörung städtischer Identität in den fünfziger und sechziger Jahren und die mutigen Personen in Denkmalpflege und Kirche erinnert, die gegen die beredt schweigende oder Leserbriefe schreibende Mehrheit die gewachsene Stadtkultur in die Zukunft mitnehmen wollten.³

Die Kirche ist das Gedächtnis der Stadt und eine ihrer Schatzkammern

An diesen Stätten des Ewigen, die selber nicht ewig sind, wird an Personen, Ereignisse und Schätze erinnert, die ohne Kirchen leichter längst völlig vergessen wären: Ewigkeit, Menschenwürde aus dem göttlichen Ebenbild, Vergebung, die Differenz zwischen Gott und Mensch, das Protestantische Prinzip (»Der erste Platz ist immer schon besetzt«), die neue Stadt aus himmlischer Ästhetik – u. U. als Basis von allem die hebräische Überlieferung der Judenheit.

Es lässt sich anschauen in diesen Schatzkammern, in welchem Reichtum der Stile zum Beispiel die oben genannten Kleinodien unserer Kultur gestaltet werden können.

In der Kirche selbst noch muss aus Lauterkeit differenziert werden, wie es auch in der Gesamtgesellschaft notwendig ist, nämlich durch die Unterscheidung der Geister (1. Korintherbrief 12, 10). Das heißt, die Kirche steht inmitten der Stadt und so auch unter dem göttlichen Wort, dessen Vehikel zu sein sie ausgezeichnet ist.

Auf der anderen Seite haben in wechselnden Zeiten die Parteisekretäre der Ideologien Gottes Gottheit (1. Gebot) und andere Schätze der Überlieferung für Gegenwart und Zukunft zu eliminieren gesucht. An ihre Stelle sind in unseren Regionen die Parteisekretäre des Banalen und Nebensächlichen getreten, die offenbaren wollen, dass alles zu kaufen ist, dass deshalb auch permanent zu verkaufen ist. Die Differenzierungen versickern in einem »rasenden Stillstand« (P. Virilio) in den Untergrund einer flottierenden Ebenbürtigkeit: »Alles gleich. Gültig alles. / Auschwitz, Wandlitz, Austerlitz. / Ein Abwasch, ein Knopfdruck, / Hokuspokus. Ab in den Lokus. Löscht die Festplatten...« (Steffen Mensching)⁴

Diese Überlegungen haben in concreto mich veranlasst, mich für den Erhalt des einzigen aus dem Zweiten Weltkrieg fast unversehrt hervorgegangenen Gotteshauses der Hansestadt einzusetzen, also für den Schutz der Schatzkammer immaterieller und materieller Edelsteine. Weil die großen Reparaturarbeiten jahrelang von der Bundesregierung gefördert wurden, war der juristisch gestaltete Zeitraum ausgelotet. 2004 soll Schluss sein. Darum habe ich an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Frau Staatsministerin Dr. Christina Weiß geschrieben.⁵ Formal sind meine Überlegungen Teil einer gemeinsamen Anstrengung von Land, Stadt und Landeskirche um die Fortführung der Bundesförderung bei den auf-

wendigen Reparaturen an einem Gebäude. Inhaltlich geht es auch um einen Beitrag, in den Dörfer, die »Trümmerlandschaft« aus Neubauten nicht zur alleinigen Marke der Gegenwartskultur werden zu lassen, wie Karl Ganser seine Kritik an der neuen Siedlungslandschaft formuliert hat.⁶

Kirchen helfen zum Eingeständnis der Gebrechlichkeit

Der Stolz auf die im Gedächtnis des Raumes gehüteten immateriellen und materiellen Schätze, die Hochachtung vor einem gotischen Bau und vor denen, die ihn schufen, ist in der Sache begründet. Auch der Stolz auf die Geschichte gehört dazu. Aber Geschichte macht nicht nur stolz, sondern auch bescheiden, sofern die Bereitschaft vorhanden ist, auch ihre Schattenseiten zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte jetzt nicht mehr von diesem Stolz reden, den es berechtigt gibt und der für die städtische Identität von Belang ist. Das wird immer wieder betont. Ich rede jetzt von der Anschauung der Gebrechlichkeit und dem Beitrag des Vergänglichen, den z. B. unsere städtische Hauptkirche für die Würde der Stadt bedeutet.

St. Marien ist umbauter, endlicher Raum der Schöpfung, zerbrechliche Hülle des Ewigen. Diese Vergänglichkeit kann und muss unvermeidbar angeschaut werden: Sie bleibt sichtbar, Architekten und Baupfleger liften nicht. Sie haben gelernt, die Schrunden der Jahrhunderte zu akzeptieren, zu respektieren und zu »konservieren«. Außerdem schreitet die Sanierung des Baus seit Jahren glücklicherweise zwar kontinuierlich voran, im selben Zeitraum entwickelt sich jedoch auch der Verfall, und zwar diskontinuierlich. Wer sich nichts vormachen kann, wird bescheiden. Odo Marquard hat vor geraumer Zeit gewarnt, alles Machbare auch zu tun. Wer alles Mögliche auch möglich mache, falle wohl aus der zwanghaften Diktatur des Schicksals heraus, aber er falle unter die Diktatur des Machsals.⁷ Da unsere Gesellschaft diese Warnung noch gar nicht gelesen hat, sondern alles Mögliche möglichst rasch und effizient, möglichst billig oder teuer ermöglichen will, kann die Anschauung einer unverstellten Gebrechlichkeit individuelle und städtische Bescheidenheit fördern, die Zwänge des Machsals relativieren und so die endliche Ankunft einer Barmherzigkeit in der immer wieder misslingenden Gigantomanie vorbereiten. St. Marien befindet sich dabei selber im Glashaus: »Dieses Bau-Ungetüm imponierend wie es ist, wird doch niemals schön genannt werden können«, urteilt Wilhelm Lübke 1869.⁸

Die Grenze und die Endlichkeit unserer Kultur ist mir schließlich auch durch ein Kirchenasyl für einen kurdischen Türken bewusst geworden, das nun 3 Jahre und 4 Monate währt.⁹ Die Gesetze sind an ihre Grenze gelangt. Unsere Kirche ist an ihre Grenze gelangt. Der Asylant ist an seine Grenze gelangt. Unsere Hoffnung ist beschränkt. Hier konzentriert sich z. Z. das Controlling unserer identitätsstiftenden Werte in den kirchlichen Schatzkammern und menschlichen Herzen. Nur Geduld stärkt unsere Hoffnung. Wird sie reichen auch für die städtische Identität?

Vergänglichkeit und Zukünftigkeit

Differenzen und Gewinne, Verluste und Stolz, Vergänglichkeit und Zukünftigkeit von Individuen und Stadt kommen im Gottesdienst

Das alles erfolgt in einer Kubatur von vergleichsweise ca. 200–250 Einfamilienhäusern bei laufender kirchlicher Arbeit, die eine große Öffentlichkeit durch protestantisches Profil, kulturellen Reichtum und gesellschaftlichen Diskurs erreicht. Das war so am 12. 11. 1419 bei der Eröffnung der Universität in der Kirche, 1532 (Einführung der Reformation), 1645 (Begegnung H. Grotius – J. Quistorp d. Ä.), 1945 bei der humanistischen Wertorientierung der Bevölkerung, 1953 (Verfolgung der Jungen Gemeinde durch die SED), 1981 (»Schwerter zu Pflugscharen«, 1989 (Gottesdienste zur Veränderung der Gesellschaft), 11./12. 09. 2001, 26. 4. 2002 (60 Jahre der Bombardierung Rostocks). Immatrikulationen und Investitionen der Universität finden hier statt. In gegenwärtigen Kriegslagen erweist sich St. Marien als ein Ort des Trostes (...)

An unseren Gottesdiensten nehmen viele Tausend Menschen teil, am Mittagsgebet von Juni bis Oktober 2002 allein waren es 12 500, dazu kommen 150 000 Touristen, zunehmend in großen Gruppen Bürger der USA. 2007 begehen wir mit der Stadt die 775. Wiederkehr der Erstnennung von St. Marien. 2018 begeht St. Marien mit der Stadt deren 800jähriges Jubiläum – zu schweigen von der Möglichkeit, 2012 die Segelolympiade im Rostocker Seerivier zu haben. St. Marien strahlt die Zuversicht der Region aus, kann das durch weitere Rettungsmaßnahmen angemessen vermitteln und die hoffnungsstarke Seite Deutschlands weltweit kommunizieren. Oder soll

sich diese Hansestadt im Nordosten im Gegensatz zu ihren westlichen Schwestern der Welt bei diesen bewegenden Anlässen mit einer verfallenen gotischen Kathedrale präsentieren, die doch eine Brunnenstube der städtischen Identität ist und bleiben soll?« Schreiben vom 12. Mai 2003, im Archiv der Evangelisch-Lutherischen Innenstadtgemeinde Rostock. Zu den einzelnen Ereignissen vgl.: Thomas Kaufmann: *Universität und lutherische Konfessionalisierung*, Gütersloh 1997, S. 41-44; Johannes von Walter: *Die Reformation in Rostock: Das Evangelische Rostock 1531-1931*, Rostock (1931), S. 7-46; *Rostocker Universitätsreden NF Heft 9*, 2003, S. 7-9. 44; ferner Lit. in Anm. 2 u. 10.

6 Vgl. *Gewissen für die Baukultur*. Interview mit Karl Ganser: *Neues Deutschland* vom 7. April 2003, S. 12.

7 Vgl. Odo Marquard: *Ende des Schicksals? In: Ders.: Abschied vom Prinzipiellen*, Stuttgart 2000, S. 67-90.

8 Wilhelm Lübke: *Kunst-historische Studien*, Stuttgart 1869, S. 257.

9 Vgl. I. Jonas Dögüs: *Meine liebste Bibelstelle, in: Mecklenburgische Kirchenzeitung*, 13. April 2003, S. 3.

10 Ignaz Wrobel (d. i. Kurt Tucholsky): *Braut- und Sport-Unterricht*, in: *Die Weltbühne*, 8. April 1930, Nr. 15, S. 540.

zur Sprache. Die Liturgie ist ein Ort, an dem Identität bewahrt, geprüft und erneuert wird. Die Rede von Schatzkammer und Gedächtnis könnte dazu verführen, an das Stadtarchiv zu denken. Das sind wir nicht und könnten uns damit auch nicht messen. Alle Sammlung von Äußerem und Innerem wird eingesetzt zur symbolischen Reproduktion von Gottes Wirken für Menschen in der Geschichte, gemessen am Maßstab der biblischen Ur-Kunde. Dieses Geschehen ereignet sich in der Liturgie. Das ist deutlich, das Gegenteil der Haltung, die Kurt Tucholsky schon 1930 kritisierte:

»Was an der Haltung beider Landeskirchen auffällt, ist ihre herabhängende Zunge. Atemlos jappend laufen sie hinter der Zeit her, auf daß ihnen niemand entwische. ›Wir auch, wir auch!‹, nicht mehr, wie vor Jahrhunderten: ›Wir.‹ Sozialismus? Wir auch. Jugendbewegung? Wir auch. Sport? Wir auch. Diese Kirchen schaffen nichts, sie wandeln das von andern Geschaffene, das bei andern Entwickelte in Elemente um, die ihnen nutzbar sein können.«¹⁰

Dass diese Verwurzelung der protestantischen Identität in der biblischen Überlieferung nicht nur Bewahrung von Tradition bedeutet, sondern deren Bewährung für die Zukunft, haben wir 1989 und danach erlebt in den Gottesdiensten zur Veränderung der Gesellschaft (und später in den 90ern in liturgischen Protesten für Menschenwürde). Der Religionssoziologe Richard Scherer ist diesen Liturgien für Bekenner und Distanzierte im Herbst 1989 auf den Grund gegangen und schlussfolgert:

»Die Andachten mit ihren liturgischen Formen waren offensichtlich Teil der Kommunikation unter denen, die sich an den Ereignissen im Herbst beteiligten (oder genauer: eines größeren Teils von ihnen). Stimmt diese These, dann stellt sich die Frage, was diese Form der Kommunikation ermöglichte, warum die, die zuvor (und danach) in den liturgischen Formen für sich nichts Brauchbares entdecken konnten, mit denen, die in ihnen ein angemessenes Ausdrucksmittel sahen, um das, was ihnen wichtig war, zu artikulieren, in dieser Form kommunizierten. Eine mögliche Antwort könnte etwa so lauten: Man unterstellte denen, die die Andachten organisierten (und damit auch den Andachten), jedenfalls keine klerikale Absicht. Man hatte nicht das Gefühl, für bloße Organisationsinteressen vereinnahmt zu werden. Niemand wurde zu Bekenntnissen gedrängt; es genügte, da zu sein. Die Predigten, die von biblischen Texten auf die aktuelle Situation führten, konnten verstanden werden als der Versuch, die eigenen Motive denen zu erklären, die ihre Motive nicht mit biblischen Texten verknüpften. Sie wurden gehört nicht als Deklaration irgendeiner Generallinie, sondern als Versuch, Motivlagen und darauf aufbauende Vorstellungsräume sichtbar zu machen. Der Reichtum der Texte, vor allem der alttestamentlichen, an sozialen Problemlagen und ihrer Bearbeitung konnte als Prospekt verwendet werden. In diesem Rahmen war dann das, was im Informationsteil weitergegeben wurde, auch nicht bloß Information, sondern konnte als durch den liturgischen Zusammenhang verbürgt zum Teil der gemeinsamen Situationsanalyse werden. Andererseits unterstellten die, deren Motive nicht christlich geprägt waren, dass ihre Gründe in den Andachten akzeptiert seien; sie wären sonst nicht hingegangen. Den Andachten voraus ging also die Akzeptanz unterschiedlicher Mo-

tive. Und die Andachten, die liturgischen Formen waren brauchbar, weil sie die unterschiedlichen Motive kommunizierbar machten.«¹¹

Wer Geschichte so erlebt hat und seine Kirche mittendrin, traut dem Evangelium einfach weiterhin etwas zu in den Auseinandersetzungen der Zeit.

Ingredienzien einer lebendigen Identität

Eigensinn, Konzentration und Gedächtnis sind die Ingredienzien einer lebendigen Identität, deren Personen und Städte bedürfen. Die dominant produzierte Kultur des 21. Jahrhunderts ist bestimmt von den 3 E: Emotion, Event und Erlebnis. Alle drei sind Funktionen eines viel größeren Geschehens, das Physis und Psyche gestaltet. Sie sind Funktionen des Verkaufs, seiner Expansion, seiner Exzesse und Insolvenzen. Die Eventisierung der Stadtkultur kann nicht vertuschen, dass jedes Event lediglich Vor- und Anhängsel dieses Marktkampfes ist.¹² Die Kultur der gewachsenen Identität setzt dem entgegen Eigensinn, Konzentration, Gedächtnis.¹³

In der Spannung zwischen Eigensinn und Veränderung in der geschichtlichen Beheimatung entwickelt sich unsere Identität. Die Kirche versucht, eine Brücke zu sein zwischen dieser Sturheit und der Zukunft, zwischen einem Leben aus der Fülle der Gegenwart und der Künftigkeit des Kommenden, zwischen Zeit und Ewigkeit. Ihrer Situation entspricht eine bescheidene Holzbrücke, nicht die metallene »Raum-Klammer«, die neuerdings in der Grubenstraße stählern von Stadtkultur in Tradition und Wandel zeugt.

11 Susanne Höser, Richard Scherer: Wir hatten Hoffnung auf eine Demokratie. Rostocker Protestanten im Herbst 1989, Mössingentalheim 2000, S. 304 f.

12 Vgl. vom Verf.: Art. Gottesdienst und Kultur, in: Handbuch der Liturgie. 3. Aufl., Göttingen 2002, S. 591. 600 f. Ders.: Die Mühlen des Events, in: Neue Dialog-Hefte 2. Heft 4/2002, S. 60-61 und Die Wandlung der Ikone zur Kultmarke, in: Berliner Dialog-Hefte 10. Heft 3/1999, S. 48-55.

13 Vgl. Mario Gmür: Der öffentliche Mensch, München 2002, S. 27 f.

Es sollte kein Armer unter Euch sein.

Anfragen zur Agenda 2010 der Bundesregierung – und eine Antwort

Im Juli 2003 veröffentlichte der Sozialausschuß des Kirchenkreises Herne im Auftrag seiner Synode das im folgenden abgedruckte Papier. Mitglieder des Ausschusses sandten es an Abgeordnete des Deutschen Bundestages weiter.¹

1 Der Titel lautet in Gänze: »Es sollte kein Armer unter Euch sein (5. Moses 15,4) oder: technischen Fortschritt in sozialen Fortschritt übersetzen. Anfragen an die Agenda 2010 der Bundesregierung. Im Auftrag der Synode des Kirchenkreises Herne beschlossen und herausgegeben vom Sozialausschuß des Kirchenkreises Herne, Juli 2003.«
Weitere Informationen: www.kda-ruhr.de

Wir sind Teil der evangelischen Kirche im Herzen des Ruhrgebiets. Also in einer Region, in der die Menschen und die unterschiedlichen Institutionen und Organisationen seit mehreren Jahrzehnten daran arbeiten, den Umbruch von der alten Schwerindustrie zur Dienstleistungsgesellschaft zu bewältigen. Die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt in Herne zur Zeit 15,2% und in Castrop-Rauxel 11,6% (Stand: Mai 2003). Rund 40% der arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind so genannte Langzeitarbeitslose: also länger als ein Jahr, nicht selten seit vielen Jahren arbeitslos. Seit Jahren leisten die hier lebenden Menschen Verzicht in Form von Arbeitsplatzverlusten und Leistungskürzungen, um den Strukturwandel zu bewältigen. Gezeigt hat sich, daß Leistungskürzungen für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen in unserer Region zu spürbaren Kaufkraftverlusten führen. Statt daß es zu einer Verbesserung der allgemeinen Lage in Form neuer auskömmlicher Arbeitsplätze kommt, verschärft sich die öffentliche Armut, die dann zu neuen Leistungskürzungen treibt – mit der Folge einer weiteren Zunahme privater Armut.

Vor diesem sozialen Hintergrund bestreitet wohl kaum jemand, daß Reformen nötig bzw. überfällig sind. Doch gerade vor diesem Hintergrund sind die Reformen, die gegenwärtig auf den Weg gebracht werden, nur schwer nachvollziehbar.

Die Reformen sprechen von Fördern und Fordern. Unterstellt wird damit vor allem, daß Arbeitslose in der Vergangenheit zu wenig gefordert seien. Wer die Realität im Ruhrgebiet kennt, weiß aber, daß allein in den neunziger Jahren Hunderttausende von Industriearbeitsplätzen und Arbeitsplätzen in den klassischen Dienstleistungsbereichen abgebaut worden sind (Vergleichbares gilt für weite Teile Ostdeutschlands). Im Ergebnis fehlen heute rund 6 bis 7 Millionen Arbeitsplätze in der gesamten Republik. Daraus resultiert eine erste Frage:

Was bewegt Politiker angesichts dieser Realität zu der Annahme, Arbeitslosigkeit könne dadurch abgebaut werden, daß Arbeitslose mehr gefordert, stärker unter Druck gesetzt werden? Der größte Teil von ihnen leidet doch schon jetzt unter der Situation der Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit.

Eine weitere Frage schließt sich direkt an. Die gegenwärtigen Reformvorschläge unterstellen als eine zweite wesentliche Ursache von Arbeitslosigkeit Organisationsprobleme der Arbeitsverwaltung. Auch wir sehen, daß es Reformbedarf in der Arbeitsverwaltung gibt.

Dennoch stellt sich die Frage, wie durch eine Reorganisation der Arbeitsverwaltung das strukturelle Arbeitsplatzdefizit in unserer Gesellschaft überwunden werden soll.

Zum Beginn des Jahres 2003 ist das Gesetzespaket »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« in Kraft getreten. Die bisherigen Erfahrungen damit stimmen die Betroffenen wenig optimistisch. Die Beraterinnen und Berater aus Arbeitslosenzentren berichten von großer Verunsicherung unter den Arbeitslosen, aber auch unter den Beschäftigten der Arbeitsämter. Die Rede ist von Informationsdefiziten, gelegentlich auch von Informationschaos in den Arbeitsämtern. Mitarbeiter aus den Arbeitsämtern beklagen, daß der Umbau »Arbeitsamt 2000« durch die neuen Gesetze abrupt abgebrochen wurde. Die meisten Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen, die seit vielen Jahren eine wichtige und gute Arbeit leisten, werden in unserer Region nur noch bis Ende 2003 gefördert. Dann müssen sie geschlossen werden, weil die Förderprogramme eingestellt werden.

Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen und Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, die in vielen Jahren ein großes know-how aufgebaut haben, die überprüfbar erfolgreich arbeiten, die bei der Bewältigung des Strukturwandels eine wichtige soziale Rolle spielen und wichtige psychologische Funktionen wahrnehmen, sind durch die genannten Gesetze ebenso in ihrer Existenz bedroht wie die Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen. Für alle Betroffenen sind diese Entwicklungen nicht mehr nachvollziehbar. Was hat die skizzierte Zerschlagung sozialer Infrastrukturen mit Reformen zu tun, fragen viele Betroffene, wie sollen so Arbeitsplätze geschaffen werden – werden doch hier erst einmal vorhandene Arbeitsplätze im Rahmen dieser sozialen Infrastruktur abgeschafft.

Gerade in dieser skizzierten sozialen Infrastruktur liegen Entwicklungspotentiale für ein sogenanntes Drittes System (Dritter Sektor), das gesellschaftlich nötige Arbeit – wie zum Beispiel personale Dienstleistungen, die eben nicht immer marktgängig sind – organisieren kann. Nicht die Abschaffung, sondern die sinnvolle Weiterentwicklung von Förderinstrumenten hin zu einer Grundstruktur eines Dritten Systems wäre politisch angesagt.

Was hindert Politiker, was hindert unsere Gesellschaft daran, diesen Impuls aufzunehmen, der ja doch mittlerweile von gar nicht so wenigen Fachleuten immer wieder in die Diskussion eingebracht wird? Es gibt genügend Beispiele, die hoffnungsvoll sind, die nun aber in ihrer Existenz bedroht sind.

Abschließend wollen wir noch ein paar grundsätzlichere Fragen stellen. Im fünften Buch Moses im 15. Kapitel im Vers 4 heißt es: »Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein; denn Gott wird dich segnen in dem Lande, das er dir zum Erbe geben wird.« Dies ist einer der elementarsten sozialetischen Maßstäbe, an denen eine Gesellschaft sich messen lassen muß – nicht nur aus christlicher Sicht.

Von dieser Ausgangsposition herkommend, können wir die Diskussion um Niedriglohn-Jobs, die vorwiegend für Arbeitslose vorgesehen sind, nicht nachvollziehen.

Wovon sollen Menschen im sogenannten Niedriglohnsektor leben?

Mit welchem Recht soll wer in unserer Gesellschaft entscheiden, wer sein Dasein im Niedriglohnsektor fristen muß und wer nicht?

Auf welcher ethischen Grundlage beruht die Forderung nach einem Niedriglohnsektor für einen Teil der Männer und Frauen in unserer Gesellschaft?

Nach den USA und Japan stellt die BRD die stärkste und leistungsfähigste Volkswirtschaft weltweit dar. Wieso soll es in diesem Land nicht möglich sein, jeder Bürgerin und jedem Bürger im arbeitsfähigen Alter eine sinnvolle und menschenwürdige Arbeit und ein auskömmliches Einkommen anzubieten und zur Verfügung zu stellen?

Die gegenwärtig am häufigsten diskutierte Frage heißt: Wie können die Kosten der Arbeit gesenkt werden?

Muß die Frage aber nicht heißen: Wie können wir alle Männer und Frauen in unserer Gesellschaft so an Arbeit und Einkommen beteiligen, daß sie ein auskömmliches Einkommen bekommen und ein gutes und sinnerfülltes Leben leben können?

Oder etwas anders formuliert: Wie läßt sich der enorme technische Fortschritt, der in den vergangenen Jahrzehnten zum Abbau hunderttausender Arbeitsplätze und zu einer immensen Steigerung der Produktivität geführt hat, endlich in sozialen Fortschritt übersetzen?

Und zwar derart,

daß junge Menschen eine gute und zukunftsfähige Ausbildung in Schule und Beruf erhalten;

daß die arbeitslosen Mitbürgerinnen und Mitbürger wieder in unsere Gesellschaft integriert werden;

daß kranken Menschen die nötige Hilfe zuteil wird – auch wenn sie alt sind;

und daß alten Menschen ein Lebensabend in Würde ermöglicht wird – auch wenn sie krank sind.

Anfang September ging beim Sozialausschuß des Kirchenkreises Herne folgende Antwort von einem SPD-Abgeordneten des Deutschen Bundestages ein, der laut Website des Bundestages auch langjähriger Gewerkschaftssekretär ist.²

Sehr geehrte Frau S.,

ungeachtet der Tatsache, daß es sich nicht um einen Text Ihres Kirchenkreises handelt, rege ich an, jetzt nur noch den Wunsch nach Freibier für alle anzufügen. Damit wäre dann die Forderungsliste komplett.

Zum Thema kann ich Ihnen mitteilen, daß ich gerade von Besuchen in Kinderwaisenhäusern in Weißrußland und aus verschiedenen Flüchtlingslagern in Aserbaidshan zurückgekehrt bin. Ich bin gerne bereit, Ihnen ausführlicher über meine Erfahrungen zu berichten. Die Menschen dort sehnen sich geradezu – wie übrigens auch ein Großteil der Menschen in vergleichbaren Industrienationen – nach unserem »Sozialabbau«.

2 Der Name des SPD-Abgeordneten ist der Redaktion bekannt. Eine schriftliche Anfrage vom 13. November 2003 an den Abgeordneten mit der Bitte um die Erlaubnis, seinen Namen drucken zu dürfen, blieb unbeantwortet.

Sollte ich bei Ihnen jetzt wenigstens etwas Nachdenklichkeit bewirkt haben, würde ich mich sehr freuen. Ich vertrete aber dessen ungeachtet gerne die Interessen der Menschen, die in der Lage sind, über ihren Tellerrand hinauszublicken und auch gegenüber anderen und nachfolgenden Generationen einen Hauch von Verantwortung zu übernehmen bereit sind. Gerade deshalb unterstütze ich die Agenda 2010 auch weiterhin mit Nachdruck.

Mit freundlichen Grüßen.

Auf dieses Schreiben antwortete Jürgen Klute, Sozialpfarrer des Kirchenkreises Herne, wie folgt:³

Als Sozialpfarrer des Kirchenkreises Herne habe ich die Stellungnahme in Abstimmung mit dem Sozialausschuß, der Kreissynode und dem Kreissynodalvorstand erarbeitet und formuliert. Die Synode hat den Auftrag zu diesem Papier gegeben. Sozialausschuß und Kreissynodalausschuß haben es verabschiedet per Beschluß.

Daß ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, der zudem auch noch Gewerkschaftssekretär ist, sich auf ein solches Niveau herunterläßt, wie Ihr Brief an Frau S. es repräsentiert, erschreckt und irritiert mich.

Im übrigen habe ich die Agenda 2010 bisher als ein innergesellschaftliches Umverteilungspapier gelesen. Daß es um eine Wohlstandsabsenkung innerhalb der Bundesrepublik mit einem entwicklungspolitischen Ziel gehen soll – also einer Wohlstandsmehrung in Ländern wie Aserbaidshan – ist mir in der bisherigen Diskussion um die Agenda 2010 schlicht entgangen.

Darüber hinaus habe ich die Politik der SPD und vor allem der Gewerkschaften bisher so verstanden, daß es um die Überwindung von Not und Elend durch eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands geht. Daß die Not von Menschen in anderen Teilen der Welt dazu herhalten muß, um den kleinen Leuten bei uns den bescheidenen Wohlstand, in dem sie zugegebenermaßen leben, streitig zu machen, um den privaten Reichtum in unserer Gesellschaft weiter zu mehren, ist mir als Element gewerkschaftlicher Politik (und eigentlich auch sozialdemokratischer Politik – zumindest historisch betrachtet) neu.

Ich bin gespannt auf die nächsten Wahlen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Klute

3 Jürgen Klute, evangelischer Sozialethiker, Industrie- und Sozialpfarrer, Leiter des Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne. Jürgen Klute ist Autor von »UTOPIE kreativ«, zuletzt mit dem Aufsatz »Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie«, Heft 155 (September 2003), und hat der Redaktion die Erlaubnis erteilt, seinen Namen in diesem Briefwechsel anzugeben.

ALLESSANDRA PELLONI

Wirtschaftsdemokratie, Globalisierung und die Linke

Das Europäische Netzwerk für Alternatives Denken und Politischen Dialog (Transform) und das schwedische Zentrum für Marxistische Sozialstudien (CSM) haben am 14. und 15. Juni 2003 in einer gemeinsamen Tagung in Stockholm einen ersten Versuch unternommen, einen linken Europäischen Forschungsverbund zur Wirtschaftsdemokratie zu schaffen. Damit wird eine Thematik aufgegriffen, die eigentlich für die Linke von zentralem Interesse sein sollte, die jedoch in den letzten Jahren erstaunlich wenig Beachtung gefunden hat. Von besonderer Bedeutung ist die Beschäftigung mit Wirtschaftsdemokratie nicht zuletzt auch deshalb, weil die Arbeiterbewegung in den zurückliegenden 20 Jahren nahezu überall herbe Rückschläge sowohl in bezug auf ihr politisches Gewicht als auch hinsichtlich der Einkommensentwicklung in Kauf nehmen mußte. Zum Workshop »Wirtschaftsdemokratie und die europäische Linke im Zeitalter der Globalisierung« trafen sich Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschaftsaktivisten aus Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien und natürlich aus Schweden.

In der ersten Sitzung präsentierte *Ulla Plener* einen ideengeschichtlichen Exkurs, in dem sie sich insbesondere mit der sozialdemokratischen Tradition – die besonders auf den Staat als unverzichtbares Hilfsmittel sozialer Emanzipation baute – auseinandersetzte. Die Vorstellung, daß mit Hilfe des Staates das Maß demokratischer Kontrolle der Wirtschaft erhöht werden könnte, fände in Deutschland heute vor allem innerhalb der Gewerkschaften, der SPD und der PDS Anhänger. Von ihnen würden – nach Plener – unterschiedliche Konzepte vertreten, die von Staatsbeteiligungen an Unternehmen über die verbindliche Festlegung von sozialen Verhaltensrichtlinien für Firmen und die Unterstützung von Genossenschaften bis zur aktiven Förderung des gemeinnützigen privaten Sektors und kommunaler Betriebe reichen. Darüber hinaus ginge es um die Verstärkung der Arbeitnehmermitbestimmung sowie um die Sicherung der allgemeinen Zugänglichkeit zu öffentlichen Gütern wie Bildung, Gesundheitsvorsorge und Wohnraum. All diesen Konzepten läge die Vorstellung zugrunde, daß zivilisatorischer Fortschritt vor allem einen Abbau an sozialer Konfrontation und Polarisierung, ein Mehr an Gemeinwohlorientierung an Stelle des Vorherrschens privatkapitalistischer Einzelinteressen bedeute. Da das Kapital – wie die Geschichte zeigt – nur dann zu Zugeständnissen gezwungen werden könne, wenn es gelingt, entsprechenden sozialen, politischen und moralischen Druck aufzubauen, hänge die Zukunft der konkreten

Utopie einer demokratisierten Wirtschaft vor allem von den sozialen Bewegungen ab, die bereit seien, dafür zu kämpfen.

Stefan Sjöberg rekapitulierte in einem kurzen Abriss die Geschichte der »Lohnarbeiterfonds« (Fonds, die aus den Gewinnen der Unternehmen finanziert und von den Gewerkschaften kontrolliert wurden), die zwischen 1975 und 1992 ein zentrales Element schwedischer Sozialpolitik waren. Das Scheitern dieser Fonds läge zumindest teilweise in einer Spaltung der Lohnarbeiterschaft begründet. Diese gehe zurück auf alte Kontroversen zwischen denen, die vor allem die Eigentumsverhältnisse verändern wollten, und jenen, die eine sozialstaatliche Zählung des Kapitalismus anstrebten. Trotz des Scheiterns der »Lohnarbeiterfonds« sieht Sjöberg in der Bildung von kollektiven Fonds noch immer die beste Strategie zur Durchsetzung eines demokratischen Sozialismus, wobei er auf gewerkschaftliche Rentenfonds und Beteiligungsfonds besonders einging. Im Falle von Rentenfonds seien die Lohnarbeitenden als Gruppe zwar Eigentümer, hätten aber keinerlei reale Kontrolle.

Das Problem bestehe hier folglich darin, daß Wege gefunden werden müßten, die es den Eigentümern ermöglichen, ihre formalen Kontrollrechte auch tatsächlich auszuüben, statt die von ihnen aufgebrauchten Mittel schlicht ihrem Schicksal in der Privatwirtschaft zu überlassen. Eine Möglichkeit bestünde darin, daß diese Fonds von den Gewerkschaften geschaffen und verwaltet würden und daß sie Vertreter in die Aufsichtsräte jener Firmen entsendeten, in denen die Fonds investiert werden.

Dadurch wäre es aus Sicht Sjöbergs möglich, die Unternehmensstrategien so zu beeinflussen, daß sie nicht in Widerspruch zu den Interessen der Lohnarbeitenden gerieten; langfristig könnte dieses Modell sogar zur Übernahme ganzer Firmen durch sie führen. Bei den Beteiligungsfonds handele es sich um eine Anlageform, die aus den jährlichen Unternehmensgewinnen gespeist werde, indem entsprechende neue Anteilscheine ausgegeben würden. An den Modellen gewerkschaftseigener »Lohnarbeiterfonds« und Rentenfonds sei vor allem kritisiert worden, daß die Gewerkschaften damit in einen Interessenkonflikt gebracht würden, da sie einerseits als Vertreter der Arbeitnehmer und andererseits selbst als Arbeitgeber auftreten müßten. Beteiligungsfonds böten zudem die Möglichkeit, in die Aufsichtsräte von Firmen Personen zu entsenden, die durch Parlamente auf nationaler oder regionaler Ebene gewählt wurden und die gewissermaßen die gesamtgesellschaftlichen Interessen repräsentieren. Auch könne man sich vorstellen, daß im Zuge der Globalisierung regionale und nationale Beteiligungsfonds zu einem internationalen System verflochten werden, wodurch sie möglicherweise ein wichtiges Gegengewicht zum globalen operierenden Privatkapital bilden würden.

Zu Beginn der zweiten Sitzung vertrat *Herman Schmid* in seinem Beitrag die Ansicht, daß eine Diskussion des Demokratiedefizits in der Wirtschaft nur sinnvoll sei, wenn konkrete Elemente des Produktionsprozesses und der Arbeitsorganisation berücksichtigt würden. Dabei käme es wiederum darauf an zu unterscheiden zwischen dem Unternehmen als Organisation »für sich« und den (gesellschaftlichen) Interessen von Kapital und Arbeit. Genauso zerfalle der

In der Diskussion hat Mats Einerson in bezug auf diese Thematik allerdings zu bedenken gegeben, daß es als linke Strategie zwar generell sinnvoll sei, demokratisch-gesellschaftliches Eigentum gegenüber dem Privateigentum zu stärken, jedoch sei dieses Konzept mit vielfältigen Problemen belastet: So machten staatseigene Betriebe nur dann Sinn, wenn diese in bezug auf Sozialstandards und Umweltschutz eine Vorreiterrolle spielen würden; dies werde aber häufig dadurch verhindert, daß sie in Konkurrenz zu Privatbetrieben ständen, die solcherlei Standards nicht zu entsprechen bräuchten.

Kapitalist in zwei Charaktermasken – den Eigentümer und den Unternehmer – sowie der Arbeiter in zwei Identitäten: Einerseits arbeite er für den Selbsterhalt und andererseits produziere er für die Gesellschaft. Aus diesen Unterscheidungen ließen sich, so Schmid, drei Modelle der Demokratisierung innerhalb von Firmen ableiten – das Modell von Kapital-Eigentum, das arbeitsbezogene Modell und das Modell der Firma als autonome Einheit. Von einem demokratischen Unternehmen könne dann gesprochen werden, wenn erstens seine interne Organisation von Beteiligung und balancierten Einflußmöglichkeiten geprägt ist und wenn, zweitens, das Unternehmen für die Verbraucher und die Gesellschaft insgesamt von Nutzen ist. Das erste Kriterium könne dadurch erfüllt werden, daß das konfliktreiche Verhältnis von Management und Personal auf mehr oder weniger demokratische Weise gestaltet sei, das heißt durch gegenseitige Kontrollrechte und Gewaltenteilung. Das zweite Kriterium würde, nach Schmid, durch die unsichtbare Hand des Marktes entschieden.

Unternehmenseigentum in den Händen der Lohnarbeitenden könne jedoch zumindest partiell das erstgenannte Defizit ausgleichen. Die autonome Firma beruhe auf einem Organisationsmodell, das den Beschäftigten ein Maximum an Beteiligungsrechten zugesteht, wobei die Abstufung der Einflußmöglichkeiten von der jeweiligen Funktion innerhalb der Firma bestimmt werde. Dadurch würde ein Höchstmaß an produktiver Funktionalität gesichert. Um nun jedoch das zweite Demokratiekriterium zu erfüllen, müsse das Unternehmen von seiner Selbstbezogenheit gelöst und in ein gesellschaftliches Umfeld gestellt werden.

Spezifische Probleme der Kapitalbildung in Firmen unter Lohnarbeiterselbstverwaltung standen im Mittelpunkt des Beitrags von *Ermanno Tortia*. Hier liege der kritische Punkt vor allem darin, daß die Arbeiter darüber entscheiden könnten, ob sie den Gewinn in das Unternehmen reinvestieren oder unter sich (als Lohnerhöhung) verteilen. Im letztgenannten Fall wäre noch zu unterscheiden zwischen konsumtivem Verbrauch oder der Verwendung als individuelle Kapitalanlage in der Firma. Bei Vorherrschen einer Tendenz zur Privatisierung der Gewinne könne dies, so Tortia, schnell zu Eigenkapitalmangel auf Seiten der Firma führen. Dazu komme, daß die Arbeiter in der Regel nur eine begrenzte Zeit in der Firma tätig seien. Dadurch würden zusätzliche Anreize geschaffen, die Investitionen möglichst so gering zu halten, daß der daraus erwachsende Nutzen möglichst noch in der Beschäftigungszeit des Arbeiters realisiert wird. Die Einhaltung von strikten Regeln, denen die Eigenkapitalbildung in Firmen unter Arbeiterverwaltung unterworfen werden müsse, schein die am meisten erfolgversprechende (wenn nicht die einzige) Lösung für das Problem drohenden Eigenkapitalmangels zu sein.

Anschließend sprach *Luigi Cerri*. Als Einstieg offerierte er eine Beschreibung von Entstehung und Entwicklung von Firmen vor dem Hintergrund aktueller politischer und rechtlicher Theorien. Seine zentrale These war, daß Unternehmen hybride Institutionen seien, die den Bedingungen von Märkten unterlägen und gleichzeitig infolge ihrer Akkumulationskraft selbst in der Lage seien, den öffentlichen Raum zu gestalten. Die positivistische Trennung von Geschäft und Politik führt zur Neutralisierung letzterer. Eine politische Diskussion über Unternehmen würde deshalb zur Voraussetzung haben, daß diese Organisationen demokratischer Rechenschaftspflicht unterworfen würden.

Im Rahmen der dritten Sitzung stellte *Giulia Felice* einen Beitrag vor, in dem anhand empirischer Daten aus fünf Industrieländern und 22 Wirtschaftssektoren zwischen 1965 und 1995 nachgewiesen wurde, daß ein negativer Zusammenhang zwischen Produktivitätsentwicklung und Beschäftigungswachstum besteht. Alle politischen Strategien in bezug auf den öffentlichen Sektor hinsichtlich eines

sozialen Grundeinkommens, der Reduzierung der Arbeitszeit, der Neuverteilung von Eigentumsrechten und bezüglich neuer Finanzierungsformen sowie insbesondere mit Blick auf intendierte Arbeitsmarktreformen hätten in Rechnung zu stellen, daß sich ein zunehmender Teil der lohnarbeitenden Bevölkerung in stagnierenden Wirtschaftsbereichen mit wachsendem Konkurrenzdruck befände. Giulia Felice warf dann die Frage auf, ob eine linke Politik diesen Trend bei Aufrechterhaltung der Marktmechanismen umkehren könne. Ein solcher denkbarer Politikansatz könne zum Beispiel in einer Doppelstrategie bestehen, einerseits die Einkommensverteilung so zu ändern, daß die Nachfrage nach Industriegütern steigt, und andererseits die Entwicklung neuer Produkte und Wirtschaftszweige zu fördern. Oder solle die Linke ein grundsätzlich anderes Herangehen praktizieren und die gegenwärtige Situation ausnutzen, um einen radikalen Wandel in jenen Institutionen herbeizuführen, die die Produktion und Verteilung von Ressourcen regeln?

Ernesto Screpanti plädierte für eine kritische Bestandsaufnahme der Marxschen Kommunismus-Theorie im Bereich der Konsumtion, die davon ausgehe, daß das »Prinzip der Freiheit« letztendlich das »Prinzip der Notwendigkeit« (das »Prinzip des freien Zugriffs« das »Prinzip der erworbenen Anrechte«) ablöse. Das »Prinzip der Freiheit« unterstelle, daß jeder nach seinen Bedürfnissen auf das Sozialprodukt zugreifen könne. Es gebe keine scharfe, auf ein historisches Datum fixierte Trennlinie zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Tatsächlich wurden zu allen Zeiten und in allen Produktionsweisen bestimmte öffentliche Güter (Verteidigung, Polizei, Justiz) – und sei es nur als öffentliche Güter für bestimmte Klassen – bereitgestellt. In Krisenzeiten erscheint die Erzeugung öffentlicher Güter teuer und ist folglich Gegenstand von Verteilungskonflikten. Das Wachstum der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern hätte zur Herausbildung eines sozialen Sektors geführt, der faktisch eine kommunistische Form der Ressourcenverteilung darstellt. Wenn es nur um die Konsumtion ginge, erschiene Kommunismus möglich, ohne den Kapitalismus zu überwinden. Kommunismus könne jedoch auch als ein gesellschaftlicher Zustand verstanden werden, in dem die Arbeitenden für sich selbst arbeiten. Da ginge es dann vor allem um die (Um-)Verteilung von Macht statt von Gütern. Machtverhältnisse erscheinen allerdings einer graduellen Veränderung a priori unzugänglich. Während es auf der Mikroebene keinen gradualistischen Übergang von einer kapitalistischen Firma zu einem Unternehmen unter Kontrolle der Lohnarbeitenden geben könne, sei es auf der Makroebene durchaus vorstellbar, daß ein Sektor von Firmen unter Kontrolle der Lohnarbeiterschaft mit kapitalistischen Konzernen konkurriere. Je größer jedoch die Menge der sozialen Güter sei, je einflußreicher soziale Bewegungen würden, je größer die Entscheidungsspielräume außerhalb der Firmen seien, je mehr Freizeit verfügbar sei, um so größer würden die Potentiale für Lohnarbeitende, sich als selbstbestimmte politische Akteure zu formieren und ein entsprechendes Bewußtsein zu entwickeln. Um so größer würde schließlich auch ihr Vermögen sein, sich erfolgreich mit Machtfragen im Produktionsprozeß auseinanderzusetzen.

Peter Molgaard erläuterte ein dänisches Modell für ein Grundeinkommen, das nach Bruno Jerups Berechnungen sich auf 7800 DKR oder ca. 1250 US-Dollar für jeden Dänen belaufen könnte – unterstellt sei eine Steuerquote von 70 Prozent auf alle anderen Einkommensformen und die Abschaffung aller anderen Sozialleistungen. Dies würde vor allem die unteren Einkommensschichten erheblich besser stellen und es ihnen ermöglichen, nach einer besser-bezahlten Arbeit zu suchen oder ihre berufliche Qualifikation zu erhöhen. Ein Grundeinkommen würde es vielen Menschen ermöglichen, sich politischen, kulturellen und künstlerischen Aktivitäten zuzuwenden, freiwillige Sozialarbeit zu leisten und so die Zivilgesellschaft zu bereichern. Insgesamt könnten dadurch Freiräume entstehen, die es ermöglichen, mit neuartigen kreativen Lebensmodellen zu experimentieren, die materielle Konsumtion einzuschränken und soziales Engagement zu erhöhen. Idealerweise sollte ein Grundeinkommen weltweit eingeführt werden.

In der vierten Sitzung analysierten *Johan Ehrenberg* und *Sten Ljunggren* en detail, warum eine zentralistische Planwirtschaft keine wünschenswerte Alternative zum Kapitalismus sei – eine Position, die auch von anderen Rednern vertreten wurde. Das Scheitern des Zentralplanmodells sowjetischen Typs dürfe weder allein auf den inhärenten Mangel an Demokratie zurückgeführt werden, noch wäre es durch die Einführung verbesserter mathematischer Planungsmethoden abzuwenden gewesen. Selbst dann gäbe es zum Beispiel keine Lösung für die Einbeziehung spontaner Veränderungen in den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen, zudem blieben die zwangsläufig extrem hierarchischen Planungsstrukturen bestehen. Eine sozialistische Alternative müsse sich also mit dem Markt als nicht ersetzbares wirtschaftliches Steuerungssystem abfinden. Jedoch müsse das Privateigentum an Produktionsmitteln ersetzt werden durch eigentumslose (non-owned), selbstverwaltete Unternehmen. Zudem bedürfe der Markt unbedingt politischer Einflußnahme, um eine möglichst gerechte Verteilung von Chancen, Einkommen und Vermögen zu sichern.

Im letzten Beitrag des Workshops befaßte sich *Gaetan Flocco* mit den negativen Auswirkungen der Globalisierung (das heißt der internationalen Finanzmärkte) auf die Arbeitsbedingungen in französischen Unternehmen. Er zeigte, daß neo-marxistische Ansätze heute in Frankreich zur Erklärung von Produktionsverhältnissen mehr leisten als die herkömmliche Arbeitssoziologie, und schlußfolgerte, daß Forderungen nach mehr Wirtschaftsdemokratie eine Veränderung des Eigentumsrechts zur Voraussetzung hätten.

Wie dieser Überblick zeigt, wurden auf dem Workshop unterschiedlichste Aspekte des Demokratieproblems in der Wirtschaft zur Diskussion gestellt. Die Forschungsgruppe Wirtschaftsdemokratie wird ihre Debatten fortsetzen. Sie sollen – wie es Herman Schmid formulierte – ein Stück vorwärts bringen auf dem Weg zu »jener sozialen Gesellschaftsform, die unsere Vorväter ›Kommunismus‹ nannten ...«.

Aus dem Englischen von Arndt Hopfmann

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Gute zwei Wochen vor Weihnachten fiel die Berliner PDS wieder einmal auf, diesmal durch ein veritables Happening. Es fand am 6. und 7. Dezember im Hotel *Maritim* statt und nannte sich »Landesparteitag«. Das Vorkommnis hatte – so wir den Presseberichten folgen wollen – drei Höhepunkte: einmal das Referat des Vorsitzenden Liebich, der war schon im Vorfeld des Parteitages mit der so ungeheuer vertrauensbildenden Bemerkung aufgefallen, sie – die Mitregierungssozialisten – regierten nicht, damit es uns gutgehe. Seine Rede im *Maritim* war entsprechend.

Den zweiten Höhepunkt steuerte der Bundesvorsitzende Lothar Bisky bei. Er – sonst als Mann des Ausgleichs gelitten und gelobt – wuchs über sich hinaus und ließ sich gar zu solchen Formulierungen hinreißen wie »Ich werde es nicht zulassen, daß ...«. Unter anderem beabsichtigt er, nicht zuzulassen, daß »die Berliner PDS und ihre Politik in der Partei zum Hauptfeind erklärt werden«. Ich weiß nicht, wie er das anstellen will, vielleicht mit einer kleinen Rücktrittsdrohung? Doch ob der Vorsitzende das zu akzeptieren bereit ist oder nicht: Der Hauptfeind steht ja nun wirklich manchmal im eigenen Land (resp. der eigenen Partei ...).

Konnte man davon ausgehen, daß die eben erwähnten »Höhepunkte« von der Parteitagsregie angeleiert wurden, war Höhepunkt Nr. 3 von den Genossen nicht eingeplant (aber womöglich insgeheim befürchtet): Protestierende Studenten machten laut und turbulent ihre Aufwartung. Allerdings sahen sie auch in dieser Partei keinen Verbündeten, sondern sie protestierten gegen sie.

Wahrlich, das war so eine rechte Sternstunde für die sozialistische Partei. Eigentlich könnten sich die Redenschreiber der PDS und die

Verfasser ihrer politischen Erklärungen und Ausreden schon jetzt hinsetzen und die Kommentare zum nächsten Wahlergebnis schreiben. Darin wird dann wieder sehr viel von einem »Vermittlungsproblem« die Rede sein: Volk wird die PDS wieder nur nicht verstanden haben, eine Herde von Dummerjanen eben.

Daran, daß es auch für ehemalige Amtsträger der PDS noch ein Leben außerhalb der Partei geben kann, erinnerte uns vor Weihnachten der Ehemalige Gregor Gysi. Nachdem die auffällig zahlreichen und vielfältigen Bemühungen seiner Freunde und Verbündeten, ihn wieder ins öffentliche Spiel zu bringen, ganz offensichtlich nicht den von den daran Beteiligten gewünschten Erfolg brachten, hatte Gregor Gysi vor den Feiertagen eine neue Mugge aufgerissen: Er las – so war es annonciert – im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt das Märchen »Peter und der Wolf«. Nun sind wir gespannt, was für ein Märchen uns Gregor Gysi zu Ostern aussuchen (lassen) wird.

Der Kanzler war in China, da wollte er schon immer wieder mal hin. Im nachhinein hatte es dann in Deutschland einige Aufregungen gegeben, weil Gerhard Schröder den Chinesen die Hanauer Atom-Anlage versprach. Im Augenblick kann nicht gesagt werden, wie ernst die Grünen-Kritiker dieses Deals ihren Widerstand nehmen. Schröder und Außenminister Fischer versuchten »bei einem Mittagessen, den koalitionsinternen Konflikt zu entschärfen«. Egal also, wie die Sache letztlich ausgehen wird: Des Aufhebens wert ist auf alle Fälle jetzt schon der Kommentar Franz Münteferings in dieser Angelegenheit: Die Chinesen, so des Kanzlers Knappe, hätten »versprochen«, die Anlage nicht für militärische Zwecke zu nutzen; und auch darum habe Siemens ein Anrecht auf das Geschäft. »Versprochen ist versprochen«? Es darf gelacht werden – warum sollte denn chinesischen Politikern eher geglaubt werden als deutschen?

Andererseits: Es waren möglicherweise alles Scheingefechte, denen wir beiwohnen durften. Darauf brachte uns der Chefredakteur der *Zeit*, Josef Joffe: »Die Aufregung über die Lieferung ist gekünstelt, ist doch China seit vierzig Jahren ein Nuklearwaffenstaat, der zur Bombenherstellung keine deutsche Hilfe braucht. Folglich machen Schröders Quälgeister viel Lärm um nichts.«

Für viel problematischer hält Joffe eine andere Kanzlergabe, nämlich seinen Vorstoß, Waffenexporte an China freizugeben: »Wenn irgend etwas ein ›Spannungsgebiet‹ ist, dann der ostpazifische Raum, vorweg die Straße von Taiwan.«

Diese Sicht des *Zeit*-Chefs bedenkend, könnte unsereiner glatt zu der Vermutung vorstoßen, die Empörung von Grünen-Politikern über den von Schröder eingefädelten Verkauf der Hanauer Atomanlage sei eine Art von sehr geschicktem Ablenkungsmanöver. Denn eine Freigabe des Waffenexportes ist schließlich ein ungleich tieferer Einschnitt. Aber nichts genaues weiß man natürlich nicht.

Im *Tagesspiegel* beschäftigte uns Stefan Lebert mit dem Thema Solidarität und schreckte in seinem Essay auch nicht vor grausligen Visionen zurück. So schrieb er u. a.: »Wir müssen auch der Wahrscheinlichkeit ins Auge blicken, dass wir in zehn Jahren ein Leben leben, das sich einer wie Guido Westerwelle ausgedacht hat.« Deutschland, auf den Hund(t) gekommen ...

**Stefan und Witold Leder:
Unbeirrbar rot – Zeugen und
Zeugnisse einer Familie (Hrsg.
Gerd Kaiser), Edition Bodoni
Berlin 2002, 374 S., 26 €**

Dieses Buch ist ein wichtiges Zeitzeugnis, eine Geschichte der Schicksale einer Familie jüdischer Revolutionäre, eine Geschichte der Arbeiterbewegung vom Ende des 19. und im 20. Jahrhundert mit ihren Höhen und Tiefen, Erfolgen und Rückschlägen.

Die Familie Feinstein, später Leder, kam aus Riga und verband sich in Łódź mit der Familie Hirschfeld. Die älteste hier behandelte Generation gehörte zum jüdischen Mittelstand und hatte im Zarenreich Grundschulausbildung bekommen; die nächste Generation wurde angezogen durch die erste sozialistische Partei Rußlands, den Jüdischen Bund, und ging dann zur revolutionären Bewegung über, der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauen (SDKPiL), die von Rosa Luxemburg und ihren Freunden geführt wurde. Die meisten kamen so in die kommunistische Bewegung, in der sie wichtige internationale Funktionen innehatten. Diese Generation hatte eine tiefe kommunistische Überzeugung, die sie nicht wegen bezahlter Stellung aufgab. Aus diesen Revolutionären wurden keine Jäger und Heuchler; diejenigen von ihnen, die die faschistische Verfolgung und Repression der Stalin-Ära überlebten, blieben »unbeirrbar rot«. Waren sie bei den Auseinandersetzungen um Taktik und Strategie der kommunistischen Bewegung kritisch gewesen, so waren sie auch später selbstkritisch und idealisierten nicht bei ihrem Stolz über ein aufrechtes Leben sich selbst. So schildert Witold Leder in seinem Lebensbericht auch die Schwächen: »Manche neigen zu Fanatismus und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden. Die Überzeugung, im Besitz der einzig richtigen Wahrheit zu sein, legt eine solche Versuchung sehr nahe. Dazu kam bei einigen das in der späteren Entwicklung äußerst gefährliche Gefühl, eine Elite zu sein. Ich muß gestehen, daß auch ich nicht frei von dieser Einstellung war.« (S. 230)

Nach 1945 kam dazu der Anspruch auf Privilegien, die Bürokratisierung und Erstarrung.

Diese Revolutionäre waren Internationalisten, arbeiteten in verschiedenen Ländern, beherrschten mehrere Sprachen. In ihrer Sozialisation und in ihrem Denken ähnelten sie Isaac Deutscher, der sich als »nicht-jüdischer Jude« verstand.

Ihre Elternhäuser waren assimiliert und fühlten sich zur deutschen Kultur hingezogen. Wie sie von den Peripetien ihrer Zeit gebeutelt wurden ist tragisch: es bedurfte innerer Überzeugung und großer Energie, um in den Stürmen der Zeit zu überleben. Exemplarisch sei das an zwei Mitgliedern dieser Familie dargestellt.

Edda Hirschfeld ist Ende 1878 in Mitau, Kurland, geboren, das damals zu Rußland gehörte. Nach fünf Schuljahren und einer Kurzausbildung als Kontoristin kommt sie 1898 nach Łódź als Hauslehrerin. 1902 tritt sie dem Bund bei, wird 1903 zum ersten Mal verhaftet. 1904 tritt sie der SDKPiL bei und geht für die Partei nach Deutschland. 1905 zurück in Polen, wird sie erneut verhaftet wegen ihrer Tätigkeit unter russischen Soldaten und deutschen Arbeitern. Nach der Freilassung setzt sie die politische Arbeit fort, nimmt an den Parteitag der SDKPiL und der SDAPR teil. 1907 flüchtet sie zurück nach Warschau, nimmt 1908 am Prager Parteitag der SDKPiL teil. 1909-1910 arbeitet sie in Stuttgart als Sekretärin von Clara Zetkin; daraus entsteht eine lebenslange politische und menschliche Freundschaft. 1911 ausgewiesen, geht sie nach Paris, wird in der sozialistischen Frauenarbeit und in der antimilitaristischen Propaganda tätig.

Seit 1919 arbeitet sie in Moskau in verschiedenen Funktionen: Redaktion von »Prawda« und »Kommunistka«, Militär-revolutionärer Rat der SU 1924/25, EKKI 1925-1928. Da sie es mit den »Rechten« hält, wird sie 1924 im Moskauer Tribunal gegen Brandler, Thalheimer und Radek mitangeklagt. 1928-1931 arbeitet sie in der Kommunistischen Akademie, dann im Archiv. 1937 wird sie verhaftet, erst zu acht, dann nochmals zu drei Jahren Lager verurteilt. In dieser Zeit (1938) stirbt ihr Sohn Kasimir, auch Brandlerianer, im Lager Nordost.

Edda überlebt das Lager; das polnische ZK holt sie 1946 heraus. Nach Łódź zurückgekehrt, wird sie Mitglied der PVAP, arbeitet als Lehrerin bei deutschen Kriegsgefangenen. Sie stirbt 1952 in Warschau als Parteipensionärin. Ihr Mann Jan Tennenbaum war gleichfalls in

der kommunistischen Bewegung tätig und wurde in der Stalinschen Repression liquidiert.

Ebenso aufwühlend ist der Lebenslauf ihres Neffen Witold Leder (Feinstein). Der Vater ist aktiver Funktionär der KI und der RGI und wird im Winter 1937/38 Opfer der »Säuberungen«. Witold, 1913 in Paris geboren, lebte dort bis 1919. Dann folgte eine Wanderung durch mehrere Länder Europas und durch Schule und Gymnasium in Moskau, Deutschland, Italien, Frankreich. Daraus ergab sich eine polyglotte und multikulturelle Erziehung und Bildung. In den dreißiger Jahren lebte die Familie in Moskau. Dort besuchte er die Akademie der Luftstreitkräfte. Nach dem deutschen Überfall 1941 meldete er sich als in der UdSSR ausgebildeter Berufssoldat zum Fronteinsatz. Erst 1943 konnte er mit der neu gebildeten polnischen Armee als Hauptmann der Luftstreitkräfte aktiv werden. Bald kam er in den Generalstab der polnischen Volksarmee.

Nach dem Sieg der Roten Armee tritt er in den Staatsdienst in der Hoffnung, in Polen anders und besser den Sozialismus aufzubauen als nach dem Stalinschen Modell. Er war überzeugt, daß der Stalinismus nicht »einen integralen Bestandteil der Theorie und Praxis des Marxismus darstellt, der unvermeidlich seinen Voraussetzungen entspringt, (vielmehr) eine Entartung (ist), die sich unter bestimmten historischen Bedingungen herausbildete, die gerade diesen Voraussetzungen widerspricht und sie zerstört«. (S. 259)

Er kam gleichfalls nach Titos Häresie in die wieder klappernden Mühlen stalinistischer Verfolgung wie viele seiner Genossen im polnischen Generalstab. Am 18. März 1952 wurden er und seine Frau Ewa während eines Urlaubs in Zakopane verhaftet. Er teilte das Los vieler polnischer Kommunisten (Władysław Gomułka, Marian Spychalski u. a.) – fast drei Jahre isoliert im Gefängnis, bis das Chruschtschowsche Tauwetter auch Polen erreichte. 1956: Neue Hoffnung auf Abrechnung mit der Vergangenheit, nachdem Gomułka wieder Generalsekretär geworden war, erhält er wieder eine normale staatliche Anstellung. Dann trat er in die Redaktion einer Zeitschrift für marxistische Theorie ein. Aber der »polnische Oktober« 1956 setzte sich nicht durch gegen eine erstarrte, reformfeindliche Bürokratie. Witold wurde dank seiner Vielsprachig-

keit Übersetzer. So lernte ich ihn 1996 auf einer internationalen Tagung der Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Warschau kennen, wo er fließend ihm vorher unbekannte Referate ins Polnische übersetzte. Wir tauschten Informationen über seine Verwandten Kasimir und Edda Tennenbaum¹ und blieben seitdem in freundschaftlichem Kontakt. Im November 2003 vollendet er in geistiger Frische mit seiner Genossin Ewa sein 90. Lebensjahr – immer noch ein revolutionärer Sozialist.

Das Buch enthält einen interessanten Stammbaum, der eine Übersicht über diese unbeeinträchtigt rote Familie ermöglicht. Die erste Generation hatte meist nur die Volksschule besuchen können. Von den zwanzig Angehörigen der zweiten Generation hatten drei nur die Grundschule besucht, zehn das Gymnasium, sechs die Universität. Von den siebzehn der dritten Generation absolvierten fünfzehn die Hochschule, von den zehn der vierten Generation acht. Von diesen siebzehn waren zehn in der revolutionären Bewegung engagiert. Fünf von siebzehn hatten im Zweiten Weltkrieg aktiv gegen die Nazi-Wehrmacht gekämpft. Von den siebzehn revolutionären gerieten zwölf in die Stalinsche Repression. Drei Familien wurden fast vollständig liquidiert, zwei »kamen mit dem blauen Auge davon« (S. 19).

Das Buch enthält ferner einige seltene Texte, u. a. Artikel von Władysław Leder zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung, eine erste Bibliographie seiner Arbeiten, Berichte über Erlebnisse in der Verbannung, im Kampf im Warschauer Ghetto, im Gefängnis der Stalin-Ära, einiges über die Arbeit des Psychologen Stefan Leder. Das Buch ist ein Zeugnis von mutigen Menschen, die sich und ihr Leben für die große Sache des Kommunismus eingesetzt haben. Mit ihnen hätten wir eine Welt erobern können. Die stalinistische Degeneration hat große Teile des ersten historischen Großversuchs zerstört, die Grenzen des Kapitalismus zu überschreiten. Für den nächsten Großversuch (und für die noch existierenden Teile) gilt es, die Korrekturmechanismen zu finden, die eine Degeneration verhindern.

THEODOR BERGMANN

Stefan Leder, 1919 in Warschau geboren, wuchs bis 1933 vorwiegend in Deutschland, auf. Von Geburt an war er durch die Familie eng mit der internationalen Arbeiterbewegung

verbunden. Die Eltern und zahlreiche weitere Familienmitglieder waren Mitstreiter und Freunde von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, Clara Zetkin und Heinrich Brandler, Adolf Warski u. v. a. Emigriert in die UdSSR, studierte Stefan Leder Medizin und nahm am Kampf der Antihitlerkoalition teil. Ursprünglich Internist, wurde er in der VR Polen einer der führenden Psychiater des Landes, wirkte in Lehre und Forschung, schuf die Klinik für neurotische Störungen, deren Leiter er drei Jahrzehnte lang war, arbeitete in der Leitung der Polnischen Psychiatrischen Gesellschaft sowie deren Sektion für Psychotherapie und in der Polnisch-deutschen Gesellschaft für seelische Gesundheit. Er gehörte der Deutsch-polnischen Gesellschaft der BRD an; engagierte sich bei den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkriegs. Psychiatrie und Politik waren für ihn untrennbar.

Stefan Leder, ein edler Mensch und unbeirrbarer Internationalist, verschied jäh am 31. Oktober 2003, während seiner Schlußworte auf einer internationalen Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau.

¹ Kurzbiographien von Edda Tennenbaum und Kasimir Tennenbaum siehe: Bergmann, Theodor. Gegen den Strom – Die Geschichte der KPD (Opposition), Hamburg 2000, S. 541-542.

Jour fixe initiative Berlin (Hg.): Geschichte nach Auschwitz, Unrast Verlag Münster 2002, 215 S. (16 €)

Wenn Geschichte der Versuch ist, eine Vielzahl von historischen Ereignissen, von Geschichten im Plural, von Personen, Orten und Daten zu einem Plot zu verbinden, in eine Ordnung zu bringen und ihnen eine Sinnstruktur zu geben, dann ist Geschichte mit Auschwitz gescheitert. Denn es kann keinen Sinn geben in dem Wahnsinn von Auschwitz.

Was resultiert daraus für die Geschichtsschreibung? Welche Methoden muss sie verwerfen? Kann es herkömmliche Geschichtsschreibung nach Auschwitz noch geben? Wie kann Geschichte, können Geschichten erzählt werden, nachdem die Alternative Sozialismus oder Barbarei im Nationalsozialismus so eindeutig entschieden wurde?

Diesen und ähnlichen Fragen wird in dem Buch »Geschichte nach Auschwitz« in zehn Aufsätzen nachgegangen. Dabei verfolgen die Herausgeber einen interdisziplinären Ansatz. Elfriede Müller und Alexander Ruoff stellen den französischen roman noir als alternative Form der Geschichtsschreibung vor, in der die Hoffnung auf Aufklärung und damit Auflösung und Erlösung von Widersprüchen, wie sie sich im klassischen Detektivroman findet, enttäuscht aber nicht getötet wird.

Frank Winter beschreibt, wie der Kampf um Geschichte, der Streit um die Form der Erinnerung in der Architektur ausgetragen wird. Am Beispiel des Potsdamer Platzes erläutert er, wie Orte mit Ereignissen und Ideen verknüpft werden und wie versucht wird, Teile der Geschichte aus dem Gedächtnis zu tilgen und/oder sie umzuinterpretieren.

Die philosophisch-politischen Teile diskutieren die Frage, was der Faschismus uns über unsere (jetzige) Zivilisation sagen kann. Thesen, die den Faschismus als Unfall der Geschichte oder Schatten des Marxismus sehen, wird eine klare Absage erteilt. In der Tradition der kritischen Theorie stehend, diskutieren die Autoren die Möglichkeiten und Grenzen der Aufklärung. Ist Aufklärung notwendig totalitär oder führte gerade die Abkehr von ihr zu Auschwitz?

Und auch die Rolle von Revolutionen wird diskutiert. Hatte Marx Revolutionen noch als Lokomotive der Geschichte bezeichnet, so läßt seit Auschwitz das Wort Lokomotive eher Bilder von Deportationen entstehen. Ist also die Revolution ein Fortschritt oder nur ein Verhinderer des Rückschritts, wie es Walter Benjamin mit dem Bild der Revolution als Notbremse formulierte?

Die Autoren versuchen, Unruhe zu stiften. Mit Saul Friedländer sprechend könnte man sagen, sie wehren sich gegen den Versuch, »die Vergangenheit auf erträgliche Dimensionen zurückzudrängen, ... sie in die nüchterne Abfolge normaler Geschichtsereignisse einzufügen, in die beruhigende Welt der Grundregeln unserer Gesellschaft, kurz gesagt, in den Konformismus und die Uniformität.«

Einige Beiträge, wie die durchaus interessante Fleißarbeit Michael T. Koltans zur Editions-geschichte der »Feuerbach-Manuskripte«, verfehlen hier allerdings die Thematik.

Die Gesellschaft als Ganzes kritisieren heißt ansonsten die Devise. Radikale Kritik nicht nur am Inhalt der herrschenden Idee von Geschichte und Geschichtsschreibung, sondern auch besonders die Methodenkritik an aller bisherigen Geschichtsschreibung, ist hier auf eine radikale Umwälzung der Gesellschaft gerichtet.

Ein Plädoyer für eine andere Geschichte, für Ereignisgeschichte statt Kontinuierung, für Geschichten im Plural, für Geschichte der Verlierer und der Opfer, für andere Formen des Erinnerens.

BENNO HERZOG

Peter Decker, Konrad Hecker:
Das Proletariat. Politisch
emanzipiert – sozial diszipliniert –
global ausgenutzt – nationalistisch
verdorben: Die große Karriere der
lohnarbeitenden Klasse kommt
an ihr gerechtes Ende,
GegenStandpunkt Verlag München
2002, 279 S. (20 €)

Vom Proleten, der einstmals die neue Zeit erkämpfen sollte, redet mittlerweile, spätestens nach dem Fall der letzten Marx-Standbilder östlich von Berlin, niemand mehr. Allenfalls als Beschimpfung findet das Wort noch Verwendung, wenn unhöfliches Betragen, Mangel an Geschmack und Stil gegeißelt werden soll. Wer heutzutage noch eine ökonomische und soziale Lage lohnabhängiger Menschen mit dem Begriff Proletariat kennzeichnen will, erntet nicht einmal mehr geifernde Verwünschungen, nur noch Kopfschütteln. Der Augenschein gibt den Beweis: Wo sind sie denn, die Armutsquartiere, wo die feuchten Löcher, in denen ausgemergelte Proleten samt Familie hausen, wo sind die Elendsbilder, die man aus den Romanen von Charles Dickens kennt?

Eine Neuerscheinung aus dem GegenStandpunkt-Verlag stellt jetzt die Gegenfrage: »Aber wer macht eigentlich« – heutzutage – »die Arbeit und macht die Unternehmer reich?« (S. 5) Sicher bedeutet eine Existenz als »abhängig Beschäftigter« nicht mehr das,

was sie zu Zeiten und in den Formen des Manchesterkapitalismus bedeutet hat. Und doch ist besagte Klassenlage schon in den gängigen Sprachregelungen, in denen es um »unsere Wirtschaft« oder »unsere Sozialsysteme« geht, ständig präsent, wie die Autoren Peter Decker und Konrad Hecker im Einleitungskapitel ihres Buches erläutern.

Wann immer etwa der deutsche Kapitalstandort auf dem Weltmarkt Mißerfolge zu verzeichnen hat, und noch mehr, seit sich im Zuge der momentanen Krise ein Rückfall gegenüber konkurrierenden Nationen einstellt, ist klar, daß Löhne und Lohnnebenkosten einfach zu hoch sind. Der Lebensstandard der Lohnabhängigen – der schließlich durch Löhne und Sozialleistungen definiert wird – ist mit größter Selbstverständlichkeit als Hebel kapitalistischen Konkurrenzserfolgs verplant; so niedrig muß das nationale Lohnniveau jedenfalls sein, daß deutsche Unternehmen ihre Konkurrenten aus dem Feld schlagen können. Wenn Firmen mit der Übersiedlung auf Niedriglohnstandorte drohen, zu denen mittlerweile auch die »befreiten« Ostgebiete zählen, dann spricht das nicht gegen eine Wirtschaftsweise, bei der die arbeitende Weltbevölkerung auf fünf Kontinenten durch Billigkeit und Willigkeit darum konkurrieren darf, in die Gnade kapitalistischer Arbeitsplätze zu kommen. Nein, es spricht gegen die Beschäftigten, die einfach »zu teuer« sind. Die Ansprüche der lohnabhängigen Schicht – um das böse Wort »Klasse« nicht zu benutzen – stehen offenbar im Gegensatz zum Wachstum der nationalen Wirtschaft und zur »Stabilität« der staatlichen Haushalte.

Die »Karriere« der ausgebeuteten Gestalten des Manchesterkapitalismus zu den sozial verwalteten »Arbeitnehmern« von heute ist zwar, wie die Autoren betonen, nicht zu bestreiten; aber an ihrer ökonomischen Lage als Menschen, deren Existenz ganz durch ihre kapitalistische Benutzung bestimmt ist, hat sich nichts geändert. In einem weit gespannten Bogen von den Gründerzeiten des Kapitalismus bis zu den heutigen sogenannten globalisierten Zuständen erläutert das Buch, wie die Durchsetzung der ökonomischen »Rationalität« des Kapitalismus erst einmal nichts anderes bedeutet hat, als die pure Ruinierung der Ausbeuteten. Der Kampf war den Proleten somit

regelrecht aufgezwungen; nicht aufgezwungen jedoch war die Richtung, die die Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiterbewegung ihm gegeben haben: um Rechte und soziale Absicherung wurde gestritten, mit dem kapitalistischen Staat als Adressaten. Dies führte folgerichtig nicht zur Beseitigung der Ausbeutung, sondern zu ihrer Verrechtlichung, ihrer Verwandlung in ein politisch funktionales, den Staat nicht zersetzendes, ihm vielmehr dienendes Verhältnis. Mit der Einrichtung sozialstaatlicher Maßnahmen anerkannte der Staat laut Decker und Hecker, daß gewisse Rücksichten auf die Proleten nötig waren, um ihren Erhalt als Klasse zu gewährleisten. Die Ausbeutung wurde in funktionale Schranken gewiesen, um geordnet ihren Gang gehen zu können.

Das Produkt dieser Politik – der Sozialstaat – bedeutete deshalb auch nie, daß Armut und körperlicher Verschleiß unter Arbeitnehmern verschwunden wären; im Gegenteil hatten die Gesundheits- und Arbeitslosenkassen immer genug zu tun, weil es an freigesetzten oder gesundheitlich geschädigten Arbeitskräften nie mangelte; und Rentenkassen hätte es gar nicht geben müssen, wenn es nicht zum selbstverständlichen »Lebensabend« von Lohnarbeitern gehören würde, am Ende ihrer jahrzehntelangen Arbeit völlig mittellos da zu stehen. Weil die Maßnahmen Geld kosten, das für solche unproduktive Ver(sch)wendung viel zu schade ist, sind sie notwendigerweise stets knapp bemessen. Und wo bliebe denn der »Anreiz« zum Lohnarbeiten, wenn etwa mit der Annahme von Arbeitslosenhilfe nicht auch Senkung des Lebensstandards und die Verpflichtung auf Arbeitsbereitschaft verbunden wäre?

Wenn mittlerweile selbst diese bescheidenen Errungenschaften proletarischer Lebensführung ins Gerede gekommen sind und als im Grunde untragbarer »Wohlfahrtsstaat« denunziert werden, an dessen Abbau sich nicht zuletzt die Agenda 2010 betätigt, dann zeigt sich eine bittere Ironie der ganzen Geschichte. Die politisierende und erzieherische Wirkung des Sozialstaats – eine national integrierte, zuverlässig sozial friedliche Arbeiterklasse überdauert dessen Abbau und ermöglicht ihn dadurch ein Stück weit sogar. Auch darauf gehen die Verfasser ein, wie die kapitalistischen Na-

tionen sich in der momentan ablaufenden verschärften Krisenkonkurrenz – die Expansion des Weltmarkts ist vorbei – soziale Standards von früher nicht mehr leisten wollen, sie einreißen und dabei gar nicht fürchten müssen, daß »Klassenkampf von unten« wieder in Mode kommt. Denn die von oben gewährte Rücksicht aufs Arbeitsvolk hat die Arbeiter und ihre Organisationen nachhaltig mit der Staatsgewalt versöhnt; jetzt steht man »Seit an Seit« mit Schröder und Stoiber und hat Verständnis für jeden Klassenkampf von oben – pardon: für jede unumgängliche Reform.

Das Buch des Gegenstandspunkts zum Proletariat ist jedenfalls ein Plädoyer dafür, mit dieser Unsitte aufzuhören. Wenn das Bild der Arbeiterbewegung im Buch so trist ausfällt, dann sollte man dies nicht den Autoren anlasten.

ALJOSCHA JEGODTKA

Stefan Beck, Gülay Caglar,
Christoph Scherrer u. a.:
Nach der New Economy,
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2002, 234 S. (15,50 €) (I)

Frédéric Lordon: »Aktionärs-
demokratie« als soziale Utopie?
VSA Verlag Hamburg 2003,
128 S. (12 €) (II)

Bis zum Jahr 2000 galt die *New Economy* als Zukunft der Wirtschaft, als neues Paradigma und Wirtschaftswunder schlechthin, mit Wachstum, Vollbeschäftigung, Wohlstand usw. Nach dem Platzen der Börsenblase ist hier jedoch Ernüchterung eingetreten und der Glanz der *New Economy* stark verblaßt. Das Wachstumspotential der Informationstechnologien wird jetzt sehr viel skeptischer beurteilt als zuvor. Ebenso das »Produktivitätswunder« USA sowie das anglo-amerikanische Modell eines deregulierten und shareholder-value-basierten ungezügelt Kapitalismus.

Sah man bis vor kurzem noch in Deutschland den Übergang vom *rheinischen Kapitalismus* zum marktradikaleren anglo-amerikanischen Modell als unausweichlich an, so hat

jetzt, nach dem Ende der New Economy, »die Annahme einer differenzierten und pfadabhängigen Entwicklung des *rheinischen Kapitalismus* an Überzeugungskraft gewonnen.« (I, S. 14) Der Diskurs über die Zukunft Deutschlands erhält dadurch eine neue Richtung. Diese auszuloten ist das Anliegen des hier vorgestellten Buches.

Die Autoren gehen, verschiedene Aspekte betonend, der Frage der perspektivischen Entwicklung der deutschen Wirtschaft vor dem Hintergrund der Diskussion unterschiedlicher Modellannahmen nach. Dabei spielt auch das amerikanische Modell eine Rolle, wenn auch nicht als »Vorbild«, so doch als Bezugspunkt für die Erklärung einer Reihe neuer Phänomene (I, S. 25 ff.). Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die institutionelle Verfassung des Arbeitsmarktes als Grundlage für das amerikanische »Jobwunder«. Im zweiten Kapitel wird auf die Rolle der US-Wirtschaft als »Wachstumsmotor« für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa eingegangen. Hier zeigt sich, daß für Deutschland künftig weniger die Exporte in die USA von Bedeutung sein werden als vielmehr die demographische Entwicklung und die Osterweiterung der EU. Diese Aspekte werden in den nachfolgenden Texten weiter vertieft. Dabei geht es auch um die Auseinandersetzung mit spezifischen Zügen der deutschen Wirtschaft, zum Beispiel der für die Bundesrepublik typischen Verflechtung zwischen Industrie und Banken, bekannt als *Deutschland AG* (I, S. 113 ff.). Es zeigt sich, daß die strukturellen Herausforderungen von Globalisierung, Institutionenwettbewerb und demographischem Wandel in doppelter Weise wirken: die Erosion der Sozialversicherungssysteme und die Finanzkrise des Staates sind schließlich die Folgen. Diese Problematik wird anschließend verknüpft mit den Wirkungen der europäischen Integrationspolitik. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume Deutschland noch verbleiben, wenn der Integrationsprozeß weiter voranschreitet und zunehmend den Rahmen für die nationalstaatliche Regulierung und Steuerung der Wirtschaft vorgibt. Insgesamt wird dem *rheinischen Kapitalismus* eine gewisse Robustheit bescheinigt, aber auch aufgezeigt, wo es gilt, strukturelle Veränderungen vorzunehmen, da-

mit das System angesichts der Herausforderungen der Zukunft lebensfähig bleibt.

Das Buch von Frédéric Lordon (II) ist die Übersetzung einer Arbeit, die bereits im Jahre 2000, als die *New Economy* noch nicht zu Grabe getragen war, in Paris erschienen ist. Es analysiert den seit den 70er Jahren zu beobachtenden Übergang vom fordistischen zum finanzwirtschaftlich dominierten Kapitalismus, eine Entwicklung, die das Erscheinungsbild der Gesellschaft von Grund auf verändert. Im Mittelpunkt steht dabei die Abrechnung mit einer neuen sozialen Utopie, der »Rentenfonds-Gesellschaft«, die vom Vermögensbesitz zusammengehalten und von der Aktionärsdemokratie getragen wird (II, S. 12).

Richtig ist, daß der moderne Kapitalismus ein neues, »finanzgetriebenes Akkumulationsregime« hervorbringt und daß dies mit der Konzentration von Geldvermögen bei institutionellen Anlegern (Investmentfonds) einhergeht. Letztere verfügen dadurch über eine außergewöhnliche Macht, die sie zur Manipulation der Finanzmärkte einsetzen können, die aber auch dazu dient, die Unternehmen unter »Wertschöpfungsdruck« zu setzen. Dies hat letztlich eine Verschiebung der Kräftekonstellation zur Folge: die Manager der Unternehmen verlieren an Einfluß, während die Aktionäre und Anleger sowie die Manager der Fonds an Einfluß gewinnen. Lordon spricht in diesem Zusammenhang von der »Rückkehr zur Herrschaft der Besitzenden« (II, S. 40). Dies bedeutet jedoch nicht nur eine Veränderung der Finanzierungsstruktur der Wirtschaft, sondern zugleich auch eine erhebliche Veränderung in den »Bedingungen der Nachfragebildung«, denn »diese werden jetzt – und das ist ihr wesentliches Merkmal – in der finanzwirtschaftlichen Sphäre formuliert« (II, S. 70). Damit findet die »Logik der Finanzwirtschaft«, ihre inhärente Instabilität, ihr spekulativer Charakter u. a., Eingang in die Realökonomie. Hierzu gehört auch, daß der realökonomische Gewinn als Bezugsgröße wirtschaftlichen Handels vom Zins, als einer geldwirtschaftlichen Kategorie, abgelöst wird. Die Spekulation wird damit zu einem Wesensmerkmal des Akkumulationsregimes und der Wirtschaft. Letztere nimmt immer mehr den Charakter einer »Blasen-Ökonomie« an – als »Ausdruck des Widerspruchs zwischen der geforderten

finanziellen Valorisierung und der möglichen realwirtschaftlichen Wertsteigerung« (II, S. 84). Ob es infolgedessen jedoch zu einem großen Crash kommt, der »Apokalypse«, wie Lordon annimmt (S. 91), bleibt Spekulation. Ebenso gut kann dies auch zu einem ständigen Auf und Ab spekulativer Prozesse führen, wie die letzten Jahre belegen. Auf jeden Fall scheint es zutreffend zu sein, in dieser Entwicklung eine neue Phase des Kapitalismus zu sehen – und nicht etwa den Beginn seiner Auflösung als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Vorstellungen eines »Rentenfonds-Sozialismus« oder einer »Aktionärsdemokratie« bleiben mithin unrealistische Wunschbilder, denen zu Recht eine Absage erteilt wird. Gleichwohl aber sollte man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten: Die neuen Formen der Finanzwirtschaft, Aktien- und Rentenfonds, Mitarbeiterbeteiligungen u. ä. beinhalten auch Chancen, die Gesellschaft demokratischer zu gestalten und verteilungspolitisch zu verändern. Dieser Ansatz kommt in der hier vorliegenden Broschüre entschieden zu kurz. Seine stärkere Berücksichtigung hätte die Argumentation konstruktiver werden lassen, ihr Fehlen muß mithin als Mangel empfunden werden.

ULRICH BUSCH

Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration, Promedia Verlag Wien 2003, 239 S. (17,90 €)

Aus Wien kommt eine scharfe und unmißverständliche Wertung jener Prozesse, die gemeinhin als Osterweiterung der EU firmieren und als das non plus ultra der Wiederherstellung der europäischen Einheit verkauft werden. Hannes Hofbauer, kritischer Historiker und Publizist, ausgewiesener Osteuropakenner, hält von solchen Schönredereien wenig. Für ihn ist klar: Die Osterweiterung der Europäischen Union ist nichts anderes als die endlich durchgesetzte Kolonialisierung des Ostens des gemeinsamen Kontinents. Von Wiedervereinigung eines nie einheitlichen Europas mit langen Geschichten getrennter

Entwicklung könne nicht die Rede sein. Gegen alle euphorischen Stimmungen wertet er unmißverständlich: Die »Heimkehr des Ostens« in die abendländisch europäische Gemeinschaft ist nicht anderes als die »Heimkehr« peripherisierter Regionen unter die ökonomische Dominanz westeuropäischen – und vor allem auch deutschen – Kapitals; eine »Heimkehr« unter Bedingungen, die jenen vor der kommunistischen Machtübernahme strukturell nicht unähnlich sind« (S. 7).

Unter diesen Vorzeichen ist es nur konsequent, die Vorgeschichte der heute als Monstranz vorhergetragenen Europa-Idee in der knapp tausendjährigen Geschichte des westeuropäischen »Dranges nach Osten« festzumachen und konsequenterweise nicht zuletzt auf die großdeutschen, Pardon, europäischen Denkansätze jener Ideologen und Politiker vom Kaiserreich bis NS-Zeit abzuheben, die eine ideologische Verbrämung für wirtschaftliche Expansionsinteressen und schließlich einen antikommunistischen Abwehrriegel entwickelten. Mit der Blockkonfrontation nach dem 2. Weltkrieg gewann letztere Dimension der Europa-Idee noch schärfere Konturen, weil sie den in ihr enthaltenen Abgrenzungsansatz nun vollendet und in Konfrontation mit Osteuropa als ein westeuropäisches, antikommunistisches Projekt durchzog. Hofbauer erinnert daran, daß mit COCOM-Liste und Marshall-Plan »mitten in Europa eine imaginäre Mauer hochgezogen« wurde, analog zur politisch-militärischen Konfrontationslinie. Die Ausgrenzungsstrategie wurde zwar vom Osten als Kampfansage angenommen, der nun selbst eine nachholende Zwangsmodernisierung anging, aber mit seinem RWG sich trotz anzuerkennender beachtlichen Erfolge »weder vom kapitalistischen Weltssystem entkoppeln noch den peripheren Status östlicher Volkswirtschaften überwinden« konnte (S. 33).

Berechtigt wehrt sich der Autor gegen die heute dominierende These, daß der Zusammenbruch des Ostblocks das Scheitern von Planwirtschaft und Staats- bzw. Gemeinschaftseigentum quasi als widernatürliche Abweichungen von den allein geltenden westlichen Prinzipien bestätigen würde. Genauso wenig sei der Untergang des Ostblocks auf einen »Befreiungsakt vom Kommunessystem«

durch das Volk zu reduzieren. Vielmehr sei es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, daß der ökonomische wie politische Zusammenbruch als eine Folge der weltwirtschaftlichen Krise ab Mitte der 70er Jahre anzusehen sei. Anzumerken wäre allerdings, daß dieser Umbruchsprozeß zwar krisenhaft dahergekommen war, aber Ausdruck eines Umbruchs der Produktivkräfte war, der tatsächlich beide Wirtschafts- und Sozialsysteme einer Bewährungsprobe unterzog.

Die westliche Konsequenz war der Übergang zu neoliberalen Wirtschaftskonzepten, die aber – und hier hat Hofbauer scharf beobachtet – in den 80er Jahren zunehmend auch in osteuropäischen Staaten zum Teil durch zumindest wichtige Exponenten der politischen Führung gefördert, eine Heimstatt fanden. So gab es – etwa mit Vaclav Klaus in Prag oder Leszek Balcerowicz in Warschau – auch die entsprechenden »Fachleute« für eine Transformation, die unter entsprechenden politischen Bedingungen die ökonomische Transformation nach dem gewünschten westlichen, neoliberalen Muster angingen.

Die Bilanz dieser Transformation ist aus Sicht des Autors wenig erfreulich und sichert eben jene ungleichen Startbedingungen in einem vermeintlich vereinten Europa, die er kritisiert. Die politischen Freiheiten, die gewonnen wurden, kontrastieren mit den Konsequenzen der ebenso gewonnenen kapitalistischen Freiheiten von Kapital, Dienstleistungen, Waren- und Personenverkehr. Im wesentlichen mit Mitteln einer Schocktherapie wurde Osteuropa für die Erfordernisse des Westens zugerichtet. Die massive Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme brachten die Einbindung als verlängerte Werkbank für einige wenige Staaten (Stichwort Tschechien und die Automobilindustrie), die Sicherung neuer Absatzmärkte, vor allem aber spottbillige Arbeitskräfte in den Transformationsländern und als Export in die westlichen Metropolen.

In den drei Ländern, die eine eigenständige Entwicklung versuchten – die Slowakei unter Meciar, Rumänien unter Iliescu und Jugoslawien unter Milosevič –, wurde politisch (in Jugoslawien auch militärisch) unter massiver Einmischung dafür gesorgt, daß die mißliebigen politischen Kräfte isoliert und aus-

geschaltet wurden. In einprägsamen und scharfen Länderanalysen untermauert Hofbauer seine Einschätzungen für Ungarn, Polen, Slowenien, Tschechien, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und die drei baltischen Staaten.

Die Übernahme der westlichen Strukturen, nicht zuletzt vermittelt über die notwendige Anpassung an den »Europäischen Besitzstand« der EU für die Beitrittskandidaten, die *acqise communautaire* mit 20 000 Rechtsakten, hat dafür gesorgt, daß diese Länder ein so dichtes Korsett an Vorgaben erhalten haben, daß ein Ausbrechen kaum noch möglich ist. Angesichts der heutigen politischen Ausrichtung der EU erfolgte damit auch eine deutliche Vorprogrammierung allein für die heute vorherrschende neoliberale Politik. Die westliche Kontrolle über die osteuropäischen Kapitalströme durch die Kontrolle über die Banken sichert zudem jenen dauerhaften Einfluß, den man sich erhofft. Daß die politisch-militärische Einbindung der ökonomischen noch vorhergegangen ist, kann ebenso wenig als Zufall erscheinen wie die bereitwillige Unterwerfung unter westliche Sicherheitsbedürfnisse. Ironie der Geschichte ist allerdings, daß weit stärker als die westeuropäische Vormachtstellung die USA zumindest sicherheitspolitisch von dieser Einbindung und dem oft vorauseilenden Gehorsam der Konvertiten profitieren, so daß das »alte Europa« sich nur verwundert die Augen reibt.

Hofbauer läßt notgedrungen offen, ob es realistische Alternativen zu diesem Weg in ein westliches, neoliberal dominiertes Europa gegenwärtig gibt, zumal eben dort in der Festung die Kraft und Fähigkeit zu Alternativen quer durch die politischen Lager so gering ausgeprägt ist. Den Linken sollte allerdings auch angesichts dieser Erfahrung Osteuropas klar sein, daß die EU nur bei veränderten nationalen Bedingungen zumindest in den führenden Staaten der Gemeinschaft und einer gemeinsamen Alternativenpolitik zu einem Vehikel einer sozialeren und demokratischeren Politik werden könnte.

STEFAN BOLLINGER

**Helmut Bleiber, Walter Schmidt,
Susanne Schötz (Hrsg.):
Akteure eines Umbruchs. Männer
und Frauen der Revolution von
1848/49, FIDES Verlags- und
Veranstaltungsgesellschaft Berlin
2003, 1009 S. (69,80 €)**

Verfasser der 23 historischen Lebensbeschreibungen sind zum Teil selbst Akteure eines gesellschaftlichen Umbruchs gewesen, der nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs im Osten Deutschlands begann, jedoch mit den Konvulsionen der »Wende« scheiterte. Diese DDR-Historiker waren schon immer bestrebt, an die Akteure eines früheren und anderen Umbruchs zu erinnern, um sie der traditionell bürgerlichen Missbilligung oder dem Vergessen zu entreißen: »Männer der Revolution von 1848« (zwei Bände, erschienen im Berliner Akademie-Verlag 1970 und 1987). Die herben, auch belehrenden Erfahrungen des eigenen Werdegangs haben Herausgeber und Autoren veranlasst, die Kontinuität ihres Bemühens nicht preiszugeben, jedoch mit vertieften Einsichten und erweiterter Konzeption fortzusetzen.

Zunächst kann bemerkt werden, dass ein Drittel der jetzigen Autoren aus der Alt-BRD, außerdem der Österreicher Helmut Reinalter, der auf dem Lehrstuhl zu Innsbruck seit Jahren als ein Rezeptor des demokratischen Erbes wirkt, hinzugekommen sind. Vor allem sind Novationen bei der Auswahl der geschichtlichen Gestalten erkennbar. Wo vormals ein kritisches Verhältnis von Karl Marx zu einigen seiner revolutionären Zeitgenossen genügte, um sie dem bevorzugten Erinnern zu entziehen, findet man nunmehr Namen, die das Spektrum der 1848er Revolutionsepoche erweitern und differenzieren: So den Republikaner und Frankfurter Bundestagsabgeordneten Arnold Ruge, der nach fünfjähriger Festungshaft wegen burschenschaftlicher »Umtriebe« als Herausgeber der »Halleschen Jahrbücher« die oppositionellen Ideen der Junghegelianer verbreitete, dann zusammen mit Marx die Herausgabe der »Deutsch-Französischen Jahrbücher« vorbereitete, von denen aber infolge unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheit

nur der erste, berühmt gewordene Band erschien. Den preußischen Offizier August Willich, der sich der Uniform entledigte, in Europa und Nordamerika für die Emanzipation der arbeitenden Klasse einsetzte, wobei er aber in postrevolutionären Verhältnissen ein verlängertes Revolutionserwarten und eine links-radikale Strategie des »Bundes der Kommunisten« verfocht. Den Kölner Heinrich Bürgers, Redakteur der »Neuen Rheinischen Zeitung« und Vorstandsmitglied der »Demokratischen Gesellschaft«, der seinen Einsatz für den »Bund der Kommunisten« mit siebeneinhalb Jahren Haft bezahlte, aber von Marx und Engels als ein »sanfter Heinrich« ironisiert wurde, weil er bürgerliches Denken nie ganz überwunden habe. Schließlich auch den russischen Revolutionär Michail Bakunin, der als Personifikation des Anarchismus dem marxistischen Denken suspekt wurde und dennoch von Missverständnissen, falschen Etikettierungen, Verleumdungen zu befreien ist, woran gerade seit dem Ruin des »Staats-Sozialismus« neu erschienene Werkausgaben und Biografien arbeiten.

Wichtig ist auch die Überwindung eines Mangels, der schon früher vermeidbar gewesen wäre: die Beachtung von Frauen im Zeitalter der Revolution. Die Auswahl reicht von der sozial engagierten Linksliberalen Bettina von Arnim, die in Frauenforschung und Literaturgeschichtsschreibung oft thematisiert wird, bis zum Gruppenporträt sächsischer Näherinnen, die in der bürgerlich-demokratischen Gesamtbewegung für eine berufsspezifische Emanzipation eintraten. Dazwischen stehen Frauengestalten von demokratischer Sinnesart: die Frauenrechtlerin Louise Otto-Peters, die »aristokratische Demokratin« Malwida von Meysenbug, die literarische Zeitzeugin des Dresdner Maiaufstands Marie Norden und Amalie Krüger, eine Pionierin der Kindergartenerziehung und Mitstreiterin Friedrich Fröbels.

Die frühere Erberezption fortsetzend, befinden sich in diesem Band vorzugsweise wiederum Männer der demokratischen »Linken«. Abgesehen von den eingangs bereits Genannten begegnet man Gestalten, die teils neu befragt, teils mehr noch aus dem Treibsand der Historie frei gegraben werden. Zu den ersteren zählen der oft rezipierte Humorist und Satiri-

ker Adolf Glaßbrenner, der zu Recht als ein »Achtundvierziger« interpretiert, und der spätere sozialdemokratische Schriftsteller Robert Schweichel, dessen frühes Wirken als Vorsitzender des Königsberger Arbeitervereins dargestellt wird. In der größeren Gruppe der »Vergessenen« stehen: der aus Mecklenburg stammende Junghegelianer, Radikaldemokrat und Paulskirchenabgeordnete Karl Nauwerk; der Wortführer des Berliner Handwerkervereins und tätige »Linke« in der Preußischen Konstituierenden Versammlung Julius Berends; der Schlesier und deutschkatholische Prediger Franz Schmidt, ebenfalls Abgeordneter in der Frankfurter Paulskirche und Agitator des pfälzischen Aufstands von 1849; der Tierarzt und populärste Barrikadenheld der Berliner »Märzrevolution« namens Friedrich Ludwig Urban; der schlesische Fabrikant und Demokrat Friedrich Wilhelm Schlöffel, namhafter »Linker« des Frankfurter Parlaments und Kriegskommissar des badisch-pfälzischen Aufstands, der als Vater des weithin bekannteren Sohnes Gustav Adolf zu Recht erinnert, leider nur als Torso für die begrenzte Zeit des »Vormärz« rezipiert wird. Die Herausgeber rechtfertigen die »überproportionale Bevorzugung« der Demokraten von 1848/49 ziemlich moderat mit dem Verweis auf eine Hinwendung alt-bundesrepublikanischer Historiker zu Themen der Demokratie und der Volksbewegungen. Obwohl der revolutionäre und soziale Demokratismus als ein streitbares und unabdingbares Korrelat gegenüber dem bürgerlichen Liberalismus bis zum heutigen Tage zu betonen und beanspruchen ist, begnügt sich das »Vorwort« mit der eher begütigenden Anmerkung, dass er zwar über »großbürgerliche Konzepte« hinausweise, aber »keine grundsätzliche Gefährdung der bürgerlichen Ordnung« bedeute (S. 9).

Schließlich sind noch einige aristokratische und bürgerliche Gestalten zu nennen, die Aufnahme gefunden haben. Der Österreicher Felix Fürst zu Schwarzenberg rettete die Herrschaft der Habsburger, indem er die Konterrevolution zum Sieg und die Doppelmonarchie gegenüber Preußen noch einmal zur Vormacht führte. Hingegen steht der preußische General Ernst von Pfüel als moralisch achtbare, doch unglückliche Gestalt im Revolutionsgeschehen, wo er als Ministerpräsident den konterre-

volutionären Absichten der Hohenzollern nicht genügte und seinen Abschied nahm. Der umtriebige Herzog Ernst von Sachsen-Coburg und Gotha neigte wohl zum Liberalismus, wurde letztlich aber im Verbund deutscher Fürstenhäuser als ein »Enfant terrible« isoliert und verkräftet. Nur zwei Namen stehen für das gemäßigte Bürgertum. Der Braunschweiger Karl Heinrich Jürgens ging den Weg vom Landpfarrer zum antipreußisch-großdeutschen Liberalen der Frankfurter Nationalversammlung. Und der gleichfalls in Braunschweig lebende Handwerksmeister Jacob Selenka, führender Kopf der Handwerkerbewegung, propagierte in der Revolution eine einheitliche deutsche Gewerbeordnung, die allerdings in den zeitgenössischen Widersprüchen fehlgeschlug und erst viele Jahrzehnte später Gestalt annahm.

Diese Lebensbeschreibungen geben willkommene Auskunft über Menschen in der Zeit des Reifens und des Stattfindens einer der deutschen Revolutionen, die – gemessen an den Postulaten konsequenter Volkssouveränität und den Absichten ihrer demokratischen Vorkämpfer – üblicherweise als »gescheitert« bezeichnet werden: Männer und Frauen, die zwar kaum auf den Gipfelhöhen der Entscheidungen standen, tatsächlich aber jene Bewegungskraft verkörperten, die den Grundstrom der Geschichte treibt. Der Nationalstaat, den sie für ein demokratisch verfasstes Deutschland erstrebten, musste wenig später zumindest in der undemokratischen, aber verfassungsmäßigen Gestalt des preußisch-deutschen Kaiserreiches verwirklicht werden. So ist denn richtig zu sagen: Mit allen ihren progressiven »Akteuren« war die Revolution von 1848/49 der Stachel, der Bismarck zur »Revolution von oben« trieb. Die hier erinnerten Gestalten haben mit nicht wenigen ihrer Gestalter die Tragik gemeinsam, dass ihre politischen und sozialen Bestrebungen missglückten – wobei sie als »Achtundvierziger« ein weit schwereres Schicksal trugen: Sie mussten für ihre Überzeugungen mit Verfolgung, Kerkerstrafen und Emigration einstehen. Soweit aber die Buchautoren aus der DDR kommen, stehen auch sie für ihre Überzeugungen ein, indem sie die »Abwicklung«, die nur eine »liberalistische« Form von Vertreibung war, überdauerten und als Akteure historischer Forschung fortwirken.

Diese Arbeiten fußen durchweg auf sorgfältigem Umgang mit geschichtlichen Quellen, die oft sogar erstmals ausgewertet sind. Verlag und Herausgeber haben freilich die Arbeit für ein Personenregister gescheut, so dass dem Leser das Auffinden personaler und thematischer Querverbindungen ungemain erschwert wird. Wem dieser merkwürdig in Rosarot gebundene Mammutband ob seines puren Gewichts ein Zögern abnötigt, mag immerhin des Muskelwachstums gewiss sein. Dass dabei vor allem aber geistige Nahrung zu finden ist, möchte der Rezensent garantieren.

HELMUT BOCK

**Äneke Winckel:
Antiziganismus.
Rassismus gegen Roma und Sinti
im vereinigten Deutschland,
Unrast-Verlag Münster 2002,
197 S. (14 €)**

Die junge Kölner Politikwissenschaftlerin Äneke Winckel beschäftigt sich in ihrem Buch *Antiziganismus. Rassismus gegen Sinti und Roma im vereinigten Deutschland* mit der Diskriminierung von Sinti und Roma nach 1989. Ihre Arbeit stützt sich auf die Auswertung wichtiger überregionaler Zeitungen und Zeitschriften wie *Spiegel*, *Zeit*, *Frankfurter Allgemeine*, *Frankfurter Rundschau*, *taz* etc. Das Buch ist also eine quellenkundliche und keine empirische Arbeit über die Verbreitung antiziganistischer Vorurteile in der BRD. Eine Einführung über die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland vom 15. Jahrhundert bis heute und eine Erläuterung des Begriffs Antiziganismus ermöglicht auch Leserinnen und Lesern ohne Vorkenntnisse die Lektüre.

Durchaus überzeugend arbeitet die Autorin die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen Antiziganismus und Antisemitismus heraus. So wurden Sinti und Roma – ebenso wie Jüdinnen und Juden – Opfer einer Vernichtung in der Zeit des NS-Faschismus. Diese Tatsache ist bisher aber nur bedingt in das Bewußtsein der deutschen Bevölkerung eingedrungen. Noch bis weit in die 70er Jahre behauptete die offizielle Politik in der BRD, Sinti und Roma

seien wegen ihres »asozialen« und »kriminellen« Verhaltens und nicht wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit von den Nazis verfolgt worden. Daß Sinti und Roma Opfer eines Genozids geworden waren, wurde nicht anerkannt. So folgte auf die Vernichtung die fort-dauernde Diskriminierung, die teilweise durch die gleichen Beamten ausgeübt wurde, die auch zwischen 1933 und 1945 die Ermordungen organisierten. Der offizielle Antifaschismus der DDR trug ebenfalls nicht zur Aufklärung über das Schicksal der Sinti und Roma bei.

Seit den 80er Jahren sickert das Wissen über den Genozid an den Sinti und Roma zwar langsam in das Bewußtsein größerer Kreise der Bevölkerung, was sich auch in der offiziellen Politik niederschlägt. Aber auch in den 90er Jahren blieben Sinti und Roma Objekte massiver Vorurteile. Vor allem nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus aus den Balkanländern eingewanderte Roma gelten als »kriminell« und »asozial«.

Winckel weist überzeugend nach, wie sich dies im Verhalten der Behörden, der Presse und der Mehrheitsbevölkerung auswirkt. So weigern sich Ausländer- und Asylbehörden hartnäckig, anzuerkennen, daß Roma beispielsweise in Ex-Jugoslawien und Rumänien als Gruppe verfolgt werden, und verweigern ihnen das Bleiberecht.

Auch der »Volkszorn« richtet sich immer wieder gegen Sinti und Roma, am schlimmsten 1992 beim Pogrom in Rostock-Lichtenhagen. In der Presse gibt es neben wenigen positiven Berichten viele Beiträge, die entweder das »freie Zigeunerleben« romantisieren oder die bekannten Vorurteile über bei Sinti und Roma angeblich besonders verbreitete Kriminalität, Arbeitsscheu etc. kolportieren. Auch der von den meisten Sinti und Roma als diskriminierend empfundene Begriff »Zigeuner« findet sich immer noch in der Berichterstattung. Alles in allem ist Winckel ein le-senswertes Buch gelungen, das eine Lücke in der Geschichtsschreibung über Antiziganismus in Deutschland schließt.

ANDREAS BODDEN

Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: Die steckengebliebene Öffnung. Das Schicksal des »Forum 2000plus!« der PDS (Heft 150)
- ADOLPHI, WOLFRAM: Kriegsdiktatur (Heft 151)
- ADOLPHI, WOLFRAM: Verweigertes Gedenken (Heft 153/154)
- ANTCZACK, STEPHAN B.: Kunst geht nach Brot (Heft 157)
- BACHMANN, GÜNTHER: Warum Nachhaltigkeit? (Heft 153/154)
- BANSE, GERHARD: Integrative nachhaltige Entwicklung und Technikfolgenabschätzung (Heft 153/154)
- BEHRENS, ROGER: Der Surrealismus im letzten Jahrhundert – Kunst, Politik und Erotik einer bürgerlichen Revolte (Heft 147)
- BEHRENS, ROGER: Aktualisierung des Ungleichzeitigen. Anmerkungen zur Prozeßlogik einer mehrschichtigen Dialektik (Heft 153/154)
- BELLMANN, REINARD; LAITKO, HUBERT; MEIER, KLAUS: Generationengerechtigkeit: Die Verknüpfung ökologischer und sozialer Zielstellungen im Nachhaltigkeitskonzept (Heft 153/154)
- BENDKOWSKI, HALINA: Jenseits von EMMA. Oder: Wie werden das Wissen und die Diskussionen des Feminismus erinnert und befördert? (Heft 158)
- BERNHARD, ARMIN: Bildung als Bearbeitung von Humanressourcen. Die menschlichen Wesenskräfte in einer sich globalisierenden Gesellschaft (Heft 156)
- BINUS, GRETCHEN: Monopolistisches Eigentum. Aktuelle Trends (Heft 158)
- BIRKE, PETER: »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«. Rechtsparteien in Dänemark (Heft 156)
- BISCHOFF, JOACHIM: Hat der Linkssozialismus eine Zukunft? (Heft 148)
- BOLLINGER, STEFAN: Ohne ostdeutsche Sozialwissenschaftler keine ost- oder gesamtdeutsche Zivilgesellschaft (Heft 149)
- BRANGSCH, LUTZ: Wie aus Politik Haushalt wird. Zu Legitimität und Notwendigkeit einer demokratisierten Haushaltspolitik (Heft 147)
- BRAUN, ANNELIESE: Auf der Suche nach einer feministischen Theorie des Wirtschaftens (Heft 152)
- BRIE, MICHAEL: Zwischen Wärmestrom und Kälteschock (Heft 153/154)
- BRIE, MICHAEL; KLEIN, DIETER: Utopie fragt nach Utopie (Heft 157)
- BRONNER, STEPHEN ERIC: »Was tun?« und Stalinismus (Heft 151)
- BUSCH, ULRICH: Vermögensbesteuerung und Neidperversion (Heft 147)
- BUSCH, ULRICH: Der Reichtum wächst, aber nicht für alle (Heft 150)
- BUSCH, ULRICH: Vergessene Utopien: Friedrich Nietzsches Vision vom Übermenschen (Heft 151)
- BUSCH, ULRICH: Agenda 2010 – das deutsche Programm für einen Gesellschaftsumbau, (Heft 153/154)
- BUSCH, ULRICH: Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen (Heft 155)
- BUTTERWEGGE, CHRISTOPH: Migrant(inn)en, multikulturelle Gesellschaft und Rechtsextremismus in den Massenmedien (Heft 151)
- CANDEIAS, MARIO: »Das eine tun, das andere nicht lassen«. Öffentliche Güter und soziale Rechte (Heft 158)
- CAYSA, VOLKER: Bloch – (k)ein toter Hund (Heft 153/154)
- CHRAPA, MICHAEL: Parteireform als Aufbruch? (Heft 153/154)
- CLAUS, ROLAND: Was wollen die Reformer? (Heft 149)
- CREYDT, MEINHARD: Adornismus. Motive eines Überganges (Heft 156)
- CROME, ERHARD: PDS. Ansichten einer Krise (Heft 153/154)
- CUNINGHAME, PATRICK: Für eine Untersuchung der Autonomia. Interview mit Sergio Bologna (Heft 155)
- DIETZEL, HORST: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei (Heft 149)
- Dokumentation: Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED (Heft 149)
- EBEL, JOCHEN; KÜHN, BERTHOLD: Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Heft 155)
- FALKNER, THOMAS: Politik als Chance (Heft 153/154)
- FINK, ILSEGRET: Dorothee Sölle (1929 bis 2003). In memoriam (Heft 152)
- GALLINGE, IRENE: Insolvenzen in neuen Dimensionen (Heft 158)
- GÖLL, EDGAR: Nachhaltigkeitspolitik – Beispiele aus Europa (Heft 153/154)

- GRÄFE, KARL-HEINZ: 1953: die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa (Heft 152)
- GUNDERMANN, GERHARD: »Verantwortung für das eigene Produkt«. Beitrag zum Kongreß der Unterhaltungskunst, März 1989 (Heft 152)
- HARTMANN, WOLFGANG: »MfS – Alltag einer Behörde«. Nachdenken anlässlich eines Films von Christian Klemke und Jan Lorenzen (Heft 157)
- HAUG, FRIGGA: Gender – Karriere eines Begriffs und was dahinter steckt (Heft 156)
- HAUG, WOLFGANG FRITZ: I. Volxuni des »social forum« Tübingen/Reutlingen (Heft 147)
- HEIMANN, BERNHARD: Die Linke und der Krieg (Heft 157)
- HEINELT, PEER: Nur deutsche Kriege sind gute Kriege. Bundesrepublikanische Medien auf Friedenskurs? (Heft 152)
- HEYER, ANDREAS: Politische Utopien der europäischen Neuzeit (Heft 151)
- HILKER, HEIKO: Politische Kommunikation und PDS (Heft 153/154)
- HÖHNER, RONALD: Der Stempel von Rio (Heft 153/54)
- HÖPCKE, KLAUS: Die moralische Lücke (Heft 147)
- HOPFMANN, ARNDT: Entwicklung, Gerechtigkeit und Weltmarkt – für und wider das Theorem vom ungleichen Tausch (Heft 150)
- JAHN, JÜRGEN: Geraubte Jahre. Der Lebensweg des Bernhard Steinberger (Heft 153/154)
- JÜRGENS, KERSTIN; STEINRÜCKE, MARGARETA: Die Verfügung über die eigene Zeit ist das Maß der Freiheit – Utopien in Arbeit und Familie (Heft 148)
- KACHEL, STEFFEN: Zum Spannungsfeld von PDS und Parlamentarismus (Heft 153/154)
- KACHEL, THOMAS; SCHARF, JULIA: Soziale Sicherheit für Europa (Heft 155)
- KIRCHHÖFER, DIETER: Neue Lernkultur – Realprozeß oder ideologische Konstruktion? (Heft 149)
- KLEIN, DIETER: Demokratischer Sozialismus – ein transformatorisches Projekt (Heft 147)
- KLEIN, DIETER; BRIE, MICHAEL: Utopie fragt nach Utopie (Heft 157)
- KLUTE, JÜRGEN: Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie (Heft 155)
- KOCH, MAX: Die Krise der Demokratie in Chile (Heft 155)
- KRYSMANSKI, HANS JÜRGEN: Wer führt die neuen Kriege? Globale Macht- und Geldeliten machen mobil (Heft 152)
- KÜHN, BERTHOLD; EBEL, JOCHEN: Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit (Heft 155)
- LAABS, ANJA: Subventionierter Hunger (Heft 155)
- LAITKO, HUBERT; BELLMANN, REINARD; MEIER, KLAUS: Generationengerechtigkeit: Die Verknüpfung ökologischer und sozialer Zielstellungen im Nachhaltigkeitskonzept (Heft 153/154)
- LANGE HARALD: SED und SPD im Dialog (Heft 147)
- LÖTZSCH, RONALD: Widersprüche in der bundesdeutschen Minderheitenpolitik (Heft 151)
- MEIER, KLAUS; LAITKO, HUBERT; BELLMANN, REINARD: Generationengerechtigkeit: Die Verknüpfung ökologischer und sozialer Zielstellungen im Nachhaltigkeitskonzept (Heft 153/154)
- MEIER, JÜRGEN: Durch jedes Kunstwerk schimmert Weltanschauung (Heft 147)
- MEVES, HELGE: Das Selbstverständnis der PDS, der Neoliberalismus und die Mitte-Unten-Optionen (Heft 152)
- MÖBIUS, THOMAS: Facetten der Politik des »Neuen Menschen« in Sowjetrußland (Heft 158)
- MÜLLER, KLAUS: Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen (Heft 148)
- OLIVEIRA, FRANCISCO DE: São Paulo als »Lackmustest« der Partizipativen Haushaltsführung (Heft 158)
- OTTO, WILFRIEDE: Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED (Heft 149)
- PLENER, ULLA: Sozialdemokraten und andere Linke: Immer noch feindliche Brüder? Fünf Thesen, abgeleitet aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts (Heft 150)
- RADERMACHER FRANZ J.: Ökoeffizienz – Ein »Balanced Way« als Zukunftsentwurf (Heft 148)
- RICHTER, FRANK: Für eine Rekonstruktion des historischen Materialismus (Heft 151)
- ROESLER, JÖRG: »Wie hältst Du es mit der Region?« Linke Regionalparteien im westlichen Europa – Erfahrungen für die PDS? (Heft 158)
- RUF, WERNER: Eine Straßenkarte für den Frieden? (Heft 157)

- RUPP, KLAUS-RAINER: Beteiligungshaushalt als linke Alternative zur »Bürgerkommune« (Heft 158)
- SCHARF, JULIA; KACHEL, THOMAS: Soziale Sicherheit für Europa (Heft 155)
- SABATH, WOLFGANG: Die Wochen im Rückstau (Heft 147-158)
- SCHIRDEWAN, MARTIN: 2003 ist nicht 1933 – Zeit für eine neue »Einheitsfront«-Debatte? (Heft 147)
- SCHIRDEWAN, MARTIN: Zwischen Macht und Anarchie (Heft 150)
- SCHÖLLER, OLIVER: »Bertelsmann geht voran!« Zur gesellschaftlichen Bedeutung eines deutschen Think Tank (Heft 155)
- SCHRÖTER, LOTHAR: Streitkräfte gegen Terroristen? (Heft 149)
- SCHRÖTER, URSULA; ULLRICH, RENATE: Wer putzte in der DDR das Klo? (Heft 148)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi (Heft 150)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse. Thesen (Heft 152)
- SCHÜTRUMPF, JÖRN: Krisenhafte Kommunikation. Thesen (Heft 153/154)
- SOUZA, UBIRATÁN DE: Die Partizipative Haushaltsführung im Bundesstaat Rio Grande do Sul (Brasilien) (Heft 158)
- SPANGENBERG, JOACHIM H.: Soziale Nachhaltigkeit. Eine integrierte Perspektive für Deutschland (Heft 153/154)
- STEINITZ, KLAUS: Ist Wirtschaftswachstum unverzichtbar? (Heft 148)
- STEINRÜCKE, MARGARETA; JÜRGENS, KERSTIN: Die Verfügung über die eigene Zeit ist das Maß der Freiheit – Utopien in Arbeit und Familie (Heft 148)
- TRIEBEL, WOLFGANG: Staat, Kirchen und Militär Hand in Hand zum Kriegeinsatz. Militärseelsorge in der Bundeswehr (Heft 149)
- TROST, HANS-GEORG: Die Eigentumsfrage in der Programmdebatte der PDS (Heft 155)
- ULLRICH, RENATE; SCHRÖTER, URSULA: Wer putzte in der DDR das Klo? (Heft 148)
- VILMAR, FRITZ: »... nur noch ein Haufen kalter Asche«. Aufstieg und Zusammenbruch des Sozialismus. Was tun? (Heft 151)
- VILMAR, FRITZ: Zukunftsweisendes in der ost-deutschen Kunst (Heft 157)
- VOSS, ELISABETH: Wie nachhaltig ist die aktuelle Arbeitsmarktpolitik? (Heft 153/154)
- WAGENKNECHT, SAHRA: Welche Aufgaben hat ein Programm einer sozialistischen Partei? (Heft 152)
- WARDENBACH, KLAUS: Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Der World Summit in Johannesburg (Heft 153/154)
- WENZEL, SIEGFRIED: Die Sozialismusvision eines bedeutenden Historikers. In memoriam Arno Peters (Heft 150)
- WICHTERICH, CHRISTA: Nachhaltigkeit und neoliberale Globalisierung aus feministischer Sicht (Heft 153/154)
- WITTICH, DIETER: Thomas S. Kuhn und der Marxismus (Heft 149)
- WITTICH, DIETMAR: Hannibal ante portas. Der Krieg der USA und die Weltöffentlichkeit (Heft 150)
- WITTICH, DIETMAR: Neues aus der Klassengesellschaft (Heft 157)
- WOHANKA, STEPHAN: Ist die Vergangenheit für die Gegenwart verantwortlich? Geschichte als Interpretation (Heft 151)
- WOLTERS DORFF, VOLKER: Queer Theory und Queer Politics (Heft 156)
- ZADEMACH, WIELAND: Leistungsdenken oder soziale Gerechtigkeit. Haben die Kirchen ihre soziale Sprache verloren? (Heft 156)

Konferenzen & Veranstaltungen

- BUSCH, ULRICH: Der blinde Fleck linker Politik (Heft 148)
- BOLLINGER, STEFAN: Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration (Heft 148)
- HERTZFELDT, HELLA: Politik, Wissenschaft, Praxis – und wie steht es um die Geschlechterverhältnisse? (Heft 157)
- SCHÄFER, EVA: Normalisierung als Herrschaftsprinzip (Heft 157)
- VETH, SILKE: »Fünf Stunden mehr für Liebe und Verkehr« (Heft 155)

Bücher & Zeitschriften

- Alt, Franz: Agrarwende jetzt. Gesunde Lebensmittel für alle (MARKO FERST – Heft 148)
- Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit: Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 148)
- Aly, Götz: Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen (JÜRGEN MEIER – Heft 156)
- Behrend, Hanna: Demokratische Mitbestimmungsrechte unter DDR-Bedingungen. Die ambivalenten Strukturen an den Universitäten (ANNELIESE BRAUN – Heft 155)
- Bergmann, Theodor; Haible, Wolfgang; Schäfer, Gert (Hrsg.): Geschichte wird gemacht. Soziale Triebkräfte und internationale Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert (MARIO KESSLER – Heft 155)
- Bischoff, Joachim; Herkommer, Sebastian; Hüning, Hasko: Unsere Klassengesellschaft. Verdeckte und offene Strukturen sozialer Ungleichheit, (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 153/154)
- Bollinger, Stefan; van der Heiden, Ulrich (Hrsg.): Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland (GÜNTER KRAUSE – Heft 155)
- Bouvier, Beatrix: Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker (KLAUS MELLE – Heft 156)
- Brar, Harpal: Imperialismus im 21. Jahrhundert. Sozialismus oder Barbarei (SIGRID PFEIFFER – Heft 147)
- Brie, Michael; Chrapa, Michael; Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe (KLAUS-DIETER WÜSTNECK – Heft 155)
- Bronner, Stephen Eric: Imagining the Possible. Radical Politics for Conservative Times (MARTIN SCHIRDEWAN – Heft 150)
- Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hrsg.): Politische Bildung und Globalisierung (ALJOSCHA JEGODTKA – Heft 147)
- Butterwegge, Christoph (unter Mitarbeit von Lüder Meier): Rechtsextremismus (STEFAN BOLLINGER – Heft 151)
- Butterwegge, Christoph u. a.: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewußtsein, (ANETTE DIETRICH – Heft 151)
- Cassen, Bernard; George, Susan; Richter, Horst Eberhard; Ziegler, Jean u. a.: Eine andere Welt ist möglich! (ULRICH BUSCH – Heft 153/154)
- Caysa, Volker und Schmid, Wilhelm (Hrsg.): Reinhold Messners Philosophie: Sinn machen in einer Welt ohne Sinn (JOCHEN WEICHOLD – HEFT 156)
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Schlußbericht der Enquete-Kommission. Globalisierung der Weltwirtschaft (JUSTINE SUCHANEK – Heft 150)
- Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft (SIGRID BUSCH – Heft 150)
- Deutschmann, Christoph (Hrsg.): Die gesellschaftliche Macht des Geldes, Leviathan Sonderheft 21 (ULRICH BUSCH – Heft 152)
- Freick, Siegfried: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert (WOLFGANG TRIEBEL – Heft 153/154)
- Günther, Karl-Heinz: Rückblick. Nach Tagebuchnotizen aus den Jahren 1938 bis 1990 (DIETER KIRCHHÖFER – Heft 157)
- Hardt, Michael; Negri, Antonio: EMPIRE. Die neue Weltordnung (DIETRICH WAHL – Heft 151)
- Hartmann, Michael: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft (OLIVER BUSCH – Heft 150)
- Häußermann, Hartmut; Kapphan, Andreas: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990 (TERESA ZAVALA – Heft 153/154)
- Hebler, Martin: Arbeitsmarkteffekte der EU-Osterweiterung. Zur Wirkung von Integration, Migration und institutionellem Wandel auf dem Arbeitsmarkt (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 526) (JÖRG ROESLER – Heft 157)
- Hedeler, Wladislaw (Hg.): Stalinistischer Terror 1934-1941. Eine Forschungsbilanz (HORST KLEIN – Heft 157)
- Heinrich-Böll-Stiftung; Schulz, Werner (Hrsg.): Der Bündnis-Fall. Politische Perspektiven 10 Jahre nach Gründung des Bündnis 90 (JOCHEN WEICHOLD – Heft 151)
- Heinsohn, Gunnar; Steiger, Otto: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft

- Dies.: Eigentumstheorie des Wirtschaftens versus Wirtschaftstheorie ohne Eigentum (ULRICH BUSCH – Heft 147)
- Heise, Arne (Hrsg.): Neues Geld – alte Politik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum (ULRICH BUSCH – Heft 153/154)
- Heise, Arne: Dreiste Elite – Zur Politischen Ökonomie der Modernisierung (FABIO DE MASI – Heft 158)
- Herr, Hansjörg; Sommer, Albrecht; He Zerong (Hg.): Nachholende Entwicklung in China (ULRICH BUSCH – Heft 149)
- Heumann, Hans-Dieter: Deutsche Außenpolitik jenseits von Idealismus und Realismus. Mit einem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher (STEFAN BOLLINGER – Heft 153/154)
- Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917-1991. (Oldenbourg Grundriß der Geschichte – Hrsg. von Jochen Bleicken, Lothar Gall, Herrmann Jakobs. Bd. 31) (STEFAN BOLLINGER – Heft 157)
- Hinkelammert, Franz J.; Mora, Henry M.: Coordinación social del trabajo, mercado y reproducción de la vida humana (VICTORIA KENDLER – Heft 158)
- Höfling, Christian: Korruption als soziale Beziehung, Forschung Soziologie. (ARNDT HOPFMANN – Heft 153/154)
- Huffschmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Aktualisierte & erweiterte Neuauflage (ULRICH BUSCH – Heft 153/154)
- Ichenhäuser, Ernst Zeno: Wenn möglich – ehrlich. Lebensbericht von einem, der auszog, Revolution zu machen (MARIO KESSLER – Heft 158)
- Jakubowicz, Dan: Genuss und Nachhaltigkeit. Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils. (ARNDT HOPFMANN – Heft 155)
- Jens, Uwe; Romahn, Hajo (Hrsg.): Der Einfluß der Wissenschaft auf die Politik (ULRICH BUSCH – Heft 150)
- John, Jürgen (Hrsg.): Thüringen 1989/90 (Quellen zur Geschichte Thüringens. Bd. 17/I u. 17/II) (STEFAN BOLLINGER – Heft 156)
- Joseph, Detlef: Nazis in der DDR. Die deutschen Staatsdiener nach 1945 – woher kamen sie? (STEFAN BOLLINGER – Heft 151)
- Kersting, Wolfgang: Kritik der Gleichheit (ULRICH BUSCH – Heft 156)
- Kleinsteuber, Hans J. (Hrsg.): Aktuelle Medientrends in den USA. Journalismus, Politische Kommunikation und Medien im Zeitalter der Digitalisierung (MARTIN FUCHS – Heft 147)
- Klemm, Ulrich: Lernen ohne Schule. Argumente gegen Verschulung und Verstaatlichung von Bildung. (ANDREAS MERKENS – Heft 153/154)
- Kluge, Ulrich: Ökowende. Agrarpolitik zwischen Reform und Rinderwahnsinn (MARKO FERST – Heft 148)
- Kollontai, Alexandra: Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945 (HELLA HERTZFELDT – Heft 158)
- Kropotkin, Peter A.: Memoiren eines Revolutionärs, Band I und II, Neue Übersetzung aus dem Englischen (JÖRN SCHÜTRUMPF – Heft 158)
- Löwe, Jürgen: Kontextuale Theorie der Volkswirtschaft (ULRIKE BUSCH – Heft 157)
- Manz, Günter: Aufstieg und Fall des Landes DDR – Erinnerungen & Ansichten (ANJA LAABS – Heft 158)
- Marx, Karl / Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. Erste Abteilung, Bd. 31: Friedrich Engels – Werke, Artikel, Entwürfe, Oktober 1886 bis Februar 1891. Bearbeitet von Renate Merkel-Melis (HERMANN KLENNER – Heft 148)
- Mathes, Horst (Hrsg.): Priorität Politische Bildung. Sprockhöveler Werkstatt (DIETER SCHLÖNVOIGT – Heft 147)
- Merz-Benz, Peter-Ulrich; Wagner, Gerhard (Hg.): Soziologie und Anti-Soziologie. Ein Diskurs und seine Rekonstruktion (STEPHAN MOEBIUS – Heft 147)
- Meueler, Erhard: Lob des Scheiterns. Methoden- und Geschichtenbuch zur Erwachsenenbildung an der Universität (EVELIN WITTICH – Heft 153/154)
- Mühsam, Erich: Unpolitische Erinnerungen. (Jörn Schütrumpf – Heft 158)
- Nakath, Detlef: Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982 (STEFAN BOLLINGER – Heft 158)
- Obid, Vida; Messner, Mirko; Leben, Andrej: Haiders Exerzierfeld. Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft (MARTIN SCHIRDEWAN – Heft 153/154)
- Osten, Manfred: »Alles veloziferisch« oder Goethes Entdeckung der Langsamkeit (ULRICH BUSCH – Heft 157)

- Pfau, Werner: Neue Rezepte für untertäniges Denken. Eine Kritik des Radikalen Konstruktivismus (MARTIN SCHIRDEWAN – Heft 148)
- Radermacher, Franz Josef: Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung (JÜRGEN LEIBIGER – Heft 150)
- Rawls, John: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf (ULRICH BUSCH – Heft 156)
- Roesler, Jörg; Semmelmann, Dagmar: Ohne Energie geht gar nichts. Die ostdeutsche Energiewirtschaft von den Kombinat zu VEAG (1980-1990) (SIEGFRIED WENZEL – Heft 148)
- Roesler, Alexander; Stiegler, Bernd (Hrsg.): Microsoft. Medien – Macht – Monopol (KLAUS MELLE – Heft 152)
- Roth, Gerhard: Fühlen, Denken, Handeln. Wie das Gehirn unser Verhalten steuert (ALJOSCHA JEGODKA – Heft 153/154)
- Rügemer, Werner: Arm und reich. Bibliothek dialektischer Grundbegriffe, Band 3 (ULRICH BUSCH – Heft 152)
- Rupp, Rainer; Brentjes, Burchard; Günther, Siegwart-Horst: Vor dem dritten Golfkrieg (ANJA LAABS – Heft 153/154)
- Saueremann, Ekkehard: Neue Welt Kriegs Ordnung. Die Polarisierung nach dem 11. September 2001 (ERNST LUTHER – Heft 149)
- Schivelbusch, Wolfgang: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865 – Frankreich 1871 – Deutschland 1918 (STEFAN BOLLINGER – Heft 153/154)
- Schluchter, Wolfgang; Quint, Peter H. (Hrsg.): Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach (STEFAN BOLLINGER – Heft 156)
- Sombart, Werner: Nationalökonomie als Kapitalismustheorie. Ausgewählte Schriften, hrsg. von Alexander Ebner und Helge Peukert (ULRICH BUSCH – Heft 155)
- Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991 (FLORIAN WEIS – Heft 152)
- Stegmaier, Werner: Lévinas (STEPHAN MOEBIUS – Heft 147)
- Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung (ARNDT HOPFMANN – Heft 148)
- Strittmatter, Erwin: Geschichten ohne Heimat (SIGRID BUSCH – Heft 147)
- Sylvers, Malcolm: Die USA – Anatomie einer Weltmacht. Zwischen Hegemonie und Krise (ANJA LAABS – Heft 152)
- Walk, Heike; Boehme, Nele (Hrsg.): Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER – Heft 152)
- Weissel, Erwin: Politik für Profiteure. Die politische Ökonomie des Neoliberalismus (ULRICH BUSCH – Heft 150)
- WeltTrends e.V. (Hrsg.): WeltTrends Nr. 35: Krieg im 21. Jahrhundert (KATRIN MÖLLER – Heft 149)
- Wirth, Hans-Jürgen: Narzissmus und Macht. Zur Psychoanalyse seelischer Störungen in der Politik (STEFANIE HOLUBA – Heft 151)
- Wolf, Frieder O.: Radikale Philosophie. Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit (JOCHEN WEICHOLD – Heft 156)
- Yergin, Daniel; Stanislaw, Joseph: Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts (STEFAN BOLLINGER – Heft 150)
- Zuckermann, Moshe: Zweierlei Israel. Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß (BENNO HERZOG – Heft 155)

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ
zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen
Termin zum Preis von 57 € incl. Versand
(Inland) bzw. 75 € (Ausland).
 - Ich abonniere UTOPIE kreativ
im Förderabonnement zum Preis von
75 € incl. Versand.
 - Ich bestelle das aktuelle Heft
zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
 - Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
 - Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 123 bis 146 zu je 2,50 €
 - Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 1 bis 122 (soweit vorrätig)
zum Preis von je 1 €
- (bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr,
wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des
Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.
Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen
widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

JOCHEN MATTERN
Righteous Inequality?
How Education Tries to Catch
Up to Modernization

The society is characterized by rapid changes polarizing its various groups, which creates new problems of integration and provokes social conflicts. The major political parties believe that the school could play a decisive role in solving these problems – but what are their proposals to overcome the evident crisis? The author discusses the ideology of performance, which dominates many of the concepts and culminates with the demand of »life-long learning«, and the system of an early selection in German schools. He arrives at the conclusion that despite the obvious advantages of the integrative educational systems of other European countries, the German »New Center« adheres to antiquated methods, bids farewell to an integrative system of education and divides up educational offers into those destined to be »the elite« and those destined to be »the masses«. Through this development, the author warns, democracy is threatened by an »authoritarian derailment«.

CHRISTOPH SCHERRER
Education under Globalization Pressure.
Consequences of the GATS-Essentials

Since 1994, the regulations set by the General Agreement on Trade in Services (GATS) are legal tender even for the area of education. Up to now, this has meant for the European Union – and therefore Germany – a regulation referring only to the private sector in education. At present, new negotiations on GATS are taking place, and it is expected that there will be a wider expansion of these regulations. The author warns that this expansion could easily lead to the abolition of State responsibility for higher education, and gives an analysis of the current GATS-essentials as a basis for a thorough discussion of the forthcoming developments.

JOSÉ CLOVIS DE AZEVEDO
The Project »Escola Cidadã«
Against the Marketing of Life

The author shows the close connection, on the one hand, between the general experience of citizens' participation in municipal planning and decision-making processes growing out of the Porto Alegre conference, and on the other, the school reform project known as »escola cidadã« (citizen's school). »Escola cidadã« is aimed not only at the democratic participation of students and teachers in the planning and organization of the daily affairs of the schools, but also at a new type of education. It primarily focuses on emancipation, collective work, respect of differences, approval of common sense, solidarity, knowledge as historical experience and comprehensive civil rights as a vision for forming all social relations. Thus, it is in stark contrast to the »mercoescola« (market school) which is initiated by various Latin American governments to meet the so-called »demands of globalization«.

ANDREAS TRUNSCHKE

Participatory Budget in Brandenburg Land. Ideas and Projects

The author discusses how some municipalities in the East German Land of Brandenburg begin to warm to the idea of participatory budget, which has become known around the world since its inception at the Porto Alegre Conference in the early Nineties. Reviewing projects existing in Cottbus, Königs Wusterhausen and in the Oberspreewald-Lausitz District, he draws the conclusion, that there is still a long way to go from these preliminary applications to arrive at a true participation of the population in budget planning and decision making, and that the parties are still far removed from meaningful support of even these municipal incentives. This applies also to the PDS, from within whose membership are to be found the driving forces behind the initiatives in the above mentioned municipalities, has yet to promote a national policy of participatory budget. The Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg – the author says – currently offers educational and network support for interested municipalities.

WOLFGANG WEISS

Between Marx and Malthus or Why the Left Has a Problem with Demography

As humans tend to strive for longevity, the number of people living on the planet has grown rapidly in a relatively short period of time. This development the graphic expression is often used to characterize this as a ›population explosion‹. Since Marx' fundamental criticism of Malthus' ideas, the left has almost completely avoided this issue. This is why the left, even today, lacks a concept for demographic development. This paper discusses two models: Humans, the bio-psycho-social beings and also the progression of demographic transition. These lead to the most important question of social emancipation: How many children does a meaningful life require from the perspective of the individual and from the perspective of the benefit to society at large? This article draws the conclusion that the answer to this question will not formulate a law of population but, rather, a demographic concept.

JENS LANGER

A Follower of Klopstock. The Church and the Cultural Identity of a City.

The author lives in the Baltic seaport city Rostock, at the coast of Mecklenburg. He is the pastor of the Gothic St. Marien Church, the only church in Rostock to survive destruction in World War II. A church that today has become very dilapidated. Langer argues in favor of a cautious handling of the urban heritage. He sees it as an important source of identity and culture. In this context, he argues that the church should be preserved because it is a prominent place of identity and culture. He refers to both values as guarantors for the preservation of humane conditions which he sees threatened by the contemporary fast-food culture. Langer considers his article to be an invitation to enjoy slowness and aging.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €